DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
E-MAIL: contraste@online.de

338 29. JAHRGANG November 2012 4,50 €

AUS DEM INHALT:

SELBSTORGANISATION

Im Verlauf des letzten Jahres ist in der lieblichen, in Sachen Nachhaltigkeit etwas verschnarchten Universitätsstadt Halle an der Saale einiges in Bewegung gekommen. »Stadt im Wandel«, so heißt das viel versprechende Motto. Seite 3

PROJEKTE

An der TU Berlin lernen die Studierenden fast ausschließlich großtechnische Problemlösungen kennen. Es gibt aber zu vielen Problemen auch ganz einfache Lösungen, die jedeR gleich verstehen und auch nachbauen kann. Die Projektwerkstätten von »Low-Tech« bieten die Möglichkeit, selber zu bestimmen, was auf dem Lehrplan steht. Interview auf Seite 5.

FILM

»Und dann der Regen« von Icíar Bollaín erzählt die Geschichte der historischen Eroberung Amerikas als Film-im-Film vor dem Hintergrund eines aktuellen Konfliktes in Bolivien. Jetzt ist der Film auf DVD erschienen. Seite 6

LEIHLADEN

Vom »Tauschen zum Teilen«, so lautet die Kurzform für eine sozio-ökonomisch Wende. An der commons-Debatte sammeln und kristallisieren sich Modelle und Beispiele für andere Wirtschaft und einen Wohlstand, wo Teilen ein Gewinn für alle ist. Die Gründung des Berliner Leihladen erweitert die Beispiele für eine Praxis der commons. Und jedeR kann mitmachen. Seite 11

SERIE

Analytisches Denken ist anstrengend. In einer komplexer werdenden oder aufgrund des Zugangs zu mehr Informationen so erscheinenden Welt geht Orientierung verloren. Diese muss durch intensiveres Hinschauen, Hinterfragen, Recherchieren und Abwägen wiedergewonnen werden – oder mensch geht den bequemeren Weg, sich vorgegebenen Meinungen, Ideologien und Sinnstiftungen anzuschließen oder im Trüben der Informationsüberflutung nach vereinfachten Welterklärungen zu fischen, die einem zumindest scheinbar wieder ein Handwerkzeug geben, dass erstens das Böse sichtbar macht und zweitens dabei nicht allzu anstrengend ist für den eigenen Kopf. Um Letztere wird es in unserer Artikel-Serie gehen. Seite 12

GENOSSENSCHAFTEN

Es gibt Bahnhofsprojekte im Land, die die Bürger entzweien – wie Stuttgart 21. Es gibt aber auch Bahnhofsprojekte, die die Bürger einen – wie in Leutkirch im Allgäu. Dort hat eine Genossenschaft mit mehr als einer Million Euro Bürgerkapital dazu beigetragen, dass das verfallende Empfangsgebäude des Bahnhofs saniert werden konnte. Seite 13

www.contraste.org

GEMEINGÜTER IN BÜRGERiNNENHAND

Was Menschen zum Leben brauchen

Immer mehr Menschen wehren sich dagegen, dass ihnen ihre Lebensgrundlagen genommen werden. Sie fordern das, was selbstverständlich sein sollte: Die Gemeingüter gehören in die Hand der BürgerInnen!

Von Brigitte Kratzwald (Graz), Elisabeth Voß (Berlin) ● Aber was ist das eigentlich, diese »Hand der BürgerInnen«? Wie können natürliche Ressourcen und Infrastrukturen der Daseinsvorsorge so organisiert werden, dass ihre demokratische Bewirtschaftung abgesichert wird, dass sie erhalten und gepflegt werden, und dass sie dauerhaft die Bedürfnisse all derjenigen befriedigen können, die auf sie angewiesen sind?

Foto: timlewisnm

Öffentlich oder »gemein« oder beides?

Der Begriff »Commons« wird häufig mit »Gemeingüter« gleichgesetzt. Aber was bedeutet das? Wird »gemein« eher im Sinne von »allgemein« verstanden, also für »alle« (wer auch immer im Einzelfall dies sei), oder eher im Sinne von »gemeinsam«, also von einer bestimmten Gruppe (zum Beispiel genossenschaftlich) genutzt? Welche Rolle spielt darin der Staat, und wird er seiner Rolle als Sachwalter des Öffentlichen gerecht?

Die Bäume im Stuttgarter Schlossgarten zum Beispiel gehören der Stadt, immer schon. Die Stadt hat sie aber nicht so behandelt, wie die StuttgarterInnen sich das gewünscht hätten. S21 schlug dem Fass den Boden aus. Menschen aller Altersgruppen, auch solche, die in ihrem Leben noch an keiner Demonstration teilgenommen hatten, befanden: »Es reicht! Wir nehmen nun die Sorge um unsere Bäume selbst in die Hand«.

Etwas Ähnliches geschah in den Auseinandersetzungen um öffentliche Dienstleistungen und Infrastrukturen. Plötzlich war sie da, die Attac AG Privatisierung, aus der GiB – »Gemeingut in BürgerInnenhand« entstand. Der Slogan bewegte Menschen über den Umkreis von Attac hinaus. In Österreich entstand eine Gewerkschafts-Kampagne, für ausreichende Mittel für den Gesundheits-, Bildungs- und Sozialbereich unter dem Motto: »Soziales, Gesundheit, Bildung – unsere Gemeingüter!«. Jetzt sammelt das erste europäische Bürgerbegehren »Wasser ist ein Menschenrecht« Unterschriften.

Potentiale und Risiken

Wie können lebensnotwendige Ressourcen, von deren Nutzung niemand ausgeschlossen werden darf, in Zukunft organisiert werden? Was bedeutet es, wenn plötzlich der Begriff des »Öffentlichen« übergangs- und reflexionslos durch »Gemeingüter« ersetzt wird und damit auf die Commons-Debatte Bezug genommen wird, statt den Erhalt öffentlicher Dienstleistungen zu fordern? Sind Gemeingüter und Commons das Gleiche? Oder wie können aus Gemeingütern Commons werden? Welches neue strategische und politische Potenzial eröffnet sich dadurch, aber auch welche Risiken sind damit verbunden, in welche Fallen sollte mensch möglichst nicht gehen?

Bei der Zusammenstellung dieses CONTRASTE-Schwerpunkts sind wir auf immer neue Fragen gestoßen, haben Begriffe reflektiert und um gemeinsame Definitionen, aber auch um ein gemeinsames Verständnis von Sachverhalten gerungen. Zum Beispiel scheint der Begriff »Öffentliche Dienstleistungen«, der in politischen Auseinandersetzungen ganz selbstverständlich verwendet wird, erst im Zuge der Privatisierungsbestrebungen öffentlicher Leistungen entstanden zu sein. Das Begriffspaar »Waren und Dienstleistungen« suggeriert eine Verkäuflichkeit am Markt. Dabei geht es doch um eine Versorgungssicherheit, die unabhängig sein soll von der Zahlungsfähigkeit der Einzelnen, weil die Teilhabe am Lebensnotwendigen ein Menschenrecht ist.

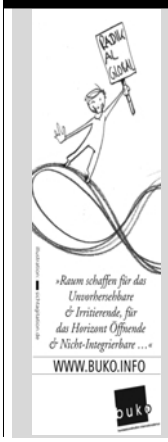
Vieles ließ sich hier nicht klären, aber darum geht es ja auch gar nicht. Wir können weder allgemeingültige Definitionen noch Rezepte für die demokratische Bewirtschaftung von Ressourcen anbieten. Stattdessen haben wir versucht, aus unterschiedlichen Perspektiven und mit einigen Beispielen die Vielfalt und Widersprüchlichkeit des Themas aufzuzeigen. Letztlich führt wohl kein Weg daran vorbei, dass die jeweils an einem Projekt oder einer Aktion Beteiligten miteinander klären, worum es ihnen konkret geht und was sie jeweils unter welchem Begriff verstehen, und das auch nach außen deutlich machen. In solidarischen Vernetzungszusammenhängen könnte es eine der vielen Herausforderungen sein, ohne in konkurrierende Bewertungen zu verfallen, die Vielfalt der unterschiedlichen Herangehensweisen als Bereicherung zu verstehen.●

SCHWERPUNKTTHEMA

Sind öffentliche Güter Commons – und wenn ja, was bedeutet das? Seite 7
Infrastrukturen der Daseinsvorsorge Anlageklasse oder Gemeingüter? Seite 8
Global umkämpfte Gemeingüter Commons und Solidarische Ökonomie als politische Herausforderung Seite 8
Solidarisch G'sund: Plattform für ein öffentliches Gesundheitswesen Seite 9
Von Kindern und dem Volksbegehren Energie Seite 9
Buchbesprechung: Anleitung zum globalen Ressourcenschutz Seite 10
Beispiele: Öffentliche Güter, die als Gemeingüter bewirtschaftet werden Seite 10

Schwerpunktthema Seite 7 bis 10

D 8008



Anzeige

PROTESTMARSCH UND CAMP DER FLÜCHTLINGE

Die Würde des Menschen ist unantastbar?

Am 29. Januar 2012 hat sich der 29jährige iranische Flüchtling Mohammad Rahsepar im Flüchtlingslager Würzburg erhängt. Als Polizist hatte er im Iran Befehle verweigert, wurde verhaftet und gefoltert, verließ seine Familie und suchte Schutz in Deutschland.

Von Elisabeth Voß, Redaktion Berlin ● Bereits Mitte 2011 hatte der Arzt des Erstaufnahmelagers Zirndorf dringend geraten, Mohammad Rahsepar zu seiner Schwester nach Köln ziehen zu lassen, weil er traumatisiert sei. Stattdessen musste er ins Lager. Er ist einer von fast 500 Flüchtlingen, die seit der massiven Einschränkung des Asylrechts 1993 in Deutschland gestorben sind und die viel zu oft unsichtbar bleiben. Aber sein einsamer, verzweifelter Tod war der Tropfen, der das Fass zum überlaufen brachte.

Andere, überwiegend ebenfalls iranische Flüchtlinge in Würzburg demonstrierten und errichteten ein Protestcamp in der Stadt. Im Juni traten sie mit zugenähtem Mund in den Hungerstreik. Diese selbstorganisierten Aktionen verbreiteten sich in den folgenden Wochen, es entstanden Camps in zehn weiteren Städten. Ende August wurde auf dem »Break Isolation-Camp« in Erfurt der Protestmarsch der Flüchtlinge von Würzburg nach Berlin geplant, die im Zentrum der politischen Macht für ihre Rechte kämpfen wollen. Mit dem am 8. September begonnenen Marsch verstießen sie – 20 Jahre nach dem Pogrom von Rostock-Lichtenhagen – bewusst gegen die Residenzpflicht, um diese Einschränkung ihres Grundrechts auf Bewegungsfreiheit zu delegitimieren.

Die Radikalität, mit der Betroffene lauter als je zuvor ihre Stimme erheben, führte anfangs mitunter zu Unstimmigkeiten mit UnterstützerInnen und NGOs. Und auch nicht jede veröffentlichte politische Position wird von allen beteiligten Flüchtlingen mitgetragen. Kontroverse Diskussionen und Konflikte sind Bestandteil emanzipatorischer Bewegungen, aber letztlich solidarisieren sich alle flüchtlingspolitischen Organisationen und Initiativen mit den Protestierenden. Denn auch wenn das jüngste Urteil des Bundesverfassungsgerichts die Kürzung der Leistungen zum Lebensunterhalt für Asylsuchende als verfassungswidrig untersagt hat, stehen die Lebensbedingungen Geflüchteter in Deutschland in gravierendem Widerspruch zu den Menschenrechten.

Neben der Residenzpflicht betrifft dies auch die Unterbringung in häufig abgelegenen und menschenunwürdigen Sammellagern, und die Versorgung mit Essenspaketen statt Bargeld. Flüchtlinge dürfen weder arbeiten noch bekommen sie Sprachkurse, und müssen oft jahrelang in erzwungener Isolation und Untätigkeit ausharren, bevor über ihren Asylantrag entschieden wird. Auch Kindern und alleinstehenden Jugendlichen werden diese Lebensbedingungen zugemutet. Nach Gewalterfahrungen und Flucht entstehen durch diese organisierte Unmenschlichkeit erneute Traumatisierungen. Am 4. September nahm sich der 27jährige Iraner Samir Hashemi im Lager Kirchheim unter Teck (Baden-Württemberg) das Leben. Drei weitere Flüchtlinge aus Afghanistan und dem Iran versuchten im Juni bzw. September, sich selbst zu töten, einer von ihnen liegt im Koma.

Der Flüchtlingsmarsch ist am 5. Oktober in Berlin angekommen, auf dem Kreuzberger Oranienplatz ist eine kleine Zeltstadt entstanden. Am 13. Oktober fand eine Demonstration statt, die mit mehreren Tausend Teilnehmenden gut besucht war. Die vorhergegangene »Global Noise-Demo« aus dem Occupy-Umfeld und die Lärmdemo des MieterInnenbündnisses Kotti und Co. zogen zum Oranienplatz, rollten dort ihre eigenen Transparente ein und demonstrierten solidarisch gemeinsam mit den Flüchtlingen bis in den Abend hinein.●

Mehr Infos und Spendenkonto:
http://refugeetentaction.net

AKTION 2013

Es geht los!

Nach dem glücklichen Abschluss für das Jahr 2012 liegt dieser Ausgabe ein Spendenaufruf für das kommende Jahr bei. Unser Zeitungsprojekt benötigt bei hoffentlich gleichbleibender Kostenstruktur 6.000 EUR zusätzlich, um alle externen Kosten abdecken zu können.

Redaktion Heidelberg ● Unsere Aboentwicklung war in diesem Jahr weiterhin positiv. Neue Abos und Fördermitgliedschaften stabilisieren unser Zeitungsprojekt zunehmend. Aus diesem Grund können wir die benötigte Spendensumme für das kommende Jahr um 500 EUR reduzieren. Dabei gehen wir natürlich von einer stabilen Kostenentwicklung aus.

Ein Unsicherheitsfaktor dabei sind unsere Druckkosten, da unsere bisherige Druckerei in Frankfurt zum 31.12.2012 aufhört. Damit wird leider eine fast dreißigjährige gute Zusammenarbeit beendet. Die Druckerei hatte 1984 das damalige »Wandelsblatt« mitgegründet und war zeitweise Herausgeber der dann in CONTRASTE umbenannten Zeitung. In der Folge hatten wechselnde Selbstverwaltete Betriebe aus der Frankfurter Region die Herausgeberschaft übernommen bis diese 1986 der Contraste e.V. übernahm.

Nun sind wir auf der Suche nach einer neuen Druckerei, die ebenso kostengünstig unsere kleine Zeitung im Rollenoffset druckt und haben bereits zu den wenigen Druckereien Kontakte geknüpft, die in Frage kommen. Wir hoffen, dass sich durch diese Veränderung an unserer Kostenstruktur nichts ändert und werden Euch in der nächsten Ausgabe über das Ergebnis informieren.

Im Monat Oktober konnten wir sieben neue Abos (eines davon in Österreich) und eine neue Fördermitgliedschaft über 75 EUR (gleichfalls aus Österreich) verzeichnen. Leider gab es aber auch wieder drei Kündigungen. Wir benötigen nun noch 108+ Abos, um unser Zeitungsprojekt auch ohne Spenden wirtschaftlich betreiben zu können.

Zusammen mit der neuen Fördermitgliedschaft und den u.a. Spenden haben wir unser Spendenziel 2012 erreicht. Allen SpenderInnen und Fördermitgliedern dafür herzlichen Dank!

Die Spenden im einzelnen:

- Buchladen König Kurt, Dresden (30 EUR)
- Jörg Hänsler, Stuttgart (20 EUR)
- Wilhelm Hoog, ??? (2,50 EUR)
- Roman Schweidlenka, Österreich (50 EUR)
- Heike Skok, München (5 EUR)
- Mark Weinem, Dortmund (30 EUR)

SPENDEN- UND ABOZÄHLER 2013

Das Zeitungsprojekt benötigt für 2013: 6.000 EUR

Das Ziel der Abokampagne: 108+ Neuabos

Wir hoffen weiterhin auf Spenden, Neuabos und Umstellungen bestehender Abos auf Fördermitgliedschaften. Die Mitgliedsbeiträge sind mit einer Spendenquittung von der Steuer absetzbar.

Unser Spendenkonto findet ihr im Kasten auf dieser Seite (für Spenden bis 200 EUR ist der Einzahlungsbeleg für das Finanzamt ausreichend, bei höheren Beträgen versenden wir automatisch eine Spendenquittung). Über den neuesten Stand werden wir wieder in der nächsten Ausgabe berichten.

Werbung

Dankbar wären wir, wenn unsere LeserInnen, die an diversen Tagungen und Veranstaltungen teilnehmen, kostenlose Überdrucke der CONTRASTE dort auslegen würden. Versandkostenfreie Bestellungen unter contraste@online.de.

Unsere Werbeflyer gibt es auch zum herunterladen und ausdrucken unter:
www.contraste.org/werbeflyer.htm
Ihr findet dort einen 2-seitigen Flyer im A4-Format und eine Schnupperabowerbung mit je 4 Bestellcoupons zum ausschneiden.●

BERLIN

Selbstorganisation und Solidarische Ökonomie in Berlin-Brandenburg
Radiosendung »Geld oder Leben«, jeden Mittwoch kurz nach 8h im morgen:magazin von Radio multicult.fm (UKW 88,4 MHz, Potsdam: 90,7 MHz):
www.contraste.netz-bb.de

Mailingliste Solidarische Ökonomie Berlin-Brandenburg, (contraste.netz-bb):
https://listi.jpberlin.de/mailman/listinfo/solioeko

Veranstaltungsreihe zum Internationalen Jahr der Genossenschaften: http://www.netzbb.de

Mitmachen bei der CONTRASTE-Redaktionsgruppe Berlin? Kontakt: post@elisabeth-voss.de

Spendenkonto

Contraste e.V., Volksbank Darmstadt eG
BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 515 124 05
IBAN DE02508900000051512405
BIC GENODEF1VBD

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen?

Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein (BRD) oder 10 EUR im europäischen Ausland, bekommt ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus.

Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, das Geld mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg, einsenden.

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr.
(mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

elis.corner

Wirtschaft oder Verbrechen?

Von Elisabeth Voß, Redaktion Berlin ● Unter dem Begriff der Daseinsvorsorge wird in der Regel all das verstanden, was als Lebensnotwendig gilt und bis vor nicht allzu langer Zeit in öffentlicher Hand war, nun aber zunehmend der Privatisierung anheim fällt: Krankheits- und Altersvorsorge, Wasser und Abwasser, Energie, Verkehrswesen, Post, Erziehungs- und Bildungseinrichtungen und Kultur, Strafanstalten, Polizei und Militär. Auch öffentlich genutzte Gebäude und zumindest ein Teil des Wohnungs- und Gewerbegebäude-Bestandes sind in Hand des Staates oder der Gemeinden, sowie Teile des Bankwesens. Ältere werden sich erinnern, dass auch die Telekommunikation einmal öffentlich war. Es wurde viel Kritik geübt an verschnarchten BeamtInnen und bürokratischen Barrieren, die es den BürgerInnen schwer machten, dies Öffentliche als ihr Eigenes zu begreifen. Zu oft versperrte die Staatsmacht den Zugang zu Informationen oder setzte nicht nachvollziehbare Regeln. Nicht wenigen gefiel es darum, als es immer häufiger hieß, die Institutionen sollten sich den BürgerInnen öffnen, modernisiert werden und effizienter arbeiten. Wer will schon gerne verschwenderisch sein mit »unseren« Steuergeldern? Endlich nicht mehr als demütige BittstellerInnen aufs Amt gehen zu müssen, sondern als KundIn aufrecht und in Würde das zu bekommen – was mir zusteht? Oder wofür ich bezahle?

Der Bertelsmann-Stiftung und ihren Kumpanen in Wirtschaft und Politik gelang es, mit eingängiger Staatskritik immer mehr Kommerzialisierungsdenken in öffentliche Debatten einzuschleusen. Ihre religiös anmutenden Litaneien von Messbarkeit, Vergleichbarkeit und Effizienz haben sich wie ein schleichendes Gift in den Köpfen viel zu vieler Menschen festgesetzt. Irgendwann in diesem Prozess wandelten sich sozialstaatliche Leistungen zu öffentlichen Dienstleistungen, aus BürgerInnen wurden KundInnen, und die Ökonomisierung des Lebensnotwendigen wurde zunehmend unhinterfragbar. Mit Privatisierungen sollten Anreize gesetzt werden, diese Dienstleistungen flexibler und in höherer Qualität anzubieten, weil Private für ihre Gewinne etwas tun müssten, im Unterschied zu Beamten, die – so das gängige Vorurteil – nur faul rumsäßen. Später kam die Sachzwanglogik der Haushaltsnot hinzu, Verkäufe öffentlichen Eigentums wurden »alternativlos«.

Heute wird um den Erhalt öffentlicher Dienstleistungen der Daseinsvorsorge gerungen. Was bisher weitgehend davon ausgenommen ist, das ist die Versorgung mit Lebensmitteln. Das schien hierzulande – zumindest seit dem Wirtschaftswunder der 1950er/60er Jahre – kein Thema zu sein. Gehungert haben die anderen – heute immerhin rund eine Milliarde Menschen. Jetzt kommt der Hunger näher. In den kaputtgesparten Ländern am Mittelmeer ist er schon zu Hause. Ist das nicht auch eine Frage der Daseinsvorsorge? Und was ist das für eine Wirtschaft, die immer mehr Menschen abhängt, Mensch und Natur ausbeutet und zerstört, und im Millisekundentakt elektronisch generierte Profite erzeugt, deren Umfang sich kein Mensch mehr vorstellen kann?

Umgekehrt gefragt: Sollte es nicht der Zweck einer jeden wirtschaftlichen Tätigkeit sein, Bedürfnisse zu befriedigen? Mit welcher Legitimation maßen sich Unternehmen an, Menschen und Natur zu zerstören, nur für ihren Profit? Wie wäre es, wenn immer mehr Menschen nicht mehr hinnehmen würden, was gemeinhin unter Wirtschaft verstanden wird, sondern sich die Definitionsmacht darüber, was legitimerweise unter Wirtschaft verstanden werden kann, aneignen würden? Wenn sie darauf bestehen würden, dass Wirtschaft dazu da sein muss, die Bedürfnisse aller Menschen auf dieser Erde zu befriedigen, und dass dies eine Frage der Demokratie und der Menschenrechte ist? Vielleicht sollte dann die herrschende Ökonomie nicht mehr als Wirtschaft bezeichnet, sondern im Klartext gesagt werden, dass es sich dabei um Verbrechen handelt?●

SELBSTVERWALTETE BETRIEBE

»KLEINE GEILE DIS/HARMONIEN – Die Berliner Kollektivbetriebe bitten zum Tanz« war der Titel einer Fete am 29. September 2012 anlässlich der Eröffnung der neuen gemeinsamen Website der Berliner Selbstverwalteten Betriebe.
Anzuschauen unter: www.kollektiv-betriebe.org

ÖSTERREICH 2013

Solidarische Ökonomie Kongress

Ziele des Kongresses sind:
• Aufzeigen von Projekten auf lokaler, regionaler und globaler Ebene;
• Austausch, Auseinandersetzung und Vernetzung in Theorie und Praxis;
• Motivation zur aktiven Mitarbeit in Sachen solidarischer Ökonomie.

Vor dem Hintergrund der derzeitigen Krisensituation wird die Frage nach Alternativen immer drängender gestellt. Zugleich erleben wir eine Vielfalt an lebendigen globalisierungskritischen Bewegungen und registrieren eine wachsende Anzahl an Projekten Solidarischer Ökonomie.

Unsere Hoffnung gilt der Stärkung und Vernetzung aller Initiativen und Einzelpersonen, die kritische Theorien und praktische Projekte vorantreiben. Sie alle suchen gemeinsame Wege in Richtung gesellschaftspolitischer, ökologischer und kultureller Veränderungen. Aus diesem Grund wird es in Wien im Februar 2013, wie schon vier Jahre zuvor, einen mehrtägigen Kongress zu Solidarischer Ökonomie geben.

Was ist Solidarische Ökonomie?

Bei Solidarischer Ökonomie handelt es sich um eine Form des Wirtschaftens, die, anders als das kapitalistische Wirtschaftssystem, nicht Kapital und (individuelles) Gewinnstreben in den Mittelpunkt stellt, sondern das Wohlergehen der Menschen, sowie soziale, ökologische und kulturelle Nachhaltigkeit. Es gibt nicht die eine Solidarische Ökonomie per definitionem, sondern stattdessen viele bunte Ansätze, Ideen und Praktiken weltweit. Unabdingbar für Konzepte, Themen und Projekte im Bereich Solidarische Ökonomie ist deren Diskutierbarkeit. Kritische Reflexion ist demokratischen Prinzipien immanent – alles muss hinterfragbar bleiben. Das gesamte Feld ist so komplex, dass eine Erklärung mit absolutem Wahrheitsanspruch nie angemessen sein kann.

Jede Einzel- und Gruppeninitiative ist eine unter vielen. Ihr »Wir« ist nicht im Gegensatz zu »Anderen« konzipiert. Das Verständnis von Solidarischer Ökonomie soll breit angelegt werden – also bezogen auf Solidarität als gegenseitige Unterstützung und eine Ökonomie, die sich an den menschlichen Bedürfnissen orientiert und nicht umgekehrt.

Wir wollen den Begriff »Solidarische Ökonomie« bewusst nicht eng eingrenzen, um sehr unterschiedlichen Konzeptionen und Ansätzen Platz zu geben und kontroversielle Diskussionen zu ermöglichen, wie zum Beispiel über:

- Verbindung Arbeit & Leben;
- Geschlechterverhältnisse in der Ökonomie;
- Public Services;
- Care Economy;
- Grundeinkommen;
- Politische Rahmenbedingungen und kritische Blickwinkel auf Solidarische Ökonomie bieten,

z.B.

- Commons und Wissensallmende;
- OpenSource und Copyleft;
- Alternative Bildungseinrichtungen;
- selbstverwaltete Räume und Betriebe;
- Genossenschaften;
- solidarische Wohnformen und besetzte Häuser;
- Tauschringe;
- Regionalwährungen;
- Frauenräume und feministische Projekte;
- Umsonstökonomie;
- Alternative Finanzierungseinrichtungen;
- Fairer Handel;
- Solidarische, interkulturelle und Gemeinschaftsgärten;
- Volxküchen;
- Landwirtschaftliche Direktvermarktung;
- Ökodörfer u.v.a.m.

Website: www.solidarische-oekonomie.at

22.bis 24. Februar 2013
an der Universität für Bodenkultur (BOKU), 1180 Wien

Wir, die Vorbereitungsgruppe des Kongresses, arbeiten selbstorganisiert, partizipativ, demokratisch, egalitär, nicht-hierarchisch, konsensorientiert und spontan. Sämtliche Entscheidungen werden von den jeweils Anwesenden getroffen.

Bist du an der Mitarbeit in der Kongressplanung interessiert, möchtest Du den Newsletter erhalten oder hast du weitere Fragen, melde dich bitte unter:
info@solidarische-oekonomie.at●

STADT IM WANDEL

Helden in Halle

Im Verlauf des letzten Jahres ist in der lieblichen, in Sachen Nachhaltigkeit etwas verschnarchten Universitätsstadt an der Saale einiges in Bewegung gekommen. »Stadt im Wandel« so heißt das viel versprechende Motto.

Von Solveig Feldmeier & Richard Schmid, Red. Sachsen-Anhalt ●

Inspiriert durch die Aufbruchatmosphäre beim »Postwachstumskongress« in Berlin trugen einige junge Attac-Mitglieder diese Stimmung ins Hallenser attac-Plenum, wo die Idee geboren wurde, gemeinsam mit möglichst vielen anderen Initiativen und InitiatorInnen eine Postwachstumswoche für Halle sorgfältig vorzubereiten. Das war im Sommer 2011. Eine Vielzahl von Veranstaltungen zum Thema sollte in dieser Woche gebündelt und gemeinsam so beworben werden, dass auch Publikum erreicht werden kann, welches sich politischen Themen ansonsten eher verschließt. Wir wollten endlich mal nicht unter uns bleiben, sondern was Großes, worüber man in der Stadt spricht, anschieben. Etwas Großes mit nachhaltigen Folgen. Das sollte im Mai/Juni 2012 geschehen.

Die Auftaktveranstaltung im September 2011 mit ca. 30 Interessierten von queer bis katholisch eingestellt, machte Mut. Glänzend vorbereitet durch eine frisch bei der Attacademie geschulte Moderatorin wurden im »Open Space« jede Menge Ideen ersonnen. Der Optimismus begann allerdings bei der zweiten Versammlung langsam zu bröckeln. Annähernd zwei Stunden wurden um Namen und Motto diskutiert. Man einigte sich schließlich auf: »Leben über Wachstum – Wachstum überleben« oder so ähnlich. Das war Ende Oktober 2011. Im Laufe des nächsten Monats kamen einige MitsteiterInnen abhanden. Sie fühlten sich mit ihren Inhalten nicht repräsentiert, obgleich sie nichts dazu getan hatten, diese einzubringen. Wieder wurde übers Motto gestritten. Mittlerweile war ein Logo da. Man fand es zu sperrig und wenig attraktiv für unsere Zielgruppe.

Atommüllentsorgung – spielerisch »einfach« Foto: Richard Schmid

Da trat eine junge Grafikerin auf den Plan. Politisch nicht organisiert, aber aktiv bei den »Tomatenpiraten«, einer veganen Kochgruppe und Sympathisantin von »Greenpeace«. Sie hatte ihrer Kreativität freien Lauf gelassen und die »Hallenser Helden« waren geboren: Held, Heldin, Heldier und Heldchen. Dazu den Namen für das Projekt: »Heldentage«. Und jetzt ging es so richtig los, das verbale Handgemenge um den Titel und seine Außenwirkung. »Bei Helden muss ich an Siegfried denken«, sagt die altgediente Feministin. Der Antifa-Vertreter sieht Faschismus und Krieg heraufbeschworen. Die selbstlose Attac-Aktivistin will um keinen Preis als Heldin gesehen werden. Sie tut doch nichts Besonderes. Sie will sich doch nicht herausheben aus der breiten Masse. Nein. Wollen wir das wirklich nicht? Vielleicht. Aber wir tun es. Täglich. Und geben damit anderen Menschen, die in dieser chaotischen globalisierten Welt nach Orientierung suchen, ein Beispiel. Wir haben verschiedene Leute aus der alternativen, kreativen, selbstorganisierten Szene gefragt, ob und warum sie sich als Held/Heldin fühlen. Die meisten haben zunächst gezaudert. Aber dann fielen Sätze wie: »Ich bin Heldin, weil wir aus freien Stücken Halle begrünen.« (Anja, »Essbarer Waldgarten«). »Ich bin Held, weil ich mich mit meiner seelischen Behinderung durch diese Welt schlage.« (Jan, »attac«). »Ich bin Heldin, weil ich als Selbständige in meinem Kindergarten nahrhaftes, regionales, saisonales Essen zubereite und neben der intensiven Beschäftigung mit meiner Tochter Zeit finde, mich für die Umwelt zu engagieren.« (Katrin, »Himmel & Erde«). Es gab auch solche Äußerungen: »Ich finde Held sein doof. Es sollte grundsätzlich jeder geben, was er/sie kann.« (Stephan, Wirt und Tellerwäscher der »Goldenen Rose«).

Manchmal braucht es dazu einen Anstoß von außen. Und den wollte unsere Veranstaltungswoche liefern. Die Heldenfamilie wurde Mittel zum Zweck. Mittlerweile hatte sich ein kleines Vorbereitungsteam

240 Stunden »visionlab« (Visionslabor) im BUND-Zelt Foto: Richard Schmid

zusammengefunden, überwiegend jung und weiblich besetzt. Diese Pressegruppe kümmerte sich um die Öffentlichkeitsarbeit, während ein größerer Kreis von OrganisatorInnen damit beschäftigt war, ReferentInnen einzuladen. In kreativer Eintracht von fünf Personen wurde der Slogan gefunden: »Alternativlos war gestern. Wir wuppen die Krise!« und über den wurde dann nicht mehr diskutiert. Ende im Gelände. Aus Workshops wurden Wuppshops, aus Vorträgen Hirnwupps, aus Aktionen Wupptionen und dazu noch die große Wupperparty. Albern? Nein. Diese selbstironische Art unsere Inhalte darzustellen zog. Einmal aufmerksam geworden, konnten Interessierte auf unsere Website gehen und bekamen dort neben Veranstaltungshinweisen jede Menge Hintergrundtexte und weiterführende Informationen vermittelt. Auch die enge Zusammenarbeit mit dem freien »Radio CORAX« zahlte sich aus. Wir hatten Gelegenheit, in der Programmzeitschrift Ziele und Inhalte darzulegen. Im Tagesaktuellen gab es Interviews mit ReferentInnen und Veranstaltungstipps.

Die Zahl der direkt an der Organisation beteiligten Gruppen war zwar geschrumpft, dafür engagierten sich die verbliebenen umso stärker. Das waren der »SDS«, »Solidaridad e.V.« (ein Lateinamerikaverein), »BUND«, »attacHalle«, Eine Welt Laden, sowie »Postkult«, »Stadtgarten«, »Haushalten e.V.«, »Waldgarten«, »Mohio«, die »Tomatenpiraten«, »PAPKA«, »Peißnitzhausverein«, »Freundeskreis attacvilla Können« – alles Gruppen, die sich für alternatives Wirtschaften und nachhaltiges Leben stark machen. Auch je eine Veranstaltung der Rosa-Luxemburg- und Heinrich-Böll-Stiftung fand im Rahmen der »Heldentage« statt. Diese finanzierten ihre eigenen Angebote, konnten oder wollten uns darüber hinaus jedoch nicht mit Geldern unter die Arme greifen.

Relativ unkompliziert erhielten wir Finanzhilfe aus dem Regionaltopf von »attacDeutschland«. Kurzfristig taten sich dann Möglichkeiten auf, durch Zuwendungen durch die »Landeszentrale für politische Bildung«, dem »eed«, dem »Katholischen Fonds« und »Nord-Süd-Brücken« unterstützt zu werden. Zwei Mitglieder unseres Vorbereitungskreises kämpften sich im Mai durch die Anträge und Anne schrieb sich die Finger wund. Richard war bis in den Herbst mit der Abrechnung voll ausgelastet. Ohne diesen hohen persönlichen Einsatz hätten wir einigen ReferentInnen absagen müssen. Und die Kultur wäre, wie so oft, ganz hinten runter gefallen. Unser Konzept sah von Beginn an vor, nicht nur das Hirn, sondern auch alle Sinne anzusprechen. Ob bei Kabarett, Theater, Lesungen, Mitmach-Fahrradwerkstatt, Märchenstunde, Spieletreffen oder per Fahrrad auf der Suche nach Alternativen ins Umland. Zudem luden StudentInnen der Burg Giebichenstein zu der illusteren Ausstellung »Recycling Matters«.

Treffpunkt für Menschen, die sich informieren und ins Gespräch kommen wollten, wurde in der Woche vom 5. bis 14. Juni das vom »BUND« entliehene Zelt. Es befand sich am Alten Markt und war rund um die Uhr besetzt, was uns an den Rand unserer personellen, physischen und psychischen Ressourcen brachte. Umweit davon lag der zentrale Veranstaltungsort: Die »Goldene Rose«, ein historisches Gasthaus, das durch den Nichthelden Stephan und einigen UnterstützerInnen zu neuem Leben erweckt wurde. Jetzt bietet es eine Art soziokulturelles Obdach für die hallische Alternativszene.

In den 40 Veranstaltungen erreichten wir über 1.000 Menschen aller Altersgruppen, auch der Anteil der Geschlechter war ausgewogen. Überfüllt war der Veranstaltungsraum beispielsweise bei dem Vortrag von Friederike Habermann »Ecommony – Wirschaften jenseits von Arbeit, Askese und Ausbeutung«. Auch der Workshop mit den Transition-Town-Leuten aus Leipzig fand starkes Interesse. Das von attac organisierte Highlight war der Vortrag von Christian Felber zur Gemeinwohlökonomie im Audimax der Uni. Ein weiterer Höhepunkt war der Lateinamerikaabend mit einem emotionalen Appell des Ecuadorianischen Botschafters Jorge Jurado gegen den Bau des Staudammes Yasuni-ITT und der Vortrag von Dr. Muruchi Poma über »Buen Vivir – das gute Leben« als Verfassungsziel.

Die jungen ModeratorInnen aus unseren Reihen hatten es sich zum Ziel gesetzt, das Publikum mit verschiedenen Methoden zum Gedankenaustausch zu bringen. Mehr noch – sie wollten damit Lust auf nachfolgende Aktivität entwickeln. Auch dies ist gelungen. Ungefähr 50 Menschen haben sich nach dem Abschluss der »Heldentage« unter dem Logo »Transition-Town-Halle« zusammengefunden. Sie wollen gemeinsam ihre Stadt verändern. Noch ist das ganze ein zartes Pflänzchen, das behutsam behandelt sein will. Einigkeit besteht darüber, in der Zusammenarbeit den Methoden der Gewaltfreien Kommunikation zu folgen. Eine frisch gebildete Kommunikations-Gruppe wird dies anleiten und entsprechende Fertigkeiten auch in andere Zusammenhänge einbringen. Andere Mitglieder treffen sich regelmäßig zum »Mundraub« in den Alleen vor der Stadt. Dann gibt es noch das Projekt »Zukunftswerkstatt«, welches möglichst viele Bürgerinnen und Bürger einbeziehen möchte bei der Ideensuche für den Wandel in ihren Stadtteilen.

Außerdem gründete sich eine Hallenser Unterstützungsgruppe für die Idee der Gemeinwohlökonomie und der Demokratischen Bank. Ein weiteres ehrgeiziges Ziel ist die Wiederbelebung und Weiterentwicklung der »Calendula«, von 1993 bis 2004 Stadtzeitung und Veranstaltungsblatt der Umweltbewegung. Sie soll als Online- und Printausgabe erscheinen und nicht auf die Ökoszene beschränkt bleiben, sondern auf verschiedene Weise journalistisch darstellen, dass sich Halle und sein Umland bereits im Wandel befinden. Sie soll Suchenden Wissen vermitteln, Ideen bekannt machen und Vorbilder vorstellen – egal ob Hel-

Gemütliches Spielecafé auf dem Alten Markt in Halle Foto: Richard Schmid

calendula

Eine neue Zeitung für Halle und Umgebung. Ist das denn zeitgemäß? Ja, sagen sich die InitiatorInnen aus dem Umfeld verschiedener Hallenser Vereine. Denn der Ursprung des Wortes bedeutet Neuigkeit. Davon gibt es reichlich, und zwar entgegen der Berichterstattung der Mainstream-Medien nicht nur schlechte. Die Saalestadt und ihr Hinterland befinden sich im Wandel.

calendula wird ihn begleiten, als Druckausgabe und selbstverständlich auch, ganz zeitgemäß, in einer Online-Version.

calendula ist eine Wiederaufnahme. 1993, kurz nach der Wende, in noch sehr bürgerbewegten Zeiten erschien die Stadtzeitung als Ehrenamtsprojekt mit Schwerpunkt Natur- und Umweltschutz zum ersten Mal. 2004 musste sie wegen Ressourcenknappheit eingestellt werden – keine Freiwilligen mehr und keine finanziellen Zuwendungen. Und dennoch ist sie nicht in Vergessenheit geraten.

Im Gegenteil: Zu den Heldentagen wurden zwei Dinge klar: wir brauchen eine Pressestimme und es gibt begeisterte Freiwillige. Finanzen? Nun ja. Wir wollen anknüpfen an das Engagement und die Thematik von damals, aber wir wollen darüber hinaus gehen. Unser Blatt versteht sich als Informationsplattform aller gesellschaftlichen Kräfte (EinzelbürgerInnen, Gruppen, Vereine), die den Wandel vom ego-zentrierten Streben nach materiellem Reichtum hin zu Kommunikations- und Beziehungsfähigkeit, Vertrauen und bürgerschaftlichem Engagement für das Gemeinwohl unterstützen.

Als Nachfolger der ursprünglichen Umweltblätter »calendula« soll die neue Zeitung auch Wissen über Umweltbedrohungen und ihre Ursachen vermitteln und den Menschen eine Stütze geben, um sich beim Einkauf für die nachhaltigeren Varianten zu entscheiden. (Auch Informationen über andere globale Bedrohungen wie z.B. Ressourcenkonflikte sollen transportiert werden. Auch Halles (multi)kulturelle Vielfalt ist Thema der Zeitung.) Kernstück ist das Veranstaltungscalendarium, das über Aktivitäten verschiedenster Non-Profit-Organisationen in diesen Themenbereichen informiert.

Was bewegt (sich) in Halle und Umgebung? Wer steckt dahinter? Was wollen die? Hintergrundinformationen wird es zu Themen geben, die sich auf Zwischenmenschliches, Kulturelles, Wirtschaftliches und Politisches beziehen.

http://calendula-zeitung.de
www.helden-in-halle.de
www.attac-netzwerk.de/halle
http://transitiontownhalle.wordpress.com

DAS GEBURTSHAUS IN BERLIN-CHARLOTTENBURG

25 Jahre sanfte Geburt

Das Geburtshaus Charlottenburg steht für die ganzheitliche Betreuung in der Schwangerschaft, bei der Geburt und im Wochenbett, für mehr Aufklärung und Information und das Selbstbestimmungsrecht von Schwangeren und Familien.

Von Christine Bruhn und Christine Schuppe, Berlin ● Über 5.700 Kinder sind bisher bei uns schon sicher und geborgen auf die Welt gekommen. Hebammen wissen, wie wichtig es ist, dass Frauen eine intensive Begleitung haben und einen geschützten Raum, um ihr Baby zu bekommen – ohne unnötige medizinische Eingriffe. Dem gingen verschiedene Entwicklungen voraus:

Ende der 1970er – Anfang der 80er Jahre war die Geburtshilfe in eine Krise geraten und zunehmend der öffentlichen Kritik ausgesetzt. Die Geburt wurde immer mehr als medizinisches Krisenmoment betrachtet, das eine intensivmedizinische Betreuung verlangt. Die fortschreitende Medikalisierung und Technisierung der Geburtshilfe verursachte bei den Frauen wachsendes Unbehagen. Von einer Gruppe Sozialwissenschaftlerinnen, Hebammen und betroffenen Frauen in Berlin gegründet, entwickelte der Verein »Geburtshaus für eine selbstbestimmte Geburt« auf Grund der Unzufriedenheit ein alternatives Konzept. Seine Kontakt- und Beratungsstelle bot zunächst persönliche und telefonische Beratung sowie verschiedene Kurse an. Die Einrichtung war sehr erfolgreich, so dass relativ bald eine Initiative für ein Geburtshaus entstand, das 1987 am Klausenerplatz eröffnet wurde.

Bei aller Freude schlug dem Geburtshaus aber auch viel Skepsis entgegen: Das Geburtshaus sei ein totgeborenes Kind, sagte der damalige Leiter der Universitätsfrauenklinik von Berlin und warnte vor dem »Abenteuer« Geburtshaus. Eine Geburt ohne ärztliche Aufsicht schien den Kritikern »gemeingefährlich«, die Risiken »unvorhersehbar« und die Frauen und Hebammen verantwortungslos.

Inzwischen hat sich die außerklinische Geburtshilfe etabliert, ist gut beforscht und unterliegt einem sehr anspruchsvollen Qualitätsmanagement. Das Geburtshaus Charlottenburg ist eine feste und lebendige Institution geworden und mit über 320 Geburten im Jahr die größte außerklinische Einrichtung in Deutschland. Im Sommer 2007 ist es auf das Gelände der DRK-Klinik Westend umgezogen.

Wir arbeiten mit 14 Hebammen in zwei Teams. Während der Betreuung in der Schwangerschaft lernen die Frauen und Paare die Hebammen des jeweiligen Teams kennen. Für die Vorsorgeuntersuchungen, die meistens im Wechsel mit den betreuenden Gynäkologen stattfinden, nehmen sich die Hebammen eine Stunde Zeit, das ist sehr viel aber sehr gut investierte Zeit. Auch werden alle notwendigen Untersuchungen im Rahmen der Mutterschaftsrichtlinie durchgeführt – ausgenommen die Ultraschalluntersuchungen.

Hebammen benutzen ihre Hände und Sinne: Sie tasten den Bauch der Schwangeren und hören die Herztöne des Babys. Für viele Frauen ist das eine ganz neue Erfahrung: das Baby, der eigene Körper, die Bindung zum wachsenden Kind werden auf eine neue Art spürbar. Es gibt Raum für die vielen kleinen und großen Fragen, die viele Frauen haben, denn die Verunsicherung der Frauen durch Medien und Internet wächst zunehmend. Die Zusammenarbeit mit den Gynäkologen und Gynäkologinnen hat sich im Laufe der 25 Jahre stark verbessert. Mit vielen Ärztinnen und Ärzten stehen wir im engen Austausch.

Foto: Geburtshaus

Zur Geburt begleiten die Hebammen des Geburtshauses rund um die Uhr. Wir sorgen dafür, dass jede Frau auf eine ausgeruhte Hebamme trifft, denn ein Schichtwechsel findet bei der Geburt nicht statt. Diese intensive Betreuung gibt uns und den Frauen Sicherheit. Wir hören regelmäßig und sorgsam die Herztöne, begleiten und helfen, wenn es die Frauen wünschen und greifen ein, wenn es der Geburtsverlauf erforderlich macht. Dieses Vorgehen beruht auf einer Vielfalt von Kompetenzen und Erfahrungen, die ausgebildete Hebammen mitbringen und ständig erweitern. Sowohl das Tun als auch das Lassen, die gekonnte Nicht-Intervention, sind hohe Hebammenkunst.

Viele Hebammen haben zusätzliche Ausbildungen in Homöopathie, Akupunktur und Hypnose, um Frauen die Geburtsarbeit zu erleichtern. Unsere tiefste Überzeugung ist aber, dass das Wichtigste eine zugewandte freundliche Hebamme ist, die Zeit hat, ermutigt, bestärkt und einfach da ist. Nach der Geburt lassen wir den Eltern Zeit, ihr Kind zu begrüßen. Bei uns bekommen die Frauen ambulant ihr Baby, d.h. nach 4 Stunden gehen die Paare nach Hause und werden von der Nachsorgehebamme weiter betreut.

Mehr als 80-85% der angefangenen Geburten finden im Geburtshaus statt. Sollte es zu Auffälligkeiten und Komplikationen kommen, arbeiten wir in erster Linie mit der gegenüberliegenden Frauen- und Kinderklinik Westend zusammen. Dadurch ist auch eine schnelle Notfallversorgung möglich.

Eine Geburt ist ein einzigartiger natürlicher Vorgang und hoch bedeutsam für alle Beteiligten. Und es gibt genügend Hinweise und Forschungsergebnisse dazu, wie wichtig die Geburt mit allen ihren Rahmenbedingungen ist: ein normaler Verlauf ohne unnötige technische oder medizinische Eingriffe fördert das Gelingen der Eltern-Kind-Bindung, das Stillen ist für die körperliche und psychosoziale Gesundheit der Kinder bis weit ins Erwachsenenalter hinein bedeutsam.

Deshalb sollte eine Geburt so behutsam, beschützt, respektvoll und würdevoll wie möglich vonstatten gehen. Aus diesem Grund arbeitet die außerklinische Geburtshilfe mit einer Eins-zu-Eins-Betreuung durch eine vertraute Hebamme in sicherer Umgebung. Klinik-Kreißsäle sind wichtig, um Risikogeburten zu betreuen. Aber viele Hebammen und durchaus auch Ärzte wissen darum, dass technisch-medizinische Interventionen häufig weitere Eingriffe nach sich ziehen – damit kann eine Zwangsläufigkeit von Interventionen in Gang gesetzt werden. Und aufgrund des Pflegeschlüssels ist es in Klinik-Kreißsälen in der Regel nicht möglich, dass eine Hebamme nur eine Frau begleitet.

Unser Anliegen nach 25 Jahren ist aktueller denn je. Nur 8% aller Frauen in Deutschland bekommen ohne medizinische Eingriffe ihr Kind. Die Kaiserschnittrate ist kontinuierlich gestiegen und liegt bundesweit bei 33%. Sie ist damit ca. doppelt so hoch, wie die von der WHO als medizinisch notwendig betrachtete Rate von 10 bis 15%.

Außerklinische Geburtshilfe ist gut erforscht und sicher! Mehr Informationen und Aufklärung sind nötig, damit Schwangere und werdende Familien ihre Wahlmöglichkeiten wahrnehmen und den Start ins Lebens so gut wie möglich vorbereiten können. Und wir brauchen bessere Arbeitsbedingungen, damit genügend Hebammen ihre Kompetenz und Arbeitskraft auch anbieten können. Denn die Arbeitsbedingungen für Hebammen haben sich trotz jahrelanger Bemühungen bisher nur wenig verbessert. Nach wie vor belasten hohe und regelmäßig steigende Haftpflichtprämien jede einzelne Hebamme zum Teil in existentieller Weise und es gibt überhaupt nur noch einen Versicherer. Grund sind die hohen Schadenssummen: es gibt zwar nicht mehr Schadenfälle als früher, aber es werden von allen Beteiligten inzwischen viel höhere Summen eingeklagt. Und immer noch haben Hebammen ein weit unterdurchschnittliches Einkommen dafür, dass sie mit Verantwortung für Leben und Tod und in ständiger Einsatzbereitschaft arbeiten. Gefährlich für den Berufsstand ist darüber hinaus, dass die ernorme gesundheitspolitische Bedeutung der Geburtshilfe in der Öffentlichkeit zu wenig bekannt ist, dass werdende Mütter und Familien viel zu oft ungenügend informiert sind – auch über die Rechte und Möglichkeiten, die sie haben – und dass über diesen geringen Bedarf aufgrund von Unkenntnis nicht genügend deutlich wird, dass es vieler Orten gar nicht mehr genügend Hebammen gibt!

»In guter Hoffnung sein« – das ist vielen Frauen fremd. Während die Schwangerschaft oft schon sehr angstbesetzt ist, zieht sich diese Unsicherheit durch die Geburt und das Wochenbett. Schwangerschaft und Geburt sind jedoch keine Krankheit!

Unsere erste Aufgabe ist und bleibt es, den Frauen den Rücken zu stärken, ihre eigenen Fähigkeiten zu erkennen, sie zu unterstützen und ihnen Mut zu machen. Und wir sollten in der außerklinischen Geburtshilfe miteinander darauf achten, wie wir sinnvoll wirtschaften können. Gesellschaftspolitisch besteht die Aufgabe darin, den gesundheitspolitischen Beitrag einer Geburtshilfe im beschriebenen Sinne zu verdeutlichen und entsprechende Ressourcen und eine adäquate Informationspolitik einzufordern.●

Christine Bruhn ist Geschäftsführerin, Christine Schuppe fachliche Leiterin des Geburtshaus Charlottenburg: www.geburtshaus-berlin.de

NETZWERK NEWS

Fördern – Vernetzen – Unterstützen

Netzwerk Selbsthilfe e.V. als staatlich unabhängiger politischer Förderfonds ist mit seiner Idee seit nunmehr 34 Jahren einzigartig. Sie wird auf drei Wegen umgesetzt. Direkte finanzielle Förderung durch einen Zuschuss, persönliche und individuelle Beratung sowie Vernetzung von politischen Projekten. Wir brauchen UnterstützerInnen und SpenderInnen, damit das Entstehen und Überleben vieler kleiner politischer, sozialer und alternativer Projekte möglich bleibt!

Die Shoah in Lettland

»Wenn ein Mensch stirbt, stirbt eine ganze Welt« (jüdisches Sprichwort)

Nach der Besetzung des Baltikums durch das nationalsozialistische Deutschland im Sommer 1941 wurde Lettland in das »Reichskommissariat Ostland« eingegliedert und dem »Generalbezirk Lettland« überführt. Zu diesem Zeitpunkt lebten noch 70.000 jüdische Menschen in Lettland. 15.000 von ihnen gelang die Flucht, bevor im Juli die ersten Massenerschießungen unter dem Kommando von Franz Walther Stahlecker, der »Einsatzgruppe A«, stattfanden. Binnen drei Monaten wurden 34.000 Menschen hingerichtet.

Noch bevor Konzentrationslager errichtet wurden, wurden die Überlebenden in Gettos in Vilnius, Kaunas und Riga gesperrt. Zu diesem Zeitpunkt war die lettische Bevölkerung politisch gespalten. Größere Teile der Bevölkerung begrüßten den Einmarsch der Deutschen, da die Besatzung der Sowjetunion als unrechtmäßige Zwangssituation betrachtet wurde. Zudem verwaltete seit 1934 eine rechtsgerichtete und antisemitische Regierung unter Karlis Ulmanis Lettland. Daraus bereitete sich der Boden, um Zehntausende zu Mittätern der Deutschen bei der Vernichtung der lettisch-jüdischen Menschen werden zu lassen. Insgesamt gehörten 80.000 Letten der lettischen SS-Legion an, weitere 30.000 wurden in der Polizei eingesetzt.

Demgegenüber stehen die Schätzungen der fast 70.000 ermordeten Jüdinnen und Juden, 4.000 Roma, 20.000 lettische KommunistInnen und WiderstandskämpferInnen und 10.000 nach Deutschland Deportierte. Bis zur ersten Hälfte des Jahres 1942 waren bereits die meisten der lettischen Jüdinnen und Juden ermordet, nur 200 jüdische Menschen überlebten die Shoah in Lettland und kaum 1.000 kehrten aus den deutschen Lagern zurück.

Dokumentarfilm

Von der Ballerina zur Rotarmistin

Im Tel Aviv des Jahres 2011 spricht Eva Vater vom Krieg gegen die Deutschen, vom Tod, dem Überleben und von der Liebe. Der Dokumentarfilm »Wege, die wir nicht wollen« porträtiert die junggebliebene 89-jährige lettische Jüdin. Sie war 18 als der deutsche Vernichtungsfeldzug 1941 Riga erreichte und verließ es mit dem letzten Evakuierungstransport für junge KommunistInnen. Sie und ihr Bruder überleben die Shoah. Ihre restliche Familie stirbt, wie 67.000 andere lettische Jüdinnen und Juden bei Pogromen und Massenerschießungen. Eva, die eigentlich Ballerina werden wollte, schließt sich der Roten Armee an und wird binnen weniger Monate zur Sanitäterin ausgebildet. Sie kämpft als eine von 500.000 Jüdinnen und Juden bis 1945 in der Artillerie und im Lazarett gegen die Deutschen und kehrt als eine von wenigen nach dem Sieg der Alliierten nach Riga zurück, wo sie Medizin studiert und als Gynäkologin arbeitet. Mit 75 Jahren wandert sie nach Israel aus und lebt seitdem in Tel Aviv.

Der Film erzählt Evas Leben jenseits des klassischen Interviewfilms. Mit intensiven Bildern werden persönliche Erinnerungen und Realitäten jüdischen Lebens in der ehemaligen Sowjetunion vermittelt. Neben der Verwendung in antifaschistischer Bildungsarbeit, soll der Film auch in ausgesuchten Kinos zu sehen sein.●

Infos unter: http://evavaterfilm.com

Stella Napieralla

Netzwerk Selbsthilfe – der politische Förderfonds
Gneisenausstr. 2a, 10961 Berlin
www.netzwerk-selbsthilfe.de

Anzeige

ArchivCD.4

8 Jahre CONTRASTE auf CD-ROM!
1/2004 - 12.2010 und 10.1984 - 12.1985
zusätzlich:
BUNTE SEITEN 2012 - Das alternative Adressbuch **und**
Reader der AlternativMedien - BRD/AUSTRIA/CH
Die CD kostet:
25 EUR (für CONTRASTE-AbonnentInnen)
20 EUR (für alle, die bei uns schon eine CD gekauft haben)
35 EUR (für Menschen ohne CONTRASTE-Abo)
+ jeweils 3 EUR (Ausland 4 EUR) Versandkosten
Info: www.contraste.org/archiv-cd.htm
Bestellungen an:
Zeitsprung-Verlag, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg
zeitsprung-verlag@online.de

INTERVIEW: EIN BAURAUM FÜR LOW-TECH IDEEN

Vom Fahrradmixer bis zur Sanitäranlage

CONTRASTE: Warum habt ihr eine Projektwerkstatt zu Low-Tech initiiert?

Low-Tech: Bei uns im Studium an der TU Berlin lernen wir fast ausschließlich großtechnische Problemlösungen kennen. Diese können nur industriell angewendet werden und verursachen oft schwerwiegende ökologische und soziale Schäden. Es gibt aber zu vielen Problemen auch ganz einfache Lösungen, die jedeR gleich verstehen und auch nachbauen kann, und das wollen wir auch lernen und verbreiten. Außerdem bieten Projektwerkstätten die Möglichkeit selbst zu bestimmen, was auf dem Lehrplan steht. Da ist man nicht darauf angewiesen, jedes Semester im Vorlesungsverzeichnis auf eine spannende Veranstaltung zu hoffen.

Seid ihr von Seiten der Univerwaltung auf Widerstand gestoßen?

Eine Projektwerkstatt zu beantragen ist ziemlich einfach, die Formalitäten sind da klar geregelt und dokumentiert, und BetreuerInnen unterstützen einen dabei. Viele in der Verwaltung wissen allerdings nicht gleich, dass es so etwas wie Projektwerkstätten gibt. Wenn man also nach Unterstützung oder Räumen fragt, dann muss man die Zuständigen erst mal aufklären, bis sie verstehen, dass wir tatsächlich eine Lehrveranstaltung sind.

Aus welchen Studienrichtungen kommen eure TeilnehmerInnen?

Verschiedene, aber leider hauptsächlich aus technischen Richtungen. Dabei ist LowTech genauso eine soziale, gesellschaftliche und politische Herausforderung. Aus der Richtung brauchen wir definitiv mehr Unterstützung.

Welche praktischen Projekte habt ihr bisher gemacht?

Unsere Low-Tech Definition haben wir mit dem Bau eines Mixerfahrrads veranschaulicht. Das dient uns jetzt als Eyecatcher auf Veranstaltungen und für leckere Cocktails. Abgeguckt haben wir uns das Konzept von *Mayapedal* aus Guatemala (www.mayapedal.org). Eine Trockentrenntoilette haben wir im Rahmen des Forschungsprojekts CaSa in Kooperation mit »Ingenieure ohne Grenzen Berlin« (www.ingenieure-ohne-grenzen.org) im Landschaftspark Herzberge gebaut. Sie ist Teil eines Nährstoffkreislaufkonzepts für die kleinbäuerliche Landwirtschaft. Im Kombinat Gatschow in Mecklenburg Vorpommern steht jetzt eine Solardusche für 10 Menschen, die wir aus alten Heizkörpern hergestellt haben. Und zur Zeit basteln wir an kleineren Sachen, wie Spirituskocher und Microgasifier aus Dosen oder Dörrkästen. Jetzt wollen wir schauen, ob das Microgasifierkonzept etwas für VoKüs sein könnte, und eine Pflanzenkläranlage dort bauen, wo auch schon die Dusche steht.

Außen- und Innenansicht der Trockentoilette mit Gebrauchsanweisung — Foto: Catherina Clausnitzer/Ingenieure ohne Grenzen e.V.

Wo habt ihr euch dazu inspirieren lassen?

Von anderen Projekten und Menschen, z.B. »Ingenieure ohne Grenzen«. Und auch der enge Kontakt mit ihrem tansanischen Partner »MAVUNO« (www.mavunoproject.org) hat uns weitere Perspektiven von Low-Tech aufgezeigt. Eine weitere Quelle ist *demotech* in Maastricht in den Niederlanden (www.demotech.org). In einer besetzten Fabrik gibt es dort auf einer ganzen Etage eine Werkstatt, in der es vor Ideen und durchdachter, angepasster Technik zum Selberbauen nur so wimmelt. Im Oktober 2011 haben wir eine Exkursion dorthin gemacht. Die größte Inspiration allerdings ist der Spaß, den man mit anderen Menschen an Low-Tech hat: Die Atmosphäre wenn gewerkelt wird und wenn den Leuten immer mehr gute Ideen kommen.

Foto: Natalie Rzehak

Und mit welcher Definition von Low-Tech arbeitet ihr?

Da es bisher keine Low-Tech Definition gab, haben wir einfach selbst eine entwickelt. Nachdem wir jetzt einige Sachen gebaut und Erfahrungen gesammelt haben, halten wir sie jedoch für überarbeitungswürdig. Der Stand von März 2012 ist:

»Low-Tech ist eine Technologie, die auf leichtverständlicher und einfach aufgebauter Technik basiert. Ihre Produkte sind unter der Expertise lokaler Gemeinschaften herstell-, bedien- und reparierbar. Sie verursachen über ihren gesamten Lebenszyklus kleinstmöglichen ökologischen Schaden; sie sind langlebig, aus weitestgehend lokal verfügbaren, nachwachsenden oder recycelten und kostengünstigen Materialien hergestellt. Das Konzept basiert auf sozialer und kultureller Akzeptanz und freier Verfügbarkeit des Wissens.«

Ist dann Low-Tech nicht eine Art technische Rückentwicklung?

Entschieden nein. Sondern ein technischer Fortschritt, denn wir entwickeln Designs auf Grundlage des heutigen Wissens, dass wir mit der bisherigen Großindustrie und Ressourcenverschwendung nicht lange weiterleben können und dass Abhängigkeiten von Industriemächten zu Lebensumständen führen, die wir nicht verantworten können. Wenn Fortschritt bedeutet, dass wir Technologien entwickeln, deren Folgen wir nicht abschätzen, geschweige denn beherrschen können, nur um anschließend mit Technologien zu kontern, die sich wieder eher unserer bemächtigen, als wir uns ihrer, muss er in Frage gestellt werden. Kohlekraftwerke beispielsweise sind heute zu einem großen Teil mitverantwortlich für einen Klimawandel, dessen Folgen verheerend, aber immer noch nicht ganz durchschaut sind. Der Fortschritt soll uns nun CCS bringen, also die Speicherung von CO_2 in »geeigneten« Bodenformationen. Der gesunde Menschenverstand bleibt da doch bei der Frage der sicheren Einschließung stutzig zurück. Wie der Fortschritt bei der Bekämpfung der Folgen der Gentechnik aussieht, wird auch noch ganz spannend. Der Entwicklungsbegriff kann doch nicht nur so gedacht werden, dass das, was wir bisher »erreicht« haben, nur noch verbessert werden muss. Insofern ist ein Perspektivwechsel und eine neue Herangehensweise für Technologien kein Rückschritt.

Ist Low-Tech ein Versuch, Inseln der Nachhaltigkeit zu schaffen oder ist es als globales Konzept denkbar?

Definitiv ein globales Konzept, zu dem aber auch Inseln der Nachhaltigkeit ein erster Schritt sein können. Wir entwickeln ja Technik, die sich selbst erklärt, angepasst ist und sich daher auch verselbständigen kann. Die Inseln können also schnell zu einem Kontinent wachsen. Wir sind uns bewusst, dass bestimmte ökonomische Strukturen existieren, die zu vielen unserer heutigen Probleme geführt haben. In denen bewegen wir uns natürlich auch. Wir versuchen nun, mit einem eher praktischen Lösungsansatz Technologien von diesem Schema zu entkoppeln. Mit dem Ansatz der »gläsernen Technologie« und der freien Verfügbarkeit des Wissens kann das gelingen.

Heißt Low-Tech immer, dass man keinen Strom braucht und dass die Produkte nur lokale Verbreitung finden dürfen?

Strombedarf ist auch bei uns eine ständige Frage, zu der wir bislang noch keine befriedigende Antwort gefunden haben. Möglicherweise ist die eigentliche Frage, ob Strom für bestimmte Aufgaben wirklich gebraucht wird. An erster Stelle steht also die Vermeidung. Für den Betrieb eines Computers oder eines medizinischen Gerätes, bei denen der Strom benötigt wird, gibt es jedoch auch Lösungen. Eine Windkraftanlage lässt sich z.B. relativ leicht aus Schrott zusammenbauen. Natürlich ist eine solche keine zuverlässige Stromversorgung, sie soll nur zur Prinzipverdeutlichung dienen.

Andererseits bezieht sich das Lokale natürlich auch auf die Ausführung einer Technologie. Die Solardusche, die wir in Gatschow gebaut haben, sieht so aus, weil die Materialien, die wir benutzt haben, gerade zur Verfügung standen. Sie hätte in einem Jahr oder in der Nähe von Hamburg möglicherweise ganz anders ausgesehen. Die gleiche Technologie kann also, bei Verständnis des Grundkonzepts, in verschiedenen Ausführungen, abhängig von den lokalen Gegebenheiten, existieren.

Wenn jeder seine eigenen Low-Tech-Komponenten baut, gibt es doch Kompatibilitätsprobleme. Ist Low-Tech nicht auf globale Baunormen wie ISO oder DIN angewiesen?

Normen wie DIN und ISO vereinfachen einem schon das Bauen. Aber man findet auch immer einen Weg, die Komponenten wieder kompatibel zu machen. Low-Tech ist keine »Black Box« wie zum Beispiel IPods, das heißt man guckt sich die Sachen einfach an und baut sich seine Kompatibilität. Wir profitieren natürlich auch von DIN und ISO. Z.B. nutzen wir Schrauben und Muttern, und wären die nicht genormt, wäre es für uns enorm schwierig, aus Schrott gleich die passenden Bauteile zu finden. Aber man findet für fast jedes Problem eine Lösung. Man könnte sich Low-Tech auch in lokal modularisierter Bauweise vorstellen.

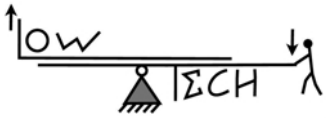
Was ist, wenn unverzichtbare Materialien lokal nicht verfügbar sind, z.B. seltene Erden für elektronische Geräte oder Spezialkeramik für die Kugellager von Bambusfahrrädern?

Zement ist auch ein gutes Beispiel, ist zwar überall verfügbar, aber meist teuer und so gar nicht Low-Tech. Low-Tech steht noch ganz am Anfang. Es werden sich aus guten Ideen und kreativen Ansätzen und vor allem aus globalem Voneinanderlernen mit Sicherheit noch viele Möglichkeiten ergeben, wie man solche vermeintlich unverzichtbaren Materialien ersetzen kann. Gute Lehmbautechniken z.B. können in vielen Fällen Zement ersetzen. Bei seltenen Erden ist das natürlich sehr problematisch. Aber unser Ziel ist es auch nicht, Computer in LowTech zu bauen. Viele High-Tech Produkte lassen sich durch einfache Technik ersetzen, andere nicht. Obwohl es auch eine spannende Frage ist, ob Computer uns nicht vielleicht mehr Zeit nehmen, als sie uns ersparen. Aber das ist ein anderes Thema...

Dient Low-Tech den Menschen in industrialisierten Ländern nur als Beschäftigungstherapie bzw. Freizeitvergnügen? Euren Fahrradmixer kennen wir beispielsweise als Cocktailmixer. Wie geht der denn auf lokale Bedürfnisse ein – es scheint keine Notwendigkeit für einen mechanischen Mixer zu bestehen.

Den Fahrradmixer haben wir nach einer Anleitung von *Mayapedal* gebaut, die verschiedene Geräte mit Fahrradantrieb herstellen. Auch den Fahrradmixer. Mit diesem verdienen sich Leute ihren Lebensunterhalt, z.B. auf dem Markt. Vielleicht kennt ihr auch die Longdrinkmixer, die mit Getränkerucksack auf dem Rücken durch den Görlitzer Park laufen. Warum nicht mal mit Fahrradmixer? In Guatemala wird er auch benutzt, um Mais von den Kolben zu trennen.

Wir wollen neben dem Vergnügen auch ein Umdenken an den Universitäten und im Alltag erreichen. Dass man aus Abfall viele nützliche Dinge bauen kann und dass man dafür kein Geld ausgeben muss. Und dass ein Cocktailmixer kein Bedürfnis von uns ist, ist ja wohl boshafte Unterstellung (lacht)!



Wenn das Ziel darin besteht, neue Dinge aus Abfällen zu bauen, dann ist Low-Tech ja auf die Beibehaltung der Industrie angewiesen, die diese Primärprodukte herstellt. Muss nicht die gesamte Produktionskette Low-Tech sein, um von Low-Tech reden zu können?

Low-Tech ist angepasste Technik, wenn es also derzeit viele Abfälle aus der Industrie gibt, dann sind sie lokal verfügbar und demnach ein Low-Tech-Baumaterial. Wenn es keine Industrieabfälle gibt, dann wäre unser globales Low-Tech Ziel erreicht. Und dann wird es wieder richtig spannend. Denn dann müssen neue Wege gefunden werden Technik zu realisieren. Und wer sagt eigentlich, dass sich Baumaterialien nicht auch Low-Tech herstellen lassen?

Low-Tech ist einfach konzipiert, d.h. Patente auf Low-Tech können ein breites Spektrum an Folgeprodukten kommerzialisieren und damit dem freien Zugriff entziehen. Wie wirkt man dem entgegen?

Mit Open Hardware Lizenzen oder ähnlichem. Und natürlich mit der Natur der Designs. Es ist einfach lächerlich, ein Patent auf etwas zu haben, was sich jedeR HeimwerkerIn selbst zusammenbauen kann. Und selbst wenn der/die HerstellerIn es in eine schwarze Kiste packt, kann man ja immer noch eine Bauanleitung ins Internet hochladen.

Wenn Geräte einfach nicht allgemeinverständlich gebaut werden können, sind sie dann in einer Low-Tech-Gesellschaft erlaubt? Computer und Internet z.B. sind ja Voraussetzung, um freies Wissen und damit auch Lowtech-Konzepte weltweit schnell verfügbar zu machen.

Low-Tech soll durch die lokale Expertise in einer Gemeinschaft gebaut und repariert werden. Das heißt, dass nicht jedeR alles verstehen muss, aber das es einige gibt, die das tun. Wie gesagt sind Computer nicht unbedingt Low-Tech und können trotzdem nützlich sein, z.B. für den schnellen Informationsaustausch. Definitiv muss Wissen dazu noch weiter vermittelt werden, übers Internet und darüber wie Internet und Computer funktionieren. Für uns steht das nicht im Gegensatz zum Low-Tech Konzept.

Danke fürs Interview und viel Erfolg.●

Die Fragen für CONTRASTE stellten Kathrin Brand und Fredi Büks.

Zum Projekt: http://bauraum-lowtech.org

FILMBESPRECHUNG

Gold und Wasser

»Und dann der Regen« von Icíar Bollaín erzählt die Geschichte der historischen Eroberung Amerikas als Film-im-Film vor dem Hintergrund eines aktuellen Konfliktes in Bolivien (siehe auch ein Interview mit Lucia Fernandez dazu in CONTRASTE Nr. 336, Seite 5). Jetzt ist der Film auf DVD erschienen.

Von Gaston Kirsche ● In einem Pick-Up fahren sie über eine Sandpiste durch den bolivianischen Tieflanddschungel zu einem Drehort: Der junge Regisseur Sebastián (Gael García Bernal) und der Filmproduzent Costa (Luis Tosar), begleitet von Maria (Cassandra Ciangherotti), die mit einer Digicam die Produktionsvorbereitungen dokumentiert. Sie sind froh, dass es endlich losgeht mit dem Film, scherzen: Da drehen wir hier mitten in Bolivien zwischen den Anden einen Film über die ersten Jahre von Kolumbus in Amerika – die Karibik ist das hier aber nicht, meint Sebastián mit Blick aus dem Autofenster. Aber die Bedingungen sind hier ideal, wirft Costa ein, hier sind die Leute so arm und die Statisten so billig wie sonst nicht. Und Indianer gibt es jede Menge. Als Maria einwirft, dass die in Bolivien Lebenden Quechua eine komplett andere Sprache sprechen als die Tainos, bei denen Kolumbus gelandet ist, bügelt Costa sie ab: Ach was, Indio ist Indio, die sind doch alle gleich.

Hier klingt an, was zu Kolumbus Zeiten begann, aber sich bis heute fortsetzt: Die Spanier erklärten die vorhandene Bevölkerung zu unzivilisierten, gottlosen Indios, die zu missionieren und zum Arbeiten für Spaniens Krone zu zwingen gottgefällig sei. Indio ist als Schimpfwort heutzutage weitgehend durch die Bezeichnung Indigene ersetzt. Das leitet sich ab vom spanischen indígena: Eingeborener. Die dahinterstehende Zuschreibung ist nach wie vor rassistisch, die Sozialordnung so, dass indigenisierte Menschen in der Hierarchie meist ganz unten stehen, gerade in Bolivien. »Und dann der Regen« zeigt, dass sie nicht rückständiger sind, sondern weniger Zugang zu Ressourcen haben, ärmer sind. Sebastián formt mit zwei Fingern eine Schere, signalisiert Maria: Das schneidest Du raus, was Costa über die Indigenen sagt.

Der Gegensatz zwischen dem Regisseur und dem mit ihm befreundeten Produzenten zieht sich durch den Film, bis zu einer überraschenden Wendung am Schluss. Der eine will vor allem endlich seinen Film über Kolumbus und seine Eroberungsexpeditionen realisieren, der andere hat immer das Budget und mögliche Kostenvorteile im Kopf. Der historische Stoff entwickelt durch den Kunstgriff des Filmes-im-Film ein Eigenleben in der Jetztzeit. Nicht nur, weil die Grausamkeit und Rigorosität, mit der die Konquistadoren mit Schwert und Christenkreuz die vorhandene Bevölkerung unter ihre Herrschaft zwingen ebenso glaubhaft wie anschaulich nachinszeniert werden. Sondern auch, weil die Schauspieler und das Team auch am Feierabend weiter in ihren Rollen zu denken scheinen. Der Kolumbusdarsteller Antón (Karra Elejalde) hinterfragt zynisch, wie ernsthaft für die beiden Darsteller die die Priester spielen, welche die brutale Ausbeutung nach der Eroberung kritisieren, ihre Solidarität mit den UreinwohnerInnen, wirklich ist. Basierend auf den historischen Kritiken ihrer Rollen am Regime der Spanier in Amerika tragen Alberto, der Bartolomé de las Casas spielt (Carlos Santos) und Juan, der Antonio de Montesinos gibt (Raúl Arévalo), ihre edle Haltung vor sich her. Dabei ist es spannend zu sehen, wie die Regisseurin Icíar Bollaín und vor allem der Drehbuchautor Paul Laverty es schaffen, Sequenzen aus historischen Originaltexten in die Handlung einzuflechten.

Ihre Stärke liegt darin, die europäischen Sichtweisen der Eroberung und der Kritik an ihr aufzugreifen. Dies ist gleichzeitig auch eine Schwäche des Filmes, denn wo der Mikrokosmos der europäischen Filmcrew sehr ausdifferenziert und sich in seiner Widersprüchlichkeit durch die einzelnen Akteure weiter entwickelnd inszeniert wird, bleiben die indigenen Statisten des Filmes weitgehend ebensolche. Ihre Realität kommt nur in den Ausschnitten vor, die der Regisseur und sein Produzent wahrnehmen. So bleiben die armen BolivianerInnen etwas eindimensional. Fast so, als ob die Regisseurin ebenso wie der gespielte Regisseur im Film seine zwar gut gemeinte, aber paternalistische Haltung nicht überwinden kann.

Durch das Casting kommt das heutige Bolivien mit ins Spiel, die zweite Handlungsebene des Filmes: Hunderte melden sich auf einen Aufruf für den Film. Costa will nur schnell einige herauspicken. Als sich in der Menschenschlange Protest dagegen regt, einfach so wieder weggeschickt zu werden, lässt sich Sebastián überreden, doch allen eine Chance zu geben. Costa rollt mit den Augen und ärgert sich besonders über Daniel (Juan Carlos Aduviri). Der hat aus der Menge heraus den Protest organisiert. Er begleitete seine minderjährige Tochter Beatrice, die eine Rolle haben will. Er selbst wird von Sebastián und dem Castingteam für eine Hauptrolle ausgesucht: Er spielt Hatuey, einen Häuptling der Tainos, der den Widerstand gegen die Konquistadoren anführt. Auch dies eine historisch verbürgte Persönlichkeit der Geschichte, auf Kuba heißt heute eine Biermarke nach ihm.

Aber während die Dreharbeiten anlaufen, spitzt sich in der nahegelegenen Stadt Cochabamba der Konflikt um die Trinkwasserversorgung zu. Der Film spielt im April 2000 und erzählt von einem realen Konflikt. Die Regierung Hugo Banzers folgt dem gleichen Wirtschaftsmodell wie Kolumbus. Die gewinnbringende Ausbeutung der Naturressourcen und der Indigenisierten zielt 500 Jahre später aber nicht mehr auf die lange bekannt ist. 5.000 Statisten wirkten mit, um den Aufstand nachzustellen. Armee und Polizei wichen erst nach tagelangen Kämpfen vor der Übermacht der mit dem Mut der Verzweiflung um ihre Lebensgrundlage kämpfenden Armen zurück.

Dadurch gerät der Drehplan durcheinander: Wo bleiben meine Indigenen, ruft Sebastián am Set. Vor ihm stehen 13 große Holzkreuze auf Scheiterhaufen. Später sind alle Mitwirkenden da: An die 13 Kreuze gefesselt stehen in voller Indianermontur, geschminkt, mit Federn geschmückt 13 Männer. Im Abstand dazu eine Menschenmenge Indigenisierter, zusammengetrieben von bewaffneten Konquistadoren. Sie sollen der Bestrafung beiwohnen – zur Abschreckung. Aber als ein Priester mit seinem Gebetskreuz vor Hatuey steht, schlägt ihm dieser das Kreuz mit dem Fuß aus der Hand, spuckt auf dessen Bibel und ruft: Wenn die Christen in den Himmel kommen, will ich in die Hölle, weg von euch! Die Menge ruft »Hatuey, Hatuey!« während er und seine Mitkämpfer lebendig verbrannt

Ein packender Film, der gerade in seiner Komplexität ebenso spannend wie aufwühlend ist. Alles, was gezeigt wird, kann so gewesen sein. Bei einer Filmvorführung von »También la lluvia« in Cochabamba erklärte eine Statistin, sie hätte den Eindruck, eine Dokumentation über den Wasserkrieg gesehen zu haben, genau so sei es gewesen, damals. Dem Film kommt auch zugute, dass in Bolivien 2005 mit Evo Morales von der »Bewegung zum Sozialismus« zum ersten Mal ein armer Indigenisierter zum Präsidenten gewählt wurde. Getragen von der Welle des Protestes, von welcher der Wasserkrieg ein Teil war. »Und dann der Regen« wurde sogar von der Armee unterstützt. Viele Soldaten, auch Offiziere, wirkten bereitwillig als Statisten mit. Der Film wurde in Bolivien ein großer Erfolg, in dem Film-Trailer für Bolivien wird betont, dass dies die größte Filmproduktion sei, die in Bolivien realisiert worden ist. Dass ein Film wie »Und dann der Regen« so breit von offiziellen Stellen und Volksorganisationen gleichzeitig unterstützt wurde, zeigt die Aufbruchstimmung in Bolivien.●

Szene aus »Und dann der Regen«

geplünderten großen Edelmetallvorkommen Boliviens, sondern – auf das Trinkwasser. Der multinationale Konzern Bechtel kauft die Wasserwerke auf und hebt die Tarife sogleich um 300% an. Für viele arme Indigenisierte eine unbezahlbare Verteuerung. Auch die Brunnen in den Armenvierteln werden gesperrt, alles unter Konzernkontrolle gebracht: Und auch der Regen. Im Film bricht während der Dreharbeiten der Aufstand los, der in Bolivien als der »Wasserkrieg« werden. Als die Szene im Kasten ist, ruft Sebastián, der Regisseur im Film: Cut!

Da tauchen Polizisten auf – sie wollen Daniel, der noch als Hatuey kostümiert ist, verhaften. Die Menschenmenge, die eben noch Indios zu Kolumbuszeiten waren, verwandeln sich in BürgerInnen, welche die heutigen Polizisten an der Verhaftung hindern, das Polizeiauto demolieren und umkippen. Erst hier hat die reale Regisseurin die beeindruckende Szene beendet.

Der Film

»Und dann der Regen«, También la lluvia. Regie: Icíar Bollaín. Mit Gael García Bernal, Luis Tosar, Juan Carlos Aduviri u. a. Mexiko/Spanien/Frankreich 2010, 104 Min. Sprachen: Deutsch, Spanisch, Untertitel: Deutsch. DVD-Extras: Making-of, Interview Juan Carlos Aduviri und Drehbuchautor Paul Laverty, Booklet. Für 15,90 EUR im Handel.

EIN NEUES BUCH ÜBER VERBOTENE BÜCHER

Verbieten verboten. Über die Angst vor dem gedruckten Wort

Das Positive vorab: das Buch ist unterhaltsam geschrieben. Aber: ein wenig unsortiert und der Anspruch des Untertitels eine Universalgeschichte abzuliefern etwas hoch angesetzt, und – nicht erreicht.

Seitdem es nicht nur das biblisch gesprochene Wort aus den Anfangszeiten gibt, sondern die ersten Kopisten Schriftstücke, die mehr als Lagerbestände oder zu entrichtende Steuern betraf, anfertigten, gab es Versuche, ob Papyrus oder Internetseiten, unliebsame Texte zu verbieten. Je diktatorischer das herrschende politische System, desto wilder die Verfolgung des reproduzierten Wortes.

Eine Bücherverbrennung verbinden wir heute in erster Linie mit der Bücherverbrennung der Nazis auf dem Berliner Opernplatz 1933, dabei wurden bereits Papyrusrollen bewusst verbrannt bis zu Büchern in unsere heutigen Tage. In Deutschland scheute sich der »Jugendbund für Entschiedenes Christentum« nicht im Herbst 1965 schon wieder Bücher zu verbrennen, die in deren Augen, mit Genehmigung des Ordnungsamtes Düsseldorf, als »Schundliteratur« betitelt wurden – neben Nabokovs »Lolita« brannte auch Albert Camus' »Der Fall«, »Die Blechtrommel« von Günter Grass u.a. Das verbrennen von Büchern ist »im Land der unbegrenzten Möglichkeiten« seit Herrschaftsbeginn der europäischen Kolonialisten ein adäquates Mittel die Meinungsfreiheit zu unterminieren, obwohl sie gerade aus diesem Grunde seinerzeit den Weg in die Neue Welt angetreten haben. So wurde auch die erste Bücherverbrennung des 21. Jahrhunderts in den USA durchgeführt: ein »book burning-Gottesdienst«, wo u.a. J. K. Rowlings »Harry Potter« verbrannt worden ist. Das verbrennen von mißliebigen Büchern geht also munter weiter – auch in der sogenannten »freien Welt«.

Fuld führt zahlreiche Beispiele von Verboten und Verfolgungen von Schriften und Büchern an, die zu den unterschiedlichen Zeiten aus unterschiedlichen Gründen erfolgten. Der größte Feind des gedruckten Wortes scheint die katholische Kirche zu sein – bis heute. Von der Vernichtung antiker Schriften durch die Frühchristen über das Diktat der Inquisition bis hin zu religiösen Fanatikern und Eiferern unseres Jahrhunderts. Hier wurden – zum Teil – unwiederbringlich geistige Werte zerstört. Dass bei Fuld kein Wort über Giordano Bruno (1548-1600) steht, dessen Bücher erst 1966 (!) vom Vatikan freigegeben und er selbst erst im Jahre 2000 (!) rehabilitiert wurde, ist schon erstaunlich. Und da, wo die katholische Kirche nachlässig wurde, sprangen protestantische Amokläufer und/oder muslimische Sittenwächter ein.

In den westlichen Demokratien hat die Zensur das Vergehen gegen Persönlichkeitsrechte ersetzt und oftmals politisch mißliebige Literatur etwa durch »Aufruf zur Gewalt« etc. Dass z.B. in den 1970er und 80er Jahren sämtliche Schriften und Bücher der Stadtguerilla-Gruppe »Roten Armee Fraktion«, »Revolutionäre Zellen« etc. verboten waren, kommt hier – bis auf einen Halbsatz – bei Fuld nicht vor. Und was ich persönlich spannend gefunden hätte, dass z. B. Bücher eben trotz eines Verbotes vertrieben wurden, mitunter sogar recht erfolgreich. So hat etwa das Büchlein »Lieber Krankfeiern als Gesund schuften« nach dem Verbot (Anstiftung zum Betrug etc.) in den 1980er Jahren einen richtigen Boom erlebt. Hier wurden an die 50.000 Exemplare klandestin verkauft (ohne die Raubdrucke). Ebenso, wie Zeitschriften aus dem Umkreis der radikalen Linken, die oftmals schon vor dem zu erwartenden Verbot auf inoffiziellen Wegen vertrieben wurden. Der demokratische Staat entscheidet heute über Sitte und Anstand, Antisemitismus, Vampirismus, Drogenerkenntnisse usw. Statt kirchlicher Sittenwächter übernimmt heute die unsägliche Prüfstelle für Jugendgefährdende Schriften deren Arbeit, die willfährig bereit dazu ist, die halbe Weltliteratur zu verbieten (zum Glück kümmern sie sich heute mehr um Computerspiele, denn um Bücher).

Das geschriebene Wort bleibt gefährlich. Während Fuld etwa über China lediglich zwei Beispiele – das jüngste aus dem 18. Jahrhundert – erwähnt, war etwa Hitlers »Mein Kampf« nie verboten, weder in den USA, wo die Zensur durch die Post erledigt wird, noch im Vatikan, wo u.a. auch die Schriften etwa von Lenin, Mussolini oder Stalin nicht auf dem Index landeten. Der bayerische Staat als Rechtinhaber von »Mein Kampf« hat einfach keine Lizenzen vergeben, um etwa eine Kommentierte Ausgabe zu installieren. Jetzt warten viele auf die Freigabe und dann werden wir vermutlich mit diversen Ausgaben überschwemmt. Bücher die verboten sind, haben immer einen gewissen Reiz ausgemacht, und so hat das Verbot des hitlerischen Machwerkes sicher so manchen Jungnazi erstmal richtig angestachelt. Was verboten ist, macht uns besonders scharf.

Die Tatsache, dass im Negativen wie im Positiven das Verbieten oder gar Vernichten von Büchern eigentlich gar nichts bringt, hat sich bis heute nicht herumgesprochen. Eine wirkliche Universalgeschichte wäre vermutlich um viele Bände umfangreicher, aber würden wir daraus auch mehr lernen? Hätte ein solches Werk einen Einfluss auf Fanatiker sämtlicher Couleur, dann wäre es vermutlich verboten.●

Jochen Knoblauch

Werner Fuld: Das Buch der verbotenen Bücher. Universalgeschichte des Verfolgten und Verfemten von der Antike bis heute. Verlag Galiani Berlin 2012, einige Abb., 352 S., 22,99 EUR

ÖFFENTLICHE GÜTER

GEMEINGÜTER

Sind öffentliche Güter Commons – und wenn ja, was bedeutet das?

In den letzten Jahrzehnten haben viele – in den sozialen Bewegungen und den Gewerkschaften – für den Erhalt öffentlicher Dienstleistungen gekämpft. Die Forderung hieß: Aufgaben des Staates dürfen nicht an Private delegiert werden; weder an Unternehmen zu Zwecken der Profiterzielung, noch in den privaten Bereich der Familie, wo sie als unbezahlte Arbeit, meist von Frauen, erledigt werden. Privatisierungen und Teilprivatisierungen in Form von PPPs konnten jedoch oft nicht verhindert werden. Die negativen Folgen füllen inzwischen Bände und die Proteste aus den sozialen Bewegungen fanden eine neue Stoßrichtung, es ging nunmehr um die Re-Kommunalisierung, um die Rückführung öffentlicher Infrastruktur in des Eigentum der Kommunen, allerdings mit mehr Mitsprache- und Mitgestaltungsmöglichkeiten der BürgerInnen.

Von Brigitte Kratzwald, Redaktion Österreich ● Der neue Slogan lautet: Gemeingut in BürgerInnenhand. Klingt erst mal gut, aber was genau bedeutet das? Denn – so viel emanzipatorisches Potenzial die Idee der Commons auch hat – die unreflektierte Gleichsetzung mit öffentlichen Gütern und Dienstleistungen birgt doch auch einige Fallen. Hierzu einige Überlegungen aus der Sicht einer Commonsaktivistin.

Gefahr von Ausschluss und Ko-optierung

Die SkeptikerInnen meinen, man solle den Staat doch nicht aus der Verantwortung entlassen und wir könnten uns doch nicht alles selbst organisieren. Tatsächlich wird der Begriff Commons häufig mit dem Zusatz »jenseits von Markt und Staat« verwendet. Meist geht es dabei um eine Dezentralisierung und Regionalisierung von Entscheidungen. Diese, so die ebenfalls berechtigte Kritik, unterliefen bestehende demokratische Institutionen und Abläufe. Zwar leidet die repräsentative Demokratie unter einer massiven Legitimationskrise und der Staat hat sich seiner Verantwortung für das Gemeinwohl längst selbst entledigt. Die Idee öffentlicher Dienstleistungen, die eng mit dem Modell des Wohlfahrtsstaates und der parlamentarischen Demokratie verbunden ist, hatte nun aber bestimmte Ziele, die nicht aus dem Blick verlieren sollte, wer nach Alternativen sucht: die Absicherung der Existenz durch Umverteilung des Wohlstandes und, damit zusammenhängend, die Garantie der politischen Grundrechte. Auch wenn im Sozialstaat diese Ziele nie ganz erreicht wurden und derzeit immer weniger erreicht werden, so war er doch ein großer Fortschritt gegenüber den vorangehenden diversen Formen sozialer Wohltätigkeit und dezentraler Versorgungsstrukturen.

Eine Rückführung von Entscheidungen in regionale oder lokale Communities kann hier tatsächlich dazu führen, dass diese Errungenschaften wieder verloren gehen. Regionalisierung verbindet sich häufig mit der Vorstellung kulturell homogener Gesellschaften und kann dadurch selbst wieder ausschließend wirken. Selbstorganisation rund um Weltanschauungen kann kein transformatorisches Potential entwickeln, sagt der marxistische Commons-Theoretiker Massimo de Angelis, weil die einzige Möglichkeit zur Teilhabe die »Bekehrung« ist. Das Recht auf Zugang zu den Mitteln zur Befriedigung der Grundbedürfnisse kann dabei ebenso unter die Räder kommen, wie gleichberechtigte Mitbestimmung und Mitgestaltung.

Schließlich kommt der Vorschlag, den Staat durch die Kürzung öffentlicher Ausgaben zu »entlasten«, auch von den Verfechtern des neoliberalen Wettbewerbstaates. Sie plädieren dafür, die Organisation verschiedener Bereiche, etwa Soziales, Gesundheit und Bildung, an die sogenannte Zivilgesellschaft oder die Community abzugeben, die dann die Schäden reparieren soll, die neoliberale Sparpolitik hinterlässt. In diese Kategorie fallen auch Konzepte einer Regionalentwicklung, die anstatt auf die Stärkung der Unabhängigkeit der Regionen von der globalen Wirtschaftsentwicklung darauf abzielen, dass die Menschen einer Region durch Selbstorganisation deren Wettbewerbsfähigkeit stärken sollen. Commons können also leicht zum Zwecke der Kapitalvermehrung ko-optiert werden, anstatt der Stärkung der Autonomie der Beteiligten zu dienen. Die neu zu entwickelnden Institutionen müssen also dazu geeignet sein, das zu verhindern.

Commons als Begrenzung der Macht der Herrschenden

In der feudalen Agrargesellschaft Englands diente das Recht auf Nutzung der Commons nicht nur der Existenzsicherung der untersten Schichten, die keinen eigenen Landbesitz hatten. Der US-amerikanische Historiker und Commons-Forscher Peter Linebaugh hat gezeigt, dass in der Magna Carta, mit der 1215 in England erstmals politische Rechte festgeschrieben wurden, auch die Rechte auf Nutzung der Commons enthalten waren. Denn die Gleichheit der Menschen vor dem Gesetz, die Ausübung politischer Freiheiten, ist nur möglich, wenn Menschen, die keinen eigenen Besitz haben, nicht für die Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse von anderen abhängig sind. Die materielle Absicherung der Grundrechte ist die Voraussetzung für ihre universelle Anwendbarkeit, damals wie heute. Damals erfolgte diese Absicherung durch das Recht auf Nutzung der Commons, mit deren Hilfe die Bauern ihren Lebensunterhalt decken konnten.

Respektiere Leben oder rechne mit Widerstand Foto: timlewisnm

Im Zuge der Industrialisierung und der Durchsetzung des Kapitalismus wurden die Commons zwar eingehegt, was eine der Ursachen für das Elend des beginnenden Industriekapitalismus war. Die ArbeiterInnenbewegung schuf sich jedoch neue Commons. Bruderläden, Bau-, Konsum- und andere Genossenschaften und selbstverwaltete Versicherungssysteme konnten ihre Verhandlungsmacht gegenüber dem Kapital stärken und ermöglichten schließlich ihre Beteiligung an demokratischen Prozessen und die Durchsetzung sozialer Sicherungssysteme. Die Entstehung der Nationalstaaten in Europa mit Gewaltentrennung und parlamentarischer Demokratie ist untrennbar mit der kapitalistischen Produktionsweise verbunden. Sie stellten jenes Machtgleichgewicht her, das die Stabilität der bürgerlichen Gesellschaft erst möglich machte.

Der Sozialstaat – die Verstaatlichung der Commons

Der europäische Sozialstaat hatte eine ähnliche Funktion wie 700 Jahre davor die Commons. Durch die Einführung und Absicherung sozialer und ökonomischer Rechte sollte es der ArbeiterInnenklasse möglich sein, ihre politischen Rechte in der Demokratie als freie BürgerInnen wahrzunehmen. Teil dieses Arrangements waren die staatlich oder parastaatlich organisierten Sozialversicherungssysteme und öffentliche, vom Staat zur Verfügung gestellte, Dienstleistungen und Infrastrukturen, die die Grundbedürfnisse der Menschen jenseits des Arbeitszwanges absichern sollten. Das hatte zweifellos Vorteile, aber auch den Nachteil, dass den Menschen die Kontrolle darüber entzogen und diese auf den Staat übertragen wurden. Diesem Arrangement ist es auch geschuldet, dass heute »öffentlich« oft gleichbedeutend mit »staatlich« verwendet wird. Dabei sollte eigentlich der Staat nur das gemeinsame Eigentum aller StaatsbürgerInnen in deren Sinn verwalten. Die soziale Absicherung war zudem eng an Lohnarbeit gebunden, was sie zu einem subtilen Disziplinierungsinstrument des Staates machte.

Dieses System funktionierte deshalb nur solange, wie es Wirtschaftswachstum gab und ausreichend Geld für Sozialausgaben zur Verfügung stand. Inzwischen hat sich die Funktion des Staates verändert: im Neoliberalismus soll er nicht länger für Umverteilung sorgen und Grundrechte sichern, sondern den freien Markt und die Wettbewerbsfähigkeit stärken. Der Staat bzw. Stadtregierungen wurden gezwungen öffentliches Eigentum zu verkaufen, was deshalb möglich war, weil sie formal juristisch den Eigentumstitel über diese Güter, Institutionen und Infrastrukturen hatten. Alberto Lucarelli, Vizebürgermeister von Neapel, bezeichnet das als einen Missbrauch des Eigentumsrechtes. Wie im historischen England bedeute die formal juristische Eigentumsform nicht die unbegrenzte Verfügungsgewalt, sondern diese würde durch die Rechtsansprüche der BürgerInnen auf Zugang zu lebenswichtigen Ressourcen eingeschränkt.

Es geht also weniger darum, den Staat durch dezentrale Organisationsformen zu ersetzen, die häufig ebenso wieder eine Art der »Privatisierung« darstellen, sondern den Staat und das Verhältnis Staat und Gesellschaft neu zu bestimmen.

Jenseits von Markt und Staat?

Aus den Untersuchungen der Commons-Expertin Elinor Ostrom wissen wir Einiges über die Voraussetzungen für das dauerhafte Funktionieren von Commons. Die Chancen dafür stehen dann gut, wenn die Regeln für die Nutzung und Herstellung der Ressourcen von allen Beteiligten gemeinsam gemacht werden, nach dem Prinzip: eine Person – eine Stimme. Auch die Überwachung der Einhaltung der Regeln und die Evaluation ihrer Wirksamkeit muss durch die Beteiligten selbst erfolgen, oder durch von ihnen bestimmte Personen oder Institutionen, die ihnen rechenschaftspflichtig sind. Notwendig ist auch eine minimale Anerkennung des Bereiches der Selbstregulation durch den Gesetzgeber, in diesem Fall den Staat. Häufig erlangten solche von NutzerInnengruppen entwickelten Regelungen auch Gesetzeskraft. Wie im historischen England schränken also Commons die Reichweite und Verfügungsgewalt des Staates ein. Ob etwas ein Commons ist, hängt davon ab, wie der Zugang und die Produktion und Reproduktion geregelt sind und wer darüber entscheidet. Die formal juristischen Eigentumsformen, mit deren Hilfe das erreicht werden kann, sind vielfältig. Das kann staatliches Eigentum ebenso bedeuten, wie eine Genossenschaft oder einen Mix von verschiedenen Rechtsformen. »Jenseits von Markt und Staat« muss also keineswegs ohne Staat bedeuten und auch nicht unbedingt ohne Marktregelungen, sondern gibt den Blick frei auf eine Vielzahl von Organisationsformen, angepasst an die Eigenschaften der Ressourcen und an die Bedürfnisse der NutzerInnen.

Reclaiming the state – das Verhältnis zwischen Staat und BürgerInnen neu definieren

Dafür braucht es eine Definition des Öffentlichen, die sich nicht über den Staat definiert, sondern über die Verfügungs- und Gestaltungsmöglichkeiten der BürgerInnen. Der Staat hat durchaus wichtige Aufgaben zu erfüllen, die ihm jedoch von den BürgerInnen zugewiesen werden, denen gegenüber er auch verantwortlich ist. Er kann geeignete Rahmenbedingungen für die Selbstorganisation schaffen, er kann Finanzierung bereitstellen, Moderation und Mediation anbieten, er kann Verwaltung oder Kontrolle übernehmen und auch als juristischer Eigentümer auftreten. All das aber nur im Auftrag und unter der Kontrolle der BürgerInnen und bis auf Widerruf. Unter einer Commonsperspektive darf sich Partizipation nicht darauf beschränken, dass PolitikerInnen beschließen, was geschehen soll und BürgerInnen dann noch Behübschungen anbringen können. Diese müssten auf allen Ebenen politischer Entscheidungsfindung eingebunden werden: dem Agenda-Setting, der Formulierung der Gesetzestexte, der Implementierung und der Evaluierung.

Das allerdings braucht eine umfassende Information und Transparenz, entsprechende Medien und ein Bildungssystem, das Menschen befähigt, sich an solchen Prozessen auch zu beteiligen. Und es braucht eine grundlegende Änderung der politischen Kultur, der Institutionen und Mechanismen, wie sie Alberto Lucarelli bei der Degrowth-Konferenz im September 2012 in Venedig überzeugend formulierte:

- eine Begrenzung der Rechte des Staates was die Verfügung über öffentliches Eigentum betrifft;
- eine eigene juristische Kategorie für diese Güter;
- öffentliche Institutionen als formale Eigentümer, die von den Bedürfnissen der Menschen ausgehen, der Absicherung der Grundrechte verpflichtet sind und von wirtschaftlichem Wachstum unabhängig agieren können;
- eine Stärkung von bottom-up Prozessen, eine Art »Demokratie der Commons« oder einen »New Deal of Democracy«.

Und letztlich: bürgerlichen Ungehorsam und Widerstand, um diese Dinge auch für nachkommende Generationen zu erhalten. Das sind die wesentlichen Aspekte, die das Konzept der Commons in die Debatte um öffentliche Dienstleistungen einbringen kann, vorausgesetzt, man schafft es, der Gefahr der Ko-optierung und Ausbeutung durch das kapitalistische System ebenso zu entgehen, wie der Versuchung, Commons als homogene und konfliktfreie kleine, persönliche Gemeinschaften zu romantisieren.●

Literatur:
Massimo de Angelis (2012): Commons und Kapital. **In: Silke Helfrich/Heinrich Böll Stiftung (Hg.):** Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat. Transcript Verlag

Peter Linebaugh (2008): The Magna Carta Manifesto – Liberties and Commons for All, University of California Press.

Elinor Ostrom (1998): Die Verfassung der Allmende. Jenseits von Markt und Staat. Verlag Mohr Siebeck.

Gemeinsam mit Andreas Exner hat die Autorin kürzlich das Buch »Solidarische Ökonomie und Commons« im Mandelbaum Verlag veröffentlicht.

Anzeige

INFRASTRUKTUREN DER DASEINSVORSORGE

GEMEINGÜTER

Anlageklasse oder Gemeingüter?

Mit dem Begriff »Infrastruktur« werden im deutschsprachigen Raum längst nicht mehr nur im Boden befindliche Versorgungsleitungen beschrieben. Unter Infrastruktur subsummiert man mittlerweile nahezu alle langlebigen Grundeinrichtungen einer Volkswirtschaft, die deren arbeitsteiliges Funktionieren garantieren, darunter auch immaterielle wie die Wirtschaftsordnung selbst.

Foto: timlewisnm

Von Carl Waßmuth, Berlin ● Die weite Fassung des Begriffs bringt Probleme mit sich. So erfasst das »Statistische Bundesamt« in Deutschland zwar Anlagevermögen, aber nicht bezogen auf Infrastrukturen. Entsprechend ist weder der Wert der Infrastrukturen in Deutschland noch der zugehörige Investitionsbedarf bekannt. Nach Auffassung des Autors handelt es sich bei den materiellen öffentlichen Infrastrukturen der Daseinsvorsorge wie Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, Schulen und Krankenhäuser, öffentliche Gebäude, Müllentsorgung etc. um Gemeingüter. Infrastrukturen der Daseinsvorsorge wurden mit Steuergeldern und Gebühren der Bevölkerung errichtet, ausgebaut und instand gehalten. Die genannten Infrastrukturen bleiben auch dann Gemeingüter, wenn sie formal und materiell privatisiert werden. Ohne Rohre in der Erde ist heute keine Trinkwasserversorgung mehr möglich, ohne Straßen und Schienen sind Gesellschaften nicht mehr funktionsfähig. Die Infrastrukturen der Daseinsvorsorge stellen Elementares, zumeist Lebens- und Würdenotwendiges zur Verfügung und dienen oft gleichzeitig dem sozialen Ausgleich. Für ihre Errichtung wurde nicht selten mit hohem Blutzoll gekämpft. Nun, da diese Infrastrukturen einen Wert von mehreren Billionen Euro erreicht haben, geraten sie in den Fokus von nach Anlagemöglichkeiten suchendem Kapital:

»Die OECD beziffert den weltweiten Bedarf an Infrastrukturinvestitionen bis zum Jahr 2030 auf mindestens 41 Billionen USD. Pro Jahr entspricht dies rund zwei Billionen USD – dem gegenüber werden jährlich nur rund 1 Billion USD investiert, vorwiegend durch die öffentliche Hand. Angesichts hoch verschuldeter Staatshaushalte zeichnet sich schon heute eine gigantische Finanzierungslücke ab.

Vor diesem Hintergrund gewinnen private Investitionen in Infrastruktur zunehmend an Bedeutung. Public-Private-Partnerships bis hin zu vollständigen Privatisierungen sollen zusätzliches Kapital aktivieren. Infrastruktur entwickelt sich in diesem Umfeld immer mehr zu einer eigenen Anlageklasse für langfristig orientierte Investoren. Ein attraktives RisikoRendite-Profil, geringe bis keine Korrelation zu herkömmlichen Anlageklassen, jährliche Ausschüttungen und sogar Schutz gegen Inflation gelten als Vorteile.« (1)

Mit dem »Einstieg« von Privaten in öffentliche Infrastrukturen geht es immer nur um ein zeitlich begrenztes Engagement, nie um die Übernahme der echten Verantwortung für Jahrzehnte oder gar länger. Innerhalb des begrenzen Zeitraums werden die über Public-Private-Partnerships (PPPs) oder Vollprivatisierungen handelbar gemachten Gemeingüter ausgelaugt. PPPs bedeuten nicht nur eine versteckte Verschuldung, höhere Kosten, Verlust der demokratischen Kontrolle, Beförderung von Lohndumping, Minderung von Steuereinnahmen und die Erhöhung von Ausgaben für Sozialtransferleistungen. Sie liefern die Infrastruktur der Daseinsvorsorge den internationalen Finanzmärkten für Infrastruktur aus. In den Werbeprospekten für die Anleger pflegt man einen gezielt unaufgeregten Ton:

»'Infrastrukturprojekte sind ziemlich langweilig. Aber sie sind langlebig und normalerweise so strukturiert, dass sie Cash produzieren', erklärt Roland Pfeuti, bei Clariden Leu Investment Products als Vermögensverwalter auf den Bereich Infrastruktur spezialisiert. 'Infrastrukturinvestitionen dürfen auch als eine Alternative zum traditionellen Teil eines Portfolios betrachtet werden.' [...] Der Sektor lockt auch neue Investoren an, so etwa Private Equity-Firmen. Die Investitionen von Private Equity-Gesellschaften sind im vergangenen Jahr kräftig gestiegen und machen laut Standard & Poor's die Hälfte aller Transaktionen aus.« (2)

Tatsächlich besteht die massive Gefahr, dass die Infrastrukturen in ihrer Substanz geschädigt werden. Tritt der Infrastruktur-Kollaps ein, verlassen die Privaten das Feld, die Totalsanierung ist dann wieder Sache der Gesellschaft. Die finanziellen Schäden für die Steuer- und Gebührenzahler übersteigen nicht selten die »klassischen« Formen der Schädigung des Gemeinwesens in Form zu hoher Gebühren und zu geringer Verkaufserlöse. Zu den Kosten für eine Totalsanierung kommen die Schäden, die man erleidet, wenn eine Infrastruktur nicht oder nur noch schlecht funktioniert.

Das Berliner Abwassernetz wird seit der Teilprivatisierung im Schneckentempo erneuert: erst nach 340 Jahren wäre die Infrastruktur einmal komplett ausgetauscht (3). Kommt es zu großen Abwasserrohrbrüchen, kann die Keimbelastung des Berliner Wassers innerhalb von kurzer Zeit auf gesundheitsbelastende Werte steigen. Benachbarte Rohre erleiden nicht vorgesehene Belastungen, neue Risse legen die Sollbruchstelle für den nächsten Rohrbruch. In Lübeck kam es Ende 2010 zu einer Serie von Rohrbrüchen: »Die Stadt befand sich damals wie im Ausnahmezustand: Stadtwerke, Feuerwehr und das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein richteten Krisenstäbe ein und erarbeiteten Notfallpläne. Viele Lübecker Bürger besorgten sich Trinkwasser an Tankstellen, die Krankenhäuser bauten eine Notversorgung auf.« (4) Rainer Kersten, Geschäftsführer des Steuerzahlerbundes Schleswig-Holstein in Kiel, bezeichnete den Kollaps des Lübecker Wassernetzes als »Warnschuss« für die Netzbetreiber im ganzen Land.

Soll dergleichen vorgebeugt werden, hilft nur, die Institutionen, die Gemeingüter im Namen und mit dem Geld der Bevölkerung verwalten und betreiben, unter demokratische Kontrolle zu holen. Dazu ist es nicht ausreichend, wenn das Eigentum der zugehörigen Infrastrukturen öffentlich ist, öffentlich wird oder öffentlichem Recht folgt. Aber es ist für alles andere die notwendige Voraussetzung.●

1) Fleischhauer, Hoyer & Partner (FHP): Anlageklasse Infrastruktur: Potenziale und Perspektiven. Eine empirische Marktanalyse – Executive Summary. Vorwort, Seite 3. München, 2009
2) Alice Radclife: Zukunft bauen. Infrastruktur als Investition, in: ahead, Investmentmagazin von Clariden Leu, Seite 7, April/Mai 2007, Ausgabe 2, ohne Ortsangabe.
3) DGB Bildungswerk Wilhelm Leuschner, tbs berlin GmbH, inEcom GmbH: Wasser in Berlin, Juni 2011.
4) NDR zu: Wasserrohrbruch in Lübeck, Stand: 13.12.2010, 07:48 Uhr

GLOBAL UMKÄMPFTE GEMEINGÜTER

Commons und Solidarische Ökonomie als politische Herausforderung

Wenn es um internationale Sozialforen bzw. die transnationale Vernetzung von Akteuren einer solidarischen Globalisierung von unten geht, finden sich in den Mobilisierungen, Einladungen und Programmen Begriffe wie »Commons«, »Gemeingüter«, »solidarische Ökonomie«.

Von Judith Dellheim, Berlin ● Das trifft auch für »Firenze 10+10« zu. Dahinter verbirgt sich ein europäisches Treffen vom 8.-11.11.2012 in Florenz. Sein Anlass ist der 10. Jahrestag des ersten Europäischen Sozialforums. Mit ihm möchten die InitiatorInnen Netzwerke, soziale Bewegungen und zivilgesellschaftliche Akteure einladen, sich auf europäischer Ebene neu zusammenzufinden.

Zugleich wird im Rahmen des Weltsozialforumsprozesses – das nächste WSF findet im März 2013 in Tunis statt – intensiv an einem Diskussionspapier zu Gemeingütern gearbeitet, das den Zusammenhang zwischen dem Kampf um die Menschenrechte und die Verteidigung bzw. Aneignung der Commons durchdekliniert.

Die Beteiligung an den internationalen Such- und Verständigungsprozessen könnte auch in Deutschland helfen, jene zusammenzubringen, die zusammengehören, wenn es um »Solidarisch wirtschaften, um eine solidarische Gesellschaft zu ermöglichen« geht.

Hier werden häufiger Solidarische Ökonomie und Genossenschaften miteinander verknüpft, als Solidarische Ökonomie und Gemeingüter. Vielfach findet eine Gegenüberstellung statt. Die einen verweisen darauf, wie sie zum Beispiel über Genossenschaften ihre Wohnprobleme solidarisch lösen, erneuerbare Energien fördern, Solidarität mit Selbsthilfe-Kooperationen in armen Ländern unterstützen. Sie versichern, damit im Alltag linke Politik zu betreiben. Andere widersprechen, begründen, warum sie Gemeingütern bzw. Commons den Vorrang geben, öffentliches Eigentum verteidigen und demokratisieren wollen; warum sie gegen Strategien opponieren, über Genossenschaften (die ja letztlich auch privatwirtschaftliche Unternehmen sind) Leistungen zu erbringen, an denen jede und jeder partizipieren können soll (z. B. Mobilität, gesundheitliche Betreuung, Pflege, Bildung).

Es sind auch andere Begriffe geprägt worden, zum Beispiel: »Solidarische Kooperationen«, »Gemeinwohlökonomie«, »Gemeingüterökonomie«, »Commonsökonomie«. Eher wenig wird an gemeinsamen politischen Strategien gearbeitet, um solidarisch soziale, ökologische und globale Probleme zu lösen, einer Gesellschaft der Freien, Gleichen und Ökologischen näher zu kommen. Dabei scheint die eigentlich entscheidende Frage »ganz einfach« zu sein: Wie können jene Menschen, die heute mit einem Kollektiv ihre Alltagsprobleme mildern wollen, zu Akteuren solidarischer Gesellschaftsveränderung werden?

Zugespitzt formuliert: Wird das eigene Projekt/der eigene Betrieb ausschließlich zur Lösung von individuellen und Gruppenproblemen betrieben? Besteht nicht die Gefahr, dass damit Konkurrenzzwänge angepeitscht, Umweltzerstörung forciert und neoliberale Politik gestärkt werden?

Die Akteure sich als links verstehender Bewegungen sollten sich also fragen, wie sie unter den vorhandenen Kräftekonstellationen mit ihrer Reaktion auf Maßnahmen neoliberaler Gesellschaftspolitik sowohl sozial und ökologisch eine für ihren eigenen Alltag erforderliche Bedürfnisbefriedigung organisieren, als auch die demokratischen und solidarischen Kräfte stärken können, die sich gegen die herrschende Politik richten.

Würde dem gefolgt, wäre »Solidarisches Wirtschaften« bzw. »Solidarische Ökonomie« nicht »einfach« als Kooperation von gleichberechtigt wirtschaftenden/agierenden Menschen gefasst, die ihre Maschinen, Gebäude, Rohstoffe und Materialien und/oder ihre Wohnung/Mobilität/Konsumtionsmittel selbst verwalten, um sich gemeinsam einen Lebensunterhalt/die Versorgung mit konkreten Produkten/Leistungen zu sichern, sondern es würde ebenso dazu gehören, dass sie sich zur Gesellschaft solidarisch verhalten. Schließlich ist »die Gesellschaft« unsolidarisch. Sie muss verändert und grundsätzlich umgestaltet werden. So muss heute radikal – die Ursachen der Probleme und ihre Verursacher angreifend – gegen Privatisierung und Kommerzialisierung des Öffentlichen, gegen Konkurrenzverhältnisse, Armut, soziale Ausgrenzung und soziale Spaltungen, gegen Naturzerstörung, Überwachung, Repression, Entdemokratisierung und Diskriminierung von Menschen, gegen Militarisierung und Krieg gekämpft werden.

Die Verteidigungskämpfe bzw. die »GEGEN-Kämpfe« zielen auf die gleichgestellte Teilhabe der Einzelnen an lebensnotwendigen Gütern, ihre Zugehörigkeit zu kollektiven Eigentümern und Besitzern und deren Mitwirkung an den Entscheidungen über den Umgang und die Nutzung dieser Güter.

Damit wären in sozialen Kämpfen und Zielen Solidarische Ökonomie und Gemeingüter- bzw. Commonsökonomie miteinander vereint. Oder wie es im »Manifest« zu den Commons vom WSF in Belem 2009 heißt: »Diese Bewusstwerdung stützt sich auf die Vision einer Gesellschaft, die den Respekt der Menschenrechte, die demokratische Teilhabe und die Kooperation als zentrale Werte entfaltet. Alternative Ansätze entwickeln sich in vielen Bereichen: zur Verteidigung des Wassers und der Flüsse, des Landes, des Saatguts, der Biodiversität, des Wissens, der Wissenschaft und des traditionellen Wissens, der Wälder, der Meere, des Windes, der Währung, der Kommunikation und Vernetzung, der Kultur, der Musik und anderer Künste, der Open Source Technologien und der Freien Software, der öffentlichen Dienstleistungen Bildung, Gesundheit und Abwasserreinigung.«

Seine Unterzeichner/innen »rufen alle Bürger der Welt und ihre Organisationen dazu auf, den Begriff der Gemeingüter zu vertiefen, ihre Zugänge zu den Gemeingütern der Menschheit und des Planeten und ihre Erfahrungen für deren Entprivatisierung und Herausnahme aus der marktwirtschaftlichen Verwertung miteinander auszutauschen sowie die Kämpfe ihrer Organisationen miteinander zu verbinden, um gegenseitig Kampagnen und Initiativen zu stärken.«

Dieses Verständnis von Gemeingütern bzw. Commons geht über das von Elinor Ostrom hinaus und mit radikaler Gesellschaftskritik zusammen. Eignen es sich jene an, die sich als Akteure Solidarischer Ökonomie bzw. Anhänger/innen der Genossenschaftsidee verstehen, können sie das Zustandekommen von Akteursbündnissen für emanzipativ-solidarische Problemlösungen wesentlich unterstützen.●

Links zum Beitrag

WSF 2009: Aufruf zur Wiedergewinnung der Gemeingüter:
http://bienscommuns.org/signature/appel/index.php?a=du&c=antb07
Firenze 10+10: www.firenze1010.eu/index.php/en/

GESUNDHEIT

GEMEINGÜTER

Solidarisch G'sund:

Plattform für ein öffentliches Gesundheitswesen

Seit die Welthandelsorganisation WTO die Gesundheit zum neuen Markt erklärt hat, steht sie unter Beschuss. Die immer schärfere Diktatur des Marktes hat noch eine zweite Front: die Behauptung, der Staat könnte sich unsere Gesundheit nicht mehr leisten.

Von Andreas Exner, Graz ● Tatsächlich haben Kapitalgewinne, Spitzeneinkommen und große Vermögen jedoch gerade in der Krise weiter zugenommen – zulasten der Lohnabhängigen. Dabei haben Richard Wilkinson und Kate Pickett in dem Buch »The Spirit Level. Why Equality is Better for Everyone«, erschienen 2009 bei Penguin Books, gezeigt: In den Industrieländern verursacht vor allem die Einkommensungleichheit Krankheiten. Es ist nicht das absolute Reichtumsniveau, das zählt. Es kommt auf die Gleichheit der Einkommen an.

Die Einnahmesituation jedoch ist nur eine Komponente. Ganz unabhängig von ihr gibt es genügend Spitäler, Medikamente und Geräte oder die Möglichkeiten, sie zu produzieren, sowie das Wissen, um weltweit ein öffentliches Gesundheitswesen zu organisieren. Die Kriterien des Kapitalismus, Finanzierbarkeit und Konkurrenzfähigkeit, stehen dem allerdings entgegen. Dabei hält auch der von fast allen Staaten der Welt, darunter Österreich, unterzeichnete UN-Sozialpakt fest, dass das Recht auf Gesundheit unter maximalem Einsatz aller physischen – im Unterschied zu den monetären – Ressourcen zu wahren ist und nicht von wirtschaftlichem Wachstum abhängig gemacht werden darf.

Das ist der Hintergrund der Initiative »Solidarisch G'sund«. Der konkrete Anlass der Gründung 2010 war die schleichende Privatisierung des Landeskrankenhauses Klagenfurt in Kärnten (Österreich). Eine

http://solidarischgsund.org

Gesetzesnovelle führte zu einer Protestaktion der Gewerkschaft und zur Bildung der Initiative durch eine Gruppe von Krankenhausangestellten und politischen AktivistInnen.

Bald hatte die Gruppe unter Feedback von Public Health-ExpertInnen, MedizinerInnen, GewerkschafterInnen und GesundheitsjournalistInnen ein Basispapier verfasst, das Gesundheit in einen gesellschaftlichen Kontext stellt. Es geht demnach sowohl um ein öffentliches Gesundheitswesen als auch um eine Überwindung des krankmachenden Kapitalismus, hin zu einer Solidarischen Ökonomie. Mehr als 330 Einzelpersonen und mehrere Organisationen unterstützen die Forderungen, darunter die Landesorganisation Kärnten des österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB), Attac, die Katholische Sozialakademie, der Verein SOL (Menschen für Solidarität, Ökologie und Lebensstil) und das Kärntner Armutsnetzwerk. Der Facebook Account »Solidarisch G'sund« zählt heute mehr als 4.300 friends und der Weblog bietet regelmäßige News aus dem Gesundheitsbereich und eigene Artikel.

»Solidarisch G'sund« organisierte 2011 eine wichtige Veranstaltung in Kärnten, an der mehrere Gewerkschaftsaktive teilnahmen, die Streiks im Gesundheitswesen organisiert hatten. Vielleicht inspirierte dies die »Plattform 25« in der Steiermark zu einer ähnlichen Veranstaltung im Jahr darauf und den »ÖGB Kärnten«, gegen Verschlechterungen im Landeskrankenhaus Wolfsberg mit Streik zu drohen.

»Solidarisch G'sund« ist inzwischen die lokale Gruppe des Equality Trust in Österreich, der von Richard Wilkinson, Kate Pickett und anderen gegründet wurde, um die gesundheitsschädliche soziale Ungleichheit zurückzudrängen. Der Equality Trust hat sich die Verbreitung der wissenschaftlichen Erkenntnisse von Richard Wilkinson und Kate Pickett zum Ziel gesetzt und engagiert sich für die Zunahme sozialer Gleichheit unter Berücksichtigung der Tatsache, dass Wirtschaftswachstum aus ökologischen Gründen keine Lösung für soziale oder gesundheitliche Probleme in den reichen Ländern sein kann. Hier bleibt noch sehr viel zu tun.

Anstatt etwa die Ursachen für die zunehmende Fettleibigkeit anzugehen, nämlich soziale Gleichheit zu fördern, wird zum Beispiel auch in Österreich eine so genannte »Fettsteuer« diskutiert. Und die Privatisierung schreitet voran.

Das aktuelle Projekt von »Solidarisch G'sund« ist ein Buch zum Thema Gesundheit aus emanzipatorischer Sicht unter Beteiligung von KollegInnen aus Deutschland. Darin wird für eine Solidarische Ökonomie der Gemeingüter anstelle des krankmachenden Kapitalismus und seines immer schlechteren »Gesundheitssystems« argumentiert.●

Weblog und Kontakt:
http://solidarischgsund.org
solidarischgsund@hotmail.com

Wer die Forderungen von Solidarisch G'sund unterstützen will, kann das hier tun:
www.ipetitions.com/petition/solidarischgsund

BERLINER ENERGIETISCH

Von Kindern und dem Volksbegehren Energie

Als Elternteil neigt man dazu seine Kinder anzuhalten, die Dinge die sie erlebt haben, zu reflektieren. Nun stellt man die üblichen Fragen: Wie war dein Tag? Wie ist der Biotest gelaufen? Die Antworten fallen manchmal recht knapp aus, besonders wenn es zu unangenehmen Themen kommt.

Von Laura Tzschätzsch, Berlin ● Ich frage also meine Tochter: »Wie ist der Biotest verlaufen?« Sie guckt aus dem Fenster, die ersten Blätter an den Bäumen verfärben sich bereits, der Sommer neigt sich wohl dem Ende zu. Als hätte sie meine Gedanken gelesen, schaut sie mich an und fragt: »Mutti, du hast doch den ganzen Sommer an diesem Volksbegehren gearbeitet, was ist eigentlich daraus geworden?« Also setze ich zum Reden an, da sagt sie: »Vielleicht könntest du mir noch mal kurz erklären, worum es eigentlich geht, du hast mir das schon 100 Mal erzählt, ich weiß, aber bitte fang noch mal von vorne an!« »Gut«, sage ich und muss an die tausende Male denken, wo ich auf der Straße, bei Festen und politischen Organisationen darüber gesprochen habe.

»Also, dieses Volksbegehren heißt 'Neue Energie für Berlin'. Ich habe den 'Berliner Energietisch' unterstützt, ein breites Bündnis aus lokalen Organisationen und Initiativen, die gemeinsam für eine ökologisch nachhaltige, sozial gerechte und demokratisch kontrollierte Energieversorgung in Berlin arbeiten. Unser Ziel ist es, das Land Berlin mittels eines Volksbegehrens zu verpflichten, die Energieversorgung wieder selbst in die Hand zu nehmen...« Ihr Kopf neigt sich nach hinten, ihre Augenbrauen gehen nach oben und ich sehe die übliche Reaktion bei Informationsüberfluss. Ich muss lächeln und sage: »Du weißt doch, wenn es um Politik geht, drückt man sich manchmal kompliziert aus. Ich werde es dir mit einfachen Worten erklären. Pass auf: Wir in Berlin sind eins von 16 Bundesländern. Alle anderen sind in dem Ausbau von erneuerbaren Energien weiter vorn als wir. Um das zu ändern ist es wichtig, dass die Menschen in Berlin zum Umdenken animiert werden. Wir brauchen keine großen Kraftwerke und zentralen Energieversorger, sondern du und ich könnten unseren Strom für den morgendlichen Kaffee selbst vom Dach holen.« Sie grinst und sagt: »Ich trinke doch keinen Kaffee, Mama!« Ich: »Nun gut, sagen wir für einen warmen Kakao. Mit 'ökologisch nachhaltig' ist also eine Gewinnung von Energie gemeint, die die Umwelt nicht verschmutzt. Das bedeutet, auf die Kohle- und Atomkraftwerke soll in Zukunft verzichtet werden.«

»Also keine Wolken-Macher mehr in Spandau?«, fragt sie. Meine Miene wird ernster und ich fahre fort: »Leider bringen diese Rauch-Türme viel Unheil mit sich.« »Warum gibt es sie dann noch?«, fragt meine Tochter. Ich antworte: »Genau das ist es, woran ich arbeite. Ich versuche die Berlinerinnen und Berliner darauf aufmerksam zu machen, dass wir diese Art von Energiegewinnung, bei der es nur darum geht, möglichst viel Gewinn zu erwirtschaften, nicht brauchen. Ein berlineigenes Stadtwerk soll gegründet werden, das 'Grüne Energie' fördert und vorantreibt. Bleiben wir bei unserem Beispiel, dann würden wir Geld bekommen für den Bau einer Solaranlage auf unserem Dach.« »Aha«, sagt sie, und ihr Gesicht ist gezeichnet von Denkfalten. Ich warte eine Minute und wage eine Fortsetzung: »Aber um dies alles möglich zu machen, brauchen wir die Netze, wo der Strom durchfließt. Ohne die Netze kann die Energiewende nicht vorangetrieben werden, denn die müssen zu sogenannten 'Smart Grids' umgebaut werden.« »Hey«, fährt sie mir dazwischen »das hab ich gerade heute im Englischunterricht gelernt, smart heiß doch schlau«, berichtet sie stolz, aber ihr emsiger Ausdruck verändert sich schnell in ein nachdenkliches Innehalten. »Wie kann ein Netz schlau sein, wenn es nicht denken kann?« Ich überlege kurz, wie ich ihr das am besten erklären kann: »Ein intelligentes Stromnetz integriert sämtliche Akteure auf dem Strommarkt durch das Zusammenspiel von Erzeugung, Speicherung, Netzmanagement und Verbrauch in ein Gesamtsystem. Das bedeutet, es ist automatisiert, und die Verbraucher sowie dezentrale kleine Energielieferanten und -speicherorte können mit einbezogen werden.« »Aha«, sagt sie wieder, »also könnten wir dann genau sehen, wie viel Strom du beim stundenlangen Telefonieren mit Oma verbraucht hast?« »Ja, richtig, so funktioniert das. Dadurch können wir alle besser einschätzen, wie viel Energie wir mit was verbrauchen.«

»Und wann ist es soweit?«, fragt sie aufgeweckt. »Wir sind auf einem guten Weg«, erwidere ich und denke freudig an die letzten Tage vor Abgabe der Unterschriftenlisten im Innenministerium: »Viele Berlinerinnen und Berliner haben sich ordentlich ins Zeug gelegt und uns zahlreiche Briefe zugesendet. Das Volksbegehren hat bereits die erste Stufe geschafft, wir haben 36.089 Unterschriften eingereicht, davon waren 30.660 gültig. Das heißt, dass wir ab nächstes Jahr in die zweite Stufe starten können, wenn der Senat unseren Gesetzesentwurf nicht annimmt.« »Das heißt, du wirst nächstes Jahr wieder öfter dieses grüne Shirt mit dem gelben Aufdruck tragen?«, fragt sie. »Ja, im Februar geht's weiter, und da müssen wir wohl eher Pullover bedrucken, aber bis dahin ist auch noch einiges zu tun. Wir brauchen personelle Unterstützung, das heißt mehr Leute, die unser Vorhaben weiter erzählen oder uns ein bisschen Taschengeld geben, damit wir unsere Kampagne durchsetzen können. Denn in der 2. Stufe des Volksbegehrens brauchen wir 173.000 gültige Unterschriften, dass heißt circa 200.000 Unterschriften müssten wir sammeln, das sind sehr, sehr viel mehr als in diesem Sommer!« »Das schafft ihr bestimmt!«, ermuntert sie mich eifrig. »Ja«, erwidere ich, »du hast Recht. Wir schaffen das!«●

CONTRASTE ist Bündnispartner des Berliner Energietisch: www.berlinerenergietisch.net

Ab Februar 2013 sind Unterschriftenlisten für die 2. Stufe des Volksbegehrens verfügbar: einfach ausdrucken, Freunde und Freundinnen motivieren und los geht's mit der Energie-Revolution in Berlin! Der Sammelkalender bietet eine einfache Übersicht, wo und wann Unterschriften gesammelt werden. Dort könnt ihr unkompliziert euren eigenen Termin eintragen. Wir freuen uns auf tatkräftige Unterstützung!

Anzeige

LUNAPARK EXTRA 04 – DASEINSVORSORGE UND DEMOKRATIE

Die kapitalismuskritische Monatszeitschrift Lunapark21 widmete die 4. Extra-Ausgabe im Frühjahr 2011 dem wichtigen Thema Daseinsvorsorge und Demokratie. Mitherausgeber waren die österreichische Verkehrs- und Dienstleistungsgewerkschaft »vida« und der deutsche Verein »Gemeingut in BürgerInnenhand«.

Dazu Jürgen Schutte und Carl Waßmuth auf der Website von GiB: »Angenommen, es gelänge, ein PPP-Projekt zu finden, bei dem weder die Kosten davonlaufen, noch Qualitätsmängel oder Vernachlässigung der vom privaten Partner übernommenen Aufgaben zu beklagen wären. Vorteilsnahme, Unterschlagungen und Korruption kämen ebenso wenig vor wie rücksichtsloser Umgang mit den Beschäftigten, Lohnsenkungen und Kündigungen. Selbst Insolvenzen zum rechten Zeitpunkt wären ausgeschlossen – angenommen also, es fände sich ein perfektes Projekt: Was gäbe es an einem solchen Tausendsassa noch zu kritisieren? Die Antwort lautet: Die Politik der Privatisierung ist im Effekt ein Angriff auf die Demokratie.«

Zum Beitrag von Jürgen Schutte und Carl Waßmuth: http://blog.gemeingut.org/2011/04/lunapark21-privatisierung-und-demokratie/

Die Extraausgabe (4 Euro) und auch Abonnements (ab 24 Euro/Jahr) können bestellt werden unter: http://lunapark21.net/service.html

BUCHBESPRECHUNG

GEMEINGÜTER

Anleitung zum globalen Ressourcenschutz

Dem Buch liegen zwei ältere Texte (2003 und 2008) der Wirtschaftsnobelpreisträgerin Elinor Ostrom zugrunde. Herausgeberin Silke Helfrich hat diese in Abstimmung mit der Autorin bearbeitet, aktualisiert und zusammengeführt. Von insgesamt 126 Seiten stammen 64 von Elinor Ostrom. Zusätzlich sind 8 Gestaltungsprinzipien für Gemeingüter aus ihrer Nobelpreisrede 2009 stichpunktartig wiedergegeben. Neben Vorwort und Einleitung hat Silke Helfrich ein umfangreiches Glossar verfasst.

Von Elisabeth Voß, Redaktion Berlin ● Im ersten Teil »Gemeingüter fordern uns heraus« geht es um Grundsätzliches. Das Anliegen von Elinor Ostrom und ihrem Bloomington Workshop für Politische Theorie und Analyse ist »die Entwicklung einer empirisch gestützten Theorie des kollektiven Handelns, die auf Selbstorganisation und Selbstverwaltung beruht.« (S. 22). Dabei geht es nicht um die Frage, ob die Gemeingüter sich in der Hand des Staates oder der Privatwirtschaft befinden, sondern wie die Beteiligten selbst ihre gemeinsamen Ressourcen bewirtschaften. Dies können natürliche Ressourcen sein, aber auch Industrieunternehmen können »einige Eigenschaften mit Commons-Institutionen« teilen (S. 24); Eigentumswohnungsanlagen oder das Internet werden als weitere Beispiele für Gemeingüter angeführt.

Die Selbstverwaltung sei der Schlüssel für die Bewirtschaftung und den Erhalt der Gemeingüter, während Top-Down-Lösungen ein Irrweg seien. Darum sei es wichtig, »die Fähigkeiten der Menschen zur Selbstorganisation und zur Kooperation zu stärken.« (S. 30). Elinor Ostrom betont, wie wichtig es sei, noch mehr darüber zu erfahren, wie Menschen sich unter verschiedenen Bedingungen Regeln geben und was stärkende und schwächende Faktoren der Selbstverwaltung sind. Aber mit welcher Zielrichtung, und was versteht sie unter Selbstorganisation? Es geht ihr um »Fragen zur Gestaltung von Institutionen (...). Es müssen Regelwerke entwickelt werden, die die Betroffenen auch wirklich verstehen und denen sie folgen können« (S. 33). Sie weist darauf hin, dass die NutzerInnen einbezogen werden sollen – aber ist nicht damit gesagt, dass sich nicht die Betroffenen selbst ihre eigenen Regeln geben, sondern dass andere es für sie tun? Allerdings sollen auch Akteure befähigt werden, ihre eigenen Institutionen zu gestalten. So wie diese Handlungsanleitungen formuliert sind, richten sie sich an staatliche Einrichtungen und NGOs in der Entwicklungszusammenarbeit.

Es folgen Ausführungen zu »zwei weiteren Schlüsselkonzepten der Governance-Debatte des Forschungsprogramms von Bloomington (...): 'Polyzentrische Systeme' und 'komplexe adaptive Systeme'« (S. 38). Diese sind dadurch gekennzeichnet, dass es nicht ein, sondern mehrere Steuerungszentren gibt, dass sie anpassungsfähig und fehlerfreundlich, und aufgrund ihrer Redundanz auch gegenüber äußeren Einflüssen stabil sind. Tendenzen zur Verschlankung und Zentralisierung des Staates im Rahmen von Sparmaßnahmen setzt Elinor Ostrom die Erkenntnis aus ihrer Forschungsarbeit entgegen, »dass polyzentrische Systeme bei ähnlichen oder geringeren Kosten in der Steuerung ökologischer, städtebaulicher oder sozialer Systeme mehr leisten als vergleichbare monozentrische Systeme.« (S. 43).

Im zweiten Teil »Gemeingüter pflegen – lokal und global« werden Erfahrungen aus verschiedenen Steuerungsversuchen zum Schutz der globalen Gemeinressourcen Wälder und Meere vorgestellt. Nach einem kurzen Blick auf die Arbeit der Brundtland-Kommission, die 1987 den Begriff »Nachhaltige Entwicklung« prägte, und einigen allgemeinen Ausführungen zu Gemeinressourcen geht es um Kabeljau in Kanada und in der Ostsee, Hummer in Maine, Schildkröten auf den Philippinen und um den weltweiten Waldbestand. Mehr oder weniger wirksame oder wirkungslose Ausgestaltungen von Regulierungssystemen, wie z.B. Fangquoten oder Emissionsrechten, werden vorgestellt und reflektiert.

Nach einer kurzen Zusammenfassung der wichtigsten Erkenntnisse aus diesen Versuchen werden fünf Elemente einer anpassungsfähigen Regierungsführung benannt. Um die Nachhaltigkeit voranzubringen, setzt Elinor Ostrom auf die Lernfähigkeit der Weltgemeinschaft.

Unter diesem Buchtitel hatte ich mir etwas anderes vorgestellt, als das, was hier zu lesen ist. Das Buch vermittelt sehr kompakt wesentliche Ergebnisse der Forschungen von Elinor Ostrom. Es gibt einen kleinen Einblick in den reichen Erfahrungsschatz der viel zu früh verstorbenen Wissenschaftlerin. Begrifflichkeiten bleiben dabei teilweise unscharf. So wirft schon die Gleichsetzung von »Commons, Gemeingüter und Allmende«, die »in diesem Band synonym verwendet (werden)« (S. 9), Fragen auf. Was genau mit dem häufig verwendeten – und für das Commons-Konzept offensichtlich zentralen – Begriff »Institution« gemeint ist, bleibt offen. Im Glossar wird allerdings erläutert, dass zwar »auch Elinor Ostrom mitunter als Vertreterin des 'Neuen Institutionalismus' (gilt)«, der »auf der Idee des homo oeconomicus (gründet)« (S. 104), dass sie jedoch »selbst nicht dazugehört« (S. 105).

Erst aus dem Glossar erschließt sich, dass mit dem Begriff »Regierungsführung« hier »Governance« gemeint ist, also »Aufbau und (...) Ablauforganisation von Staat, Verwaltung und Gemeinde, aber auch von privaten oder öffentlichen Organisationen.« (S. 101). Der Begriff »Nachhaltigkeit« wird unhinterfragt und offensichtlich positiv besetzt verwendet.

Mit großer Eindringlichkeit werden praxisbezogene Ratschläge formuliert. Die »Designprinzipien« aus Elinor Ostroms Nobelpreisrede »werden seit Jahren weiterentwickelt« (S. 85) berichtet Silke Helfrich. Der Grundtenor des Buches suggeriert, deren Umsetzung und Erfolg sei eine Frage der Überzeugung und Vernunft. Die Machtfrage wird nicht gestellt.●

Elinor Ostrom: Was mehr wird, wenn wir teilen. Vom gesellschaftlichen Wert der Gemeingüter. Herausgegeben, überarbeitet und übersetzt von Silke Helfrich. oekom verlag, München, 2011

BEISPIELE

Öffentliche Güter, die als Gemeingüter bewirtschaftet werden

Weltweit gibt es unzählige Beispiele dafür, wie es gelingen kann, die Befriedigung grundlegender Lebensbedürfnisse zu erkämpfen und gemeinsam zu organisieren. Dieser kleine Rundblick ist weder systematisch noch repräsentativ, sondern eher zufällig zusammengestellt.

Die gemeinnützigen Stadtwerke Sacramento (SMUD) in Kalifornien betreiben das Stromnetz und produzieren Energie. Sie wurden aufgrund eines Volksentscheides 1923 nach langjährigen juristischen Auseinandersetzungen 1947 von der öffentlichen Hand übernommen. Diese musste die von den vorherigen privaten Betreibern kaputt gesparten Netze aufwändig sanieren. Sie versorgen etwa 1,1 Millionen Menschen, die als »customer owners« verstanden werden, also als EigentümerInnen aufgrund ihrer Eigenschaft als KundInnen. Dies nicht etwa, weil sie irgendwelche genossenschaftlichen oder anderen Anteile am Unternehmen hätten, sondern einfach nur deswegen, weil sie im Versorgungsgebiet leben und darauf angewiesen sind, an der Energie von SMUD teilzuhaben. Diese gemeinschaftlichen EigentümerInnen erreichten mit einer Abstimmung 1989, dass SMUD sein Atomkraftwerk abschaltete. Seither wurden durch Ausweitung der regenerativen Energiegewinnung viele Arbeitsplätze geschaffen. SMUD führt seine Gewinne gemeinnützigen Zwecken zu und bietet Sozialtarife für bedürftige KundInnen an. Ein Wermutstropfen: SMUD läßt sein neues Geschäftsgebäude ausgerechnet durch den PPP-Konzern HochTief errichten.
www.who-owns-the-world.org/wp-content/uploads/2011/10/Latza-Recherche-SMUD.pdf

Aber auch in Deutschland gibt es nach wie vor öffentliche Energieunternehmen. Zum Beispiel die Stadtwerke München (SWM), immerhin das sechstgrößte Energieunternehmen Deutschlands. Die SWM versorgen die BürgerInnen neben Strom auch mit Gas, Fernwärme und Wasser und betreiben Schwimmbäder. Oder die Stadt Bergkamen, die seit den 1990er Jahren schrittweise immer mehr Bereiche der Daseinsvorsorge rekommunalisiert hat. Neben den Diensten, die auch Münchens SWM bieten, haben sie auch die Abwasserentsorgung, Straßenreinigung und Müllabfuhr in öffentliche Hand übernommen. Allerdings wird das Wasserrohrnetz in einer PPP mit der Gelsenwasser AG betrieben.

Andernach, die essbare Stadt

In Andernach (Rheinland-Pfalz) wird seit 2010 auf Grünanlagen Gemüse angebaut, es werden Obstbäume gepflanzt, an Mauern ranken Trauben und Bienenstöcke werden angesiedelt. Die ganze Stadt wird zu einem großen urbanen Garten. Die »essbare Stadt« wurde von der Stadtverwaltung angelegt, mit städtischen ArbeiterInnen und Beschäftigten in Arbeitsfördermaßnahmen, die BewohnerInnen wurden zur Mithilfe eingeladen. Alles darf gepflückt werden, und die InitiatorInnen fordern dazu auf, auch Samen mitzunehmen und die seltenen Pflanzensorten im eigenen Garten zu vermehren.
www.andernach.de/de/leben_in_andernach/essbare_stadt.html

Umweltbahnhof Dannenwalde

Die Deutsche Bahn – ein öffentlicher Konzern, der wie ein privatwirtschaftliches Unternehmen geführt wird – nahm 1995 fast 100 Haltepunkte vom Netz. Rund um den Bahnhof Dannenwalde (Brandenburg) regte sich Widerstand. Initiativen und Vereine konnten erreichen, dass der Bahnhof im Sommer 1996 wieder in Betrieb genommen wurde. Es gründete sich ein Verein, der Veranstaltungen organisiert, Konzepte für die Nutzung des Bahnhofsgebäudes entwickelt und sich dafür einsetzt, dass die Züge auch weiterhin in Dannenwalde halten.
www.umweltbahnhof-dannenwalde.de

Hasselt fährt frei

Im belgischen Hasselt ist »Schwarzfahren« nicht möglich – denn die Benutzung der öffentliche Busse ist schon seit 1997 kostenlos. Auch in Deutschland gab es Versuche; das Busfahren in Lübben und Templin (beide in Brandenburg) war für ein paar Jahre ohne Fahrschein möglich.

Weltweit gibt es eine Reihe kostenloser ÖPNV-Angebote:
http://freepublictransports.com

Zusammengestellt von Elisabeth Voß

Anzeige

GiB GEMEINGÜTER
DEMOKRATISIEREN
STATT PRIVATISIEREN!

Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB) e.V.
www.gemeingut.org / info@gemeingut.org
KTO: 1124229100, BLZ: 43060967, GLS Bank

FAME 2012

Nicht für Profit

Im März fand in Marseille das Alternative Weltwasserforum, FAME 2012, statt (CONTRASTE berichtete in Ausgabe 332, Mai 2012). Die Initiative Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB) hat nun eine Broschüre mit ausgewählten Beiträgen des Forums herausgegeben. In sechs Kapiteln werden folgende Themenblöcke behandelt: Das Wasserforum selbst, seine Geschichte und seine Ziele, Beispiele für Rekommunalisierung und Vergesellschaftung, Auswirkung von Privatisierungen und PPPs, Alternativen zur Privatisierung, Frauen und Wasserversorgung und Widerstände gegen die Privatisierung.

Obwohl die UNO bereits 2010 das Menschenrecht auf Wasser anerkannt hat, richten sich nach wie vor die Begehrlichkeiten vieler Konzerne auf dieses lebenswichtige Gut. David Boys vom europäischen Gewerkschaftsverband stellte ein europäisches Volksbegehren in Aussicht (das mittlerweile gestartet ist), um die Wasserprivatisierung zu stoppen. Die Forderungen des Volksbegehrens: Die EU sollte allen Mitgliedsstaaten die verbindlichen Ziele setzen, das Menschenrecht auf Zugang zu sauberem Trinkwasser und sanitärer Grundversorgung in Europa zu 100% zu erfüllen. In Kolumbien war ein ähnlicher Versuch gescheitert: das Parlament lehnte dort das von 2,1 Millionen KolumbianerInnen geforderte Referendum ab.

Nachttanz-Demo Mainz, 03.08.2012

Beispiele für die regionale und lokale Wasserbewirtschaftung kommen aus Benin und dem griechischen Saloniki. Letzteres steht in unmittelbarem Zusammenhang mit den Sparprogrammen, die die »Troika« der griechischen Regierung als Folge der Schuldenkrise verordnete. Das Parlament fasste den Beschluss, bis 2012 40% der öffentlichen Wasser- und Abwassergesellschaft Salonikis zu verkaufen. Die »Initiative 136«, die aus Angestellten des Wasserunternehmens und sozialen und kulturellen Vereinen und Einzelpersonen besteht, rief die EinwohnerInnen Salonikis auf, die Wasserversorgung selbst in die Hand zu nehmen und ein solidarisches Wirtschaftsmodell auf der Basis kollektiven Eigentums zu entwickeln. In allen Bezirken werden nun Wassergenossenschaften gegründet, die zu einer GmbH zusammengeschlossen werden sollen, um die zum Verkauf angebotenen Anteile des Wasserunternehmens zu erwerben.●

Brigitte Kratzwald

Link: www.136.gr/article/was-ist-die-bewegung-136

Die 74-seitige Broschüre kann für 7 Euro erworben werden über:
www.gemeingut.org, bzw. info@gemeingut.org

Hier geht es zum Volksbegehren der Europäischen Bürgerinitiative »Wasser ist ein Menschenrecht«: https://signature.right2water.eu/oct-web-public/

ERSTER LEIHLADEN IN BERLIN ERÖFFNET

Gemeinsam geht mehr!

Vom Tauschen zum Teilen – so lautet die Kurzform für eine sozio-ökonomisch Wende. An der commons-Debatte sammeln und kristallisieren sich Modelle und Beispiele für andere Wirtschaft und einen Wohlstand, wo Teilen ein Gewinn für alle ist. Die Gründung des Leihladen erweitert die Beispiele für eine Praxis der commons. Und jedeR kann mitmachen.

Von Johannes Dietrich, Maike Majewski, Nikolai Wolfert, Berlin ●
Hat jemals einE iPhone-NutzerIn in einer Foxconn-Fabrik geschuftet? Wohl kaum. Mit ihrem Shoppingverhalten unterstützen viele KundInnen täglich jene Wirtschaft, die sie zugleich in ihren globalen Folgen ablehnen (sollten). Und doch treibt jeder Kauf die Produktionsmaschinerie aus Menschen- und Naturausbeutung an. Viele wollen das nicht mehr. Der Markt für Öko und fairtrade wächst. Kundenwünsche werden (angeblich) bedient. So scheint alles in schönster Ordnung: Alle Macht geht vom Einkaufswagen aus.

Doch was ist, wenn das fairtrade-öko-Handy nicht angeboten wird? Welche Auswahl besteht denn zwischen Saturn und Media Markt? Was ist der/die KundIn in einem solchen Wirtschaftssystem, KönigIn oder doch eher Knecht?

SPAR WARS: Kauf nix

Was passiert, wenn mensch die Macht der Kaufkraft erkennt und ernst nimmt? Dann sind wir Teil der Lösung. Veränderung beginnt im Kopf und beim täglichen Einkauf. Wenn jedeR beim Einkaufen umdenkt (statt sich treuherzdoof zu verkaufen), hat das gravierende Folgen für die Wirtschaft. Die Kundin kann Königin sein, vor allem in dem, was sie NICHT kauft. Jeder Nicht-Einkauf hat direkteren Einfluss als eine Protest-Stimme bei einer Bundestagswahl – und ist mächtiger als jedes Pamphlet über Nachhaltigkeit und die Grenzen des Wachstums.

Die herrschende Wirtschaft ist Teil einer Kultur, die auf falschen Grundannahmen aufgebaut wurde: die klassische Ökonomie geht aus vom unbegrenzten Geldkreislauf durch unbegrenzten Durchlauf an Ressourcen, vom Rohstoff über die Ware zum Abfall. Wir alle wissen inzwischen, dass beides nicht stimmt. Wir leben in einer begrenzten Welt und das Geld ist in einer Wachstumsökonomie, in der nur noch immaterielle Werte mehr werden können, nicht mehr im Kreislauf, sondern in einer Spirale. Wie viele Planeten zusätzlich gebraucht werden um diesen Konsumstil fortzusetzen, kann mensch zum Beispiel im WWF Living Planet Bericht von 2010 nachlesen. Unbegrenztes Geldwachstum auf der Basis von begrenzten Ressourcen wird zu multiplen Krisen führen, wie wir sie gerade erleben. Das Ziel muss also sein, Wertmaßstäbe zu

UmFair Teilen Demo Foto: Nikolai Wolfert

entwickeln, die wieder an die Realwirtschaft gekoppelt sind. Wachstum in einer solchen Ökonomie kann nur qualitativ sein und muss dem Gemeinwohl dienen.

TU was: Leihen statt Kaufen

Als KonsumentInnen haben wir Macht, doch einen Boykott im Hamsterrad des ständigen Neu-Kaufs, Besitzens und Wegwerfens wollen wir euch nicht nahelegen. Denn das bedeutet Einschränkung, Verzicht und Verlust an Lebensqualität. Das mag bescheiden sein, aber nicht gerade sexy. Stattdessen haben wir eine bessere Idee, die jedeR – gerade DU – umsetzen kann: Wir teilen Dinge. JedeR bringt etwas von sich in einen Gemeinschaftspool und stellt es anderen Mitgliedern zur Verfügung. Das funktioniert, weil 1) wir fast alle schon zuviel haben (jeder Haushalt hat zwischen 10.000 und 70.000 Dinge) und 2) viele dieser Dinge kaum bis nie genutzt werden (Eine Bohrmaschine wird während ihrer Lebensdauer nur 12-13 Minuten genutzt). Das ist Verschwendung und daher teilen wir, anstatt zu kaufen. So müssen wir nicht verzichten UND nicht kaufen! Statt dessen bekommen wir vieles: mehr Platz, mehr Auswahl an Dingen, die wir uns alleine nicht alle leisten können, und mehr Freizeit, die nicht mit Aufräumen verbracht wird... ÖkonomInnen nennen das »win-win«. Also lasst uns Alle gewinnen. Gemeinsam geht mehr!

Das Prinzip Leihladen: Vom nutzlosen Besitz zum besitzlosen Nutzen

Es gibt viel Raum zwischen neoliberalem »Jeder kümmert sich um sich selbst, dann ist für alle gesorgt« und autoritärem Versorgerstaat. Ergänzend zu Christian Siefkes »peer-production« (netzwerkartige Gruppenproduktion) könnte unsere Idee mit »peer-consumption« (Gruppennutzung) bezeichnet werden. Oder wie Rahel Botsmann vorschlägt mit »collaborative consumption« (kooperative Nutzung). Wir haben den ersten Leihladen in Berlin gegründet, um Bohrmaschinen, Woks, Badminton-Schläger, ein Lastenrad namens LARA, Gästematratzen, Waffeleisen mit anderen öffentlich zu teilen (open access). Wie eine Bibliothek für Dinge (also eine Ontothek: ontos= griech. Ding + thek= Sammlung) mit angeschlossenem Umsonstladen verschenken und verleihen wir Dinge, die uns gegeben werden. Die Vor-Teile: Leihen spart Geld, schont die Natur, sorgt für mehr Zusammenhalt und wirtschaftliche Teilhabe in dieser gespaltenen Gesellschaft. Gemeinsam besitzen wir mehr als jedeR für sich. »Teil mit!«

Wer wir sind: Keine commons ohne geteilte Werte

Die Dinge im Leihladen bezeichnen wir als commons und verstehen uns als ein Beispiel für die commons-Bewegung. Wir engagieren uns bei TransitionTown Pankow, in der Umsonstlädin ULA und auf Schenkflohmärkten. Wir haben Spaß am Schenken und wollen die Welt vor Dummshopping (Benjamin Barben), Angeberbesitz (Thorstein Veblen), vor Ressourcenverschwendung und Peak-everything retten. Wir wollen lokale Selbstversorgung. Und nachhaltig muss sie sein, na klar! Wir wollen eine Kultur der Wertschätzung, die sich nicht am Marktwert orientiert, sondern an Potenzialen; von Menschen, die sich einbringen und von Dingen, die Anderen noch sehr nützlich sein können (gerne auch anders als von Herstellern erdacht). Wachstum ist für uns das Wachstum jedes Einzelnen in der Gruppe. »Wir«, das sind Maike, Johannes, Jana, Silke, Mechthild, Bernd, Susanne, Larissa, Nikolai und hoffentlich auch bald du – ob Jung oder Älter, erwerbstätig oder erwerbslos, BerlinerIn oder UmländerIn, spielt keine Rolle.

Wie du mitmachen kannst:

Im Leihladen namens Leila läuft's seit der Eröffnung rund. Über 120 Leih-Mitglieder und über 600 BesucherInnen kommen von Montag bis Donnerstag. Wir brauchen deine Unterstützung beim Verleih von Dingen. Du kannst hier deine Bedürfnisse und Ideen einbringen und zusammen mit Anderen umsetzen. Oder gründe selbst einen Leihladen. Wir unterstützen dich mit unseren Erfahrungen und Konzepten. Außerdem unterstützt du uns mit einer Spende für die Ausgaben z.B. der Miete. Oder besuch uns und diskutiere mit uns über selbstorganisierte Gemeinnutzung. Auf geht's!●

So erreichst du uns:
hallo@leila-berlin.de
www.leila-berlin.de
Tel.: (01 76) 56 71 63 03 (Nikolai)
Nachbarschaftshaus, Fehrbelliner Str. 92, 10119 Berlin

Öffnungszeiten:
Mo 15-19 Uhr
Di 10-13 Uhr + 15-19 Uhr
Mi 10-13 Uhr
Do 15-19 Uhr

Bitte leihen:
Benjamin Barber: consumed! Wie der Markt Kinder verführt, Erwachsene infantilisiert und die Demokratie untergräbt
Dagmar Steffen: Welche Dinge braucht der Mensch?

Dieser Text ist gemeinsam entstanden, kann weiter bearbeitet und diskutiert werden:
https://piratenpad.de/ITtb1hUk6c

TICKER REPRESSION & RECHTSFÄLLE

Pussy Riot

Während der rechtsstaatsfetischistische Normalo im Fernsehen nach Russland guckte und per Mediendiskurs zum Meckern gebracht wurde, verprügelten »Domschweizer« (so heißen die selbsternannten Sheriffs höherer Weihe) im und vor allem vor dem Kölner Dom eine dortige Protestgruppe, die ähnlich auftrat wie die Punksängerinnen in Moskau. Auch hier läuft ein Strafverfahren an – hoffentlich offensiv geführt gegen Staat und Kirche, die gemeinsam ihre Deutungshoheit verteidigen wollen:
(http://de.indymedia.org/ 2012/08/333854.shtml)

Sicherungsverwahrung wird neu geregelt

Gemäß § 66 Strafgesetzbuch kann Sicherungsverwahrung (SV), d.h. eine erst nach Ende der Haftstrafe zu verbüßende Freiheitsentziehung, verhängt werden, wenn der/die Angeklagte einen »Hang« zur Begehung von Straftaten aufweist, durch welche Opfer seelisch oder körperlich schwer geschädigt werden (können). Die Betroffenen verbüßen dann, wie angedeutet, erst die für die begangene Tat verhängte Strafe und werden im Anschluss so lange weiter im Gefängnis festgehalten, Jahre, Jahrzehnte, unter Umständen bis zum Tod, weil sie als »gefährlich« für die Allgemeinheit angesehen werden. Praktisch beurteilen das eher PsychiaterInnen und PsychologInnen, auch wenn die Entscheidung über Weitervollzug oder Freilassung formal die Gerichte treffen. Eingefügt in das Strafgesetzbuch wurde die Sicherheitsverwahrung 1933 von den Nationalsozialisten, wiewohl es schon in der Weimarer Zeit Vorüberlegungen zu solch einer Maßregel gegeben hatte. Entgegen der Propaganda wird sie auch gegen Menschen eingesetzt, die z.B. mehrfach straffällig wurden, auch wenn sie Menschen nicht direkt geschädigt haben (so unter anderem gegen eine Person, die immer wieder Plagiate erstellt hat).

Seit einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 04. Mai 2011 (siehe http://de.indymedia.org/2011/05/307207.shtml), in welchem das Gericht unter anderem die materiellen Haftbedingungen in der Sicherungsverwahrung kritisierte, versuchen u.a. die Bundesländer eigene SV-Gesetze auf den Weg zu bringen. Dabei geht es um 445 Eingesperrte (Stichtag 31. März 2012) bundesweit, davon zwei Frauen (Quelle: Statistisches Bundesamt, www.destatis.de). Lediglich sechs (männliche) Sicherungsverwahrte befanden sich unter gelockerten Haftbedingungen im »Offenen Vollzug«, können also die JVA tagsüber verlassen, um z.B. in Freiheit arbeiten zu gehen. Die meisten Verwahrten sitzen in NRW (107), gefolgt von Baden-Württemberg (67), Bayern (44), Rheinland-Pfalz (43) und Hessen (41). Da Strafvollzug inzwischen Ländersache ist, bringen die ersten Bundesländer eigene Gesetze zur Sicherungsverwahrung auf den Weg.
Infos und Wortlaut auf:
http://de.indymedia.org/ 2012/09/335566.shtml

Sieben Gründe von Wolf Wetzel, die Geheimdienste abzuschaffen

1. Grund: Als der Neonazi Mundlos seinen Wehrdienst für's Vaterland begann, wusste er sofort für welches: Seine Visitenkarte war mit dem Bild von Adolf Hitler geschmückt. Er ließ es sich auch nicht nehmen, während seines Grunddienstes mit anderen »Kameraden« zusammen den Geburtstag von Hitler-Stellvertreter Rudolf Hess zu feiern. Und wem das nicht genug neofaschistischer Hintergrund ist, der kann noch NPD-Flugblätter anführen, die bei einer Hausdurchsuchung gefunden wurden. Von all dem wusste der Militärische Abwehrdienst MAD. Dieser befand, dass all dies der Bundesrepublik Deutschland nicht schaden könne – und unternahm nichts.

2. Grund: Kurz vor Ende seines Wehrdienstes wurde der Neonazi und Soldat Mundlos tatsächlich vom MAD »einvernommen«. Obwohl er aus seiner neonazistischen Einstellung keinen Hehl machte, konnte und wollte der MAD »keine Anhaltspunkte für rechtsterroristische Absichten« (SZ vom 17.9.2012) erkennen.

3. Grund: Was der MAD partout nicht als neofaschistische Gesinnung werten wollte, wollte er jedoch »abschöpfen« und fragte ihn, ob er sich vorstellen könne, z.B. Anschlagspläne auf Flüchtlingsheime den Behörden mitzuteilen.

4. Grund: Der MAD wurde aufgefordert, alle Unterlagen, die Mitglieder und Umfeld des NSU betreffen, den Untersuchungsausschüssen zukommen zu lassen. Der MAD behauptete, es gäbe keine diesbezüglichen Unterlagen. Man habe – gemäß Löschfristen – alles vernichtet.

5. Nicht einmal das stimmt! Die Löschfristen beziehen sich auf den (verweigerten) Zugriff, nicht auf die Existenz angelegter Akten: Der Bundesdatenschutzbeauftragte Peter Schaar stellte in seiner Stellungnahme vom 16. Juli 2012 klar, »dass es keine gesetzlichen Löschungs- und Prüffristen für Papierakten« gebe. Paragraf 13 des Bundesverfassungsschutzgesetzes sehe »für personenbezogene Daten in Papierakten lediglich eine Sperrung, nicht aber eine Vernichtung oder Löschung vor.«
(Pressemitteilung vom 16.7.2012, www.bfdi.bund.de/bfdi_forum/showthread.php?t=3420)

6. Grund: Obwohl sie nicht mehr »existierten«, ging ein Rundschreiben an verschiedene Verfassungsbehörden, die an sie versandte Beobachtungsakte »Mundlos« ausfindig zu machen (und zurückzuschicken).

7. Grund: Die oberste Dienststelle des MAD, das Verteidigungsministerium, deckte diese Vertuschung und behauptete wider besseres Wissen, dass es keine Unterlagen zu Mundlos gäbe.

(Quelle: http://de.indymedia.org/2012/09/335202.shtml). Weiterer Text des Autors zur Nähe von NSU- und Staatsterror:
http://de.indymedia.org/2012/09/334986.shtml.

DVD vorgestellt: Strafe muss sein?

(2010, Medienprojekt Wuppertal, DVD mit fünf Filmen, Leihe 15 EUR/Kauf 40 EUR)

Jugendliche und junge Männer kommen zu Wort. Sie sind mit der Justiz in Konflikt gekommen, die strafbare Delikte geahndet hat. In den Erzählungen und Interviews berichten die »Täter«, was sie zu ihrem Verhalten brachte und wie sie die Sanktionen erlebten. Einige von ihnen haben inzwischen auch Haftzeiten im Gefängnis erlebt und schildern ihr Leben dort. Die eigentliche Frage des DVD-Titels beantworten die Filmsequenzen überwiegend nicht. Mitunter entsteht sogar der Eindruck, dass hier nicht alles offen gesagt wird, was über die Wirkungen von Knast und Strafe eher schon Allgemeinwissen ist. Um in die Lebenswelt straffällig gewordener junger Menschen hineinblicken zu können, bietet die DVD aber intensive Anschauung.●

Jörg Bergstedt

KRITIK DER VEREINFACHTEN WELTERKLÄRUNGEN (TEIL 1)

Den Kopf entlasten?

Analytisches Denken ist anstrengend. In einer komplexer werdenden oder aufgrund des Zugangs zu mehr Informationen so erscheinenden Welt geht Orientierung verloren. Diese muss durch intensiveres Hinschauen, Hinterfragen, Recherchieren und Abwägen wiedergewonnen werden – oder mensch geht den bequemeren Weg, sich vorgegebenen Meinungen, Ideologien und Sinnstiftungen anzuschließen oder im Trüben der Informationsüberflutung nach vereinfachten Welterklärungen zu fischen, die einem zumindest scheinbar wieder ein Handwerkzeug geben, dass erstens das Böse sichtbar macht und zweitens dabei nicht allzu anstrengend ist für den eigenen Kopf. Um Letztere soll es hier gehen.

Foto: Kai Böhne

Von Jörg Bergstedt ● Sie sind ein Mittel, den Versuch aufzugeben, die eigene Lage, das Umfeld und die gesellschaftlichen Verhältnisse zu durchschauen. Sie sind damit aber auch einer der Gründe, warum politischer Protest ständig ins Leere läuft. Wo die Fähigkeit zur analytischen Kritik des Ist-Zustandes fehlt, mutiert die Gegenwehr zum Kampf gegen Windmühlen oder zerläuft im Gefühl von Ohnmacht gegenüber den bösen Mächten dieser Welt, die alles steuern und in den Händen halten. Was dieses Böse ist, fällt je nach politischer Strömung oder ideologischem Background sehr unterschiedlich aus – es reicht von abstrakten Sphären wie »dem Kapital« oder noch vereinfachter »dem Finanzkapital« bis zu konkreten Bankiersfamilien, die die Welt lenken. Je steiler das Welterklärungsmodell auf eine einzige Ursache eingeengt wird, desto kruder fallen in der Regel die Erzählungen über das Böse in der Welt aus. KritikerInnen solcher vereinfachter Erklärungen werfen deren UrheberInnen mal »verkürzte Kapitalismuskritik« oder Antiamerikanismus vor. Für die am stärksten auf einzelne Ursachen oder VerursacherInnen zugespitzten Theorien wird in der Regel der Begriff »Verschwörungstheorien« gebraucht. Gemeint ist damit, dass hier kleine Kreise bewusst das Böse organisieren, die Welt unterwerfen und nach – in den Theorien oft gar nicht genannten – Kriterien sortieren.

Mit einer Reihe von Texten in dieser und den folgenden CONTRASTE-Ausgaben soll ein Blick in die Logiken vereinfachter Welterklärungen gerichtet werden. Sie enthält weder eine vollständige Liste der vielen Einzelfälle und Erzählungen noch der verschiedenen Welterklärungen, die mit Vereinfachungen arbeiten. Die sogenannten Verschwörungstheorien stehen als Beispiel für mehr im Mittelpunkt. Diese Auswahl ist willkürlich. Mehr oder weniger grobe Vereinfachungen in politischer Debatte und Kritik sind weit verbreitet und erfassen mitunter die ganze Gesellschaft, z.B. durch die Konstruktion sogenannter Rassen oder Geschlechter, die Ableitung sozialer Organisierung aus dem Tierreich (Herde, Schwarm), durch Religion und andere Heilslehren. Jede von ihnen stellt einen Großangriff auf menschliches Denkvermögen dar. Viele von ihnen sind viel stärker verbreitet als Verschwörungstheorien. Wer zu diesen VereinfacherInnen des Weltgeschehens auf Distanz geht, sollte Religionen, Esoterik, staatlich dominierte Diskurse usw. nicht vergessen.

Anlass für diesen Text war die häufige Begegnung mit vereinfachten Welterklärungen im Rahmen meiner Recherchen zu den Seilschaften der deutschen Agrogentechnik (siehe www.biotechseilschaften.de.vu). Obwohl in meinen Büchern und Vorträgen eine deutliche Absage an die Behauptung zentraler StrippenzieherInnen oder hierarchischer Steuerungen zwischen den verschiedenen AkteurInnen zu finden ist, wurden die Videomitschnitte häufig auf verschwörungstheoretischen Seiten verlinkt, zudem häuften sich entsprechende Diskussionsbeiträge auf Veranstaltungen. Da ich ein Freund politischer Aktion im Alltag bin, habe ich folglich diese Erfahrungen genutzt, um auch hier wirken zu können. Das Ergebnis: Mehrere Monate Lesen und Recherchieren auch hinter den Kulissen, die Broschüre »Den Kopf entlasten« und Hunderte von Debatten im Anschluss an Veranstaltungen oder inzwischen auch als Workshop zum Thema. Dieser Text ist eine für »CONTRASTE« überarbeitete Version, die ausführlicher und mit mehr Zitaten, Quellen usw. unter www.kopfentlastung.de.vu zu finden ist.

Die Hochkonjunktur der Vereinfachungen

Als Verschwörungstheorie bezeichnet man im weitesten Sinne jeden Versuch, ein Ereignis, einen Zustand oder eine Entwicklung durch eine Verschwörung zu erklären, also als zielgerichtetes, konspiratives Wirken von Personen zu einem illegalen oder illegitimen Zweck. Sie bietet damit einfache Erklärungsmodelle für die als unbefriedigend empfundene Lage. Wer immer die Entwicklung der Welt nicht mag, wer Ungerechtigkeiten spürt oder selbst in einer bedrückenden Lage ist, kann mit Verschwörungstheorien zwar keine Verbesserung erreichen, aber wenigstens die Schuldfrage klären, ohne allzu viel Denkkraft zu investieren. Denn Herrschaft ist meist komplex. Es wäre anstrengend, die verschiedenen Mechanismen, Konkurrenzen und Elitestrukturen auch nur annähernd zu erfassen, um zu begreifen, warum was und wie geschieht. Denn es fehlt ein klar lokalisierbares Zentrum der Welt – ebenso ein alles prägender Mechanismus. Daraus folgt nicht, dass alle Menschen gleichberechtigt sind, sondern die Menschen haben je nach Stellung, Beziehungen, Fähigkeiten und Mitteln unterschiedliche Gestaltungsmacht in dieser Gesellschaft.

Aber niemand, auch keine Institution oder Gruppe, hat den Steuerknüppel exklusiv in der Hand. Es gibt sie einfach nicht, die oft gesuchten und mitunter vermeintlich gefundenen StrippenzieherInnen der Welt. Das ist doof für alle, die schnell und einfach die Welt erklären wollen. Darum haben Verschwörungstheorien Hochkonjunktur: Wie schön entlastet es doch den Kopf, wenn mensch sich einreden kann, irgendwo säßen die Bösen, die alles lenken – oder es existiere ein diffuser großer Keilriemen, der die Welt antreibt. Doch solche Sparsamkeit im Denken ist nicht nur gefährlich, weil auf diesen Bildern auch alle bisherigen Vernichtungsphantasien (historisch vor allem gegen »die Juden«, heute oft gegen »den Islam« oder »die USA«) basieren. Sie sind zudem eher für die nützlich, denen sie eigentlich entgegentreten sollen: Den Funktionseliten moderner Herrschaftssysteme, die ungestört in den intransparenten und zentrumslosen Sphären gesellschaftlicher Gestaltungsmacht agieren, während viele unzufriedene Menschen sich mit Chemtrails (**1**), Zinseszins- und Finanzkapitalhetze oder an ausgewählten Bankiersfamilien dieser Welt abarbeiten ...

Was braucht es für eine überzeugende Verschwörungstheorie?

Zunächst einmal etwas, auf das es sich bezieht. Nur wenige Verschwörungstheorien beeindrucken durch völlig freie Erfindungen oder komplett quellen- bzw. belegfreie Behauptungen, was überhaupt stattfindet. Die meisten orientieren sich jedoch an gesellschaftlichen Debatten, Diskursen, Vorkommnissen oder Erscheinungen. Mitunter fällt die Kritik an den bestehenden Verhältnissen sogar noch einigermaßen analytisch aus. Erst die Bewertungen, Zuordnung zu möglichen Ursachen oder eigene Mutmaßungen über Motive und Ziele wimmeln dann von Projektionen, Verkürzungen, versteckten Interessen bis missionarischem Eifer.

Kernbestandteil sind dann immer Vereinfachungen. Derer kann es mehrere geben – bezogen auf die beobachteten (oder erfundenen) Phänomene, deren Ursachen oder vermeintlich Böses, das dahinter steckt:

• **Einfache Feindbilder:** Viele Verschwörungstheorien sind attraktiv, weil sie einen greifbaren Gegner zu lokalisieren scheinen. Es sind nicht mehr abstrakte Antriebskräfte wie die Verwertungslogik, das Streben nach Profit oder der Selbsterhalt von Macht, sondern konkrete Personen oder Personengruppen, die für das verantwortlich sind, was auf der Welt als schlecht empfunden wird. So kann der Hass auf etwas Konkretes projiziert werden. Klare Feindbilder sind hochgefährlich. Sie ziehen schnell Ausgrenzungs-, Bestrafungs- oder gar Vernichtungsphantasien nach sich – wie es in der Geschichte ja auch immer wieder der Fall war – von Kreuzzügen über Hexenverbrennungen und Holocaust bis zu modernen Hetzkampagnen gegen AusländerInnen oder SozialhilfeempfängerInnen.

• **Schlichte Ursache-Wirkungsketten:** Damit das Welterklärungsmodell gut in die Köpfe geht, darf es nicht zu viele Einflussfaktoren aufweisen. Am besten ist ein einziges Motiv der Mächtigen und Bösen, z.B. Geld, Posten, Rohstoffe, religiöse Mission oder ganz einfach das Erringen der Weltherrschaft. Damit werden dann alle Geschehnisse, mit oder ohne gezielte Umdichtungen, auf diese Ursache gebracht. Es entsteht schließlich der Eindruck, dass hier ein übermächtiges und unkontrollierbares Prinzip oder eine entsprechende Gruppe von Menschen tätig ist. Das löst Angst aus – und Angst ist immer ein Verstärker politischer Verunsicherung.

• Nicht notwendig, aber hilfreich sind **geheimnisvolle FädenzieherInnen**. Das macht die Theorien unangreifbar, weil Kritiken und Nachfragen mit dem Verweis auf die Verschleierung abgewehrt werden können. Zudem weckt Geheimnisvolles Neugier und Angst – als Mischung nützlich, um vereinfachte Theorien dann in die erschrockenen Köpfe zu füllen.

Der Verweis auf nebulöse Quellen oder unnahbare Kreise ist auch aus einem anderen Grund ganz nützlich, denn wer sich selbst nur als Opfer inszeniert, muss keine Gedanken an die eigene Verwicklung in gesellschaftliche Abläufe und damit den eigenen Anteil an der Lage der Dinge verschwenden. Verschwörungstheorien dienen Kultivierung eigener Ohnmacht und entschuldigen Tatenlosigkeit.

• Bleibt als weiteres Kennzeichen vieler Weltvereinfachungen die **stetige Wiederholung**. Eine Personengruppe oder ein Mechanismus können nur dann als dominant gefühlt werden, wenn ihre Wirkung sich überall und wiederholend bestätigt. Ob dass durch eigene Anschauung oder ständige Legenden und Hilfskonstrukte geschieht, ist dabei in der Wirkung ähnlich. Garniert werden muss das (scheinbare) Erleben von gleichen Wirkungsmustern mit der dazugehörigen Legende von Strippenzieherei. Sonst reicht es nicht. Denn selbst wenn mensch z.B. annimmt, dass die »Bilderberger« oder die Bankiersfamilie Rothschild (siehe Beispiele im Teil 2) die Strippen dieser Welt ziehen, wäre das im eigenen Alltag kaum spürbar. Es bedarf daher Wirkungsketten, die – oft über viele Ecken und Kanten – ein Ereignis auf die gewünschte Ursache zurückführt. Bei Personen geht das nach dem einfachen Muster: Der kennt den, der wieder den usw., so dass schon nach einigen Stationen der gewünschte Personenkreis im Spiel zu sein scheint. Dass die moderne Soziologie längst weiß, dass über 5 bis 10 Ecken fast jedeR mit jeder/m verwandt, bekannt oder irgendwie verflochten ist, muss natürlich verschwiegen werden, um das Aha-Erlebnis nicht zu relativieren.

Ähnlich funktioniert es mit abstrakten Wirkmechanismen. Geld, Zins, Rohstoffe, religiöse Muster – irgendwie lässt sich davon immer zumindest ein bisschen überall nachweisen. Daraus abzuleiten, dass es auch die Ursache ist, ist dann der Verschwörungsaspekt in der Welterklärung. Sie überzeugt, weil sie so schön einfach ist, in dem sie immer nur den einen Aspekt erwähnt und ihn zur Hauptursache aufbläst.

Eng verwandt sind vereinfachte Welterklärungen und Verschwörungstheorien mit den im politischen Raum verbreiteten Populismen, denn auch diese arbeiten sehr gezielt damit, kopfgängige und schnell akzeptierte Begründungsmuster mit hohem Empörungspotential zu verbreiten. Komplexe Einflüsse werden ebenso weggelassen wie Zweifel und Gegenbeispiele. Ob es die Hetze ist auf AusländerInnen, die vermeintlich an allem möglichen Schuld sind, oder die faulen Griechen oder das böse Finanzkapital, das die sonst gute Wirtschaft ruiniert – immer dient die Vereinfachung dem billigen Applaus und der nachdenkensfreien Zustimmung. In den nächsten Ausgaben soll das an Beispielen gezeigt werden. Den Abschluss bilden dann Tipps, wie Informationen skeptisch überprüft werden können, um politischen RattenfängerInnen künftig nicht oder zumindest nicht mehr so leicht auf den Leim zu gehen.●

1) Wikipedia: Chemtrails werden entsprechend einer Verschwörungstheorie Kondensstreifen bezeichnet, die neben kondensierten Flugzeugabgasen noch weitere Chemikalien enthalten sollen, die den Abgasen zugesetzt würden.

LEUTKIRCHER BÜRGER-BAHNHOF EG

Mensch denk mal: Kulturdenkmal

Genossenschaft rettet historisches Gebäude

Es gibt Bahnhofsprojekte im Land, die die Bürger entzweien – wie Stuttgart 21. Es gibt aber auch Bahnhofsprojekte, die die Bürger einen – wie in Leutkirch im Allgäu. Dort hat eine Genossenschaft mit mehr als einer Million Euro Bürgerkapital dazu beigetragen, dass das verfallende Empfangsgebäude des Bahnhofs saniert werden konnte.

Von Rudi Schönfeld, Red. Genossenschaften ● Visionäre werden gerne als Spinner verunglimpft oder als Fantasten belächelt. Christian Skrodzki kann ein Lied davon singen. Über viele Jahre hinweg ging der 45-jährige Unternehmer mit seiner Idee von einem »Bahnhof in Bürgerhand« hausieren. Im Leutkircher Gemeinderat, dem er selbst eine Zeit lang angehörte, stießen seine Argumente jedoch auf taube Ohren; das Konzept verschwand schnell in der Schublade. Und dort läge es vermutlich heute noch, hätte Skrodzki nicht hartnäckige Mitstreiter gefunden, die seine Idee unterstützten.

Virus des Mitredens

Dass Bürger sich einsetzen für etwas, das ihnen erhaltenswert erscheint, oder gegen eine Sache sind, von der sie meinen, dass sie nicht dem Gemeinwohl entspreche, das haben auch die Leutkircher erst üben müssen. Bürgerschaftliches Engagement ist in der 22.000 Einwohner zählenden Stadt in jüngerer Zeit

Der Bürgerbahnhof wurde mit eigenen, dafür angestellten Mitarbeitern ausgebaut

erstmals erkennbar geworden, als es um die Ansiedlung eines Großsägewerks auf dem Areal eines ehemaligen Munitionsdepots der Bundeswehr ging. Der Sägekonzern Klenk aus Oberrot im Kreis Schwäbisch Hall stellte zwar an die 300 neue Arbeitsplätze in Aussicht, trotzdem bildete sich eine Bürgerinitiative. Sie zog vor allem wegen der zu erwartenden Verkehrszunahme durch Schwerlastfahrzeuge gegen das Projekt zu Felde und setzte den ersten Bürgerentscheid in der Geschichte der Stadt durch. Der ging für die Gegner zwar verloren, doch die Bürgerschaft war vom Virus des Mitredens und Mitentscheidens infiziert: Bei der Kommunalwahl 2009 zogen gleich fünf Mitglieder der Bürgerinitiative in den Gemeinderat ein.

Anzeige

Genossenschaft gründen?

www.genossenschaftsgruendung.de

Telefon 040 - 23 51 97 90

Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.

Das im Kommunalwahlergebnis dokumentierte neue bürgerschaftliche Selbstbewusstsein wurde – wie es sich in der Rückschau darstellt – zusätzlich befördert durch den Einzug eines überaus kommunikationsfreudigen Oberbürgermeisters ins Leutkircher Rathaus. Hans-Jörg Henle hat in seiner jetzt dreieinhalbjährigen Amtszeit bewiesen, dass es ihm ernst ist mit der Bürgerbeteiligung. Als der Sägereikonzern Klenk sein Leutkircher Werk ganz auf Eis legte, wusste die Deutsche Bahn schon lange nichts mehr anzufangen. Die Gastwirtschaft im Erdgeschoss hatte schon in den 1960er-Jahren geschlossen. Dann wurde die Güterabfertigung abgezogen und der Fahrkartenverkauf nach und nach auf Automaten umgestellt. 50 Jahre lang hatte die Bahn in das Gebäude nichts mehr investiert. Doch auch die Stadt, die den 1889 erbauten Bahnhof 1998 schließlich kaufte, tat sich schwer mit einer neuen Nutzung. Der vom Gemeinderat erwogene Plan, aus dem inzwischen denkmalgeschützten Bahnhof eine Stadthalle zu machen, scheiterte an den hohen Kosten von über fünf Millionen Euro. Die Folge: Das historische Gemäuer verfiel in den Dornröschenschlaf und verrottete mehr und mehr.

Leutkircher »Mutbürger«

Skrodzki und seine Mitstreiter fanden im Gemeinderat aber erst Gehör, als sie mit einem detailliert durchgerechneten Vorschlag aufwarteten: Der Bahnhof sollte mit Zuschüssen von Stadt, Land und Denkmalpflege sowie den Einlagen einer Bürgergenossenschaft gerettet und von dieser in Eigenregie erneuert werden. Von den zweieinhalb Millionen Euro errechneter Baukosten sollte die Genossenschaft eine Million Euro aufbringen. »Uns war klar«, sagt Skrodzki, »dass dies keine Privatveranstaltung weniger Bürger sein darf.« Die Genossenschaft schien ihm deshalb die beste Möglichkeit der Bürgerbeteiligung, »weil da alle die gleichen Mitspracherechte haben. Keiner wird vom anderen über die Zahl seiner Anteile dominiert.«

Während im Streit um Stuttgart 21 der Begriff des »Wutbürgers« die Runde machte, der sich gegen Fremdbestimmung wehrt, prägte in der fernen Provinz der Bürger Christian Skrodzki den Begriff des »Mutbürgers«, den der Wille zur Selbstbestimmung zauberte Henle ein neues Projekt aus dem Hut und präsentierte es der staunenden Öffentlichkeit in einer Bürgerversammlung: einen Ferienpark samt Badelandschaft auf dem 180 Hektar großen Gelände des Munitionsdepots. Der holländische Ferienkonzern Center Parcs versprach 800 neue Arbeitsplätze und Investitionen in der Größenordnung von 280 bis 300 Millionen Euro. In einem neuen Bürgerentscheid wurde die Ansiedlung von 95 Prozent der Abstimmenden gutgeheißen.

Denkmalgeschützter Bahnhof

Die Aufbruchstimmung nutzte der neue Oberbürgermeister sogleich auch für ein Modellprojekt des Bundes, das mittelfristig aus Leutkirch eine energieautarke Kommune machen soll. Das Interesse für die Teilnahme an den Workshops, in denen die Leitlinien zur künftigen unabhängigen Energieversorgung entwickelt werden sollten, war so groß, dass die zur Verfügung stehenden Plätze ausgelost werden mussten. Und reichlich Bürgerkapital fließt derzeit im Rahmen des Nachhaltigkeitsprojekts auch einer Energiegenossenschaft zu, die sich an einem um die Jahreswende in Betrieb genommenen Solarpark beteiligt.

Dieses Potenzial an bürgerschaftlichem Engagement hat letztlich auch der Initiativgruppe um den Visionär Christian Skrodzki genutzt. Denn mit dem Bahnhof aus wilhelminischer Zeit mit seinen drei typischen Spitzgiebeln und der gelben Schindelfassade

Der Biergarten findet genauso Anklang wie das »Informationszentrum Nachhaltige Stadt« im Dachgeschoss

antreibt. Binnen weniger Monate hatte die Genossenschaft die angepeilte Million Euro auf ihrem Konto. »Es ging den Leuten nicht um die in Aussicht gestellte Kapitalverzinsung von zwei bis drei Prozent«, weiß Skrodzki heute. »Die Menschen wollten dabei sein und zeigen, dass sie als Genossen etwas auf die Beine stellen können, was die öffentliche Hand nicht zuwege bringt.« Der Run auf die Anteilsscheine war so groß, dass die Genossenschaft weitere Anteile ausgeben musste und schließlich von 650 Genossen 1,11 Millionen Euro Kapital einsammeln konnte.

Leuchtturm für Engagement

Eine immer noch vorhandene Warteliste von beträchtlicher Länge ist für Skrodzki der schlagende Beweis dafür, dass die Leutkircher den Bahnhof als ihren Bahnhof angenommen haben. Das Vertrauen sei auch deshalb da, weil die Genossenschaft auf absolute Transparenz bedacht sei, selbst als Arbeitgeber auftrete und so die Kosten im Griff behalte. Rund 30 Handwerksfirmen hat die Genossenschaft in den 16 Monaten Bauzeit dirigiert und 17 eigene Angestellte beschäftigt, die meisten davon Arbeitslose, von denen einige nach Skrodzkis Angaben inzwischen eine Festanstellung bekommen haben.

Lob für das Leutkircher Genossenschaftsmodell kommt heute von vielen Seiten. Ministerpräsident Winfried Kretschmann hat das Projekt in einem Grußwort zur kürzlich gefeierten Einweihung als »Leuchtturm für bürgerschaftliches Engagement« bezeichnet, der Leutkircher Oberbürgermeister hob das Unternehmen gar auf die »höchste Stufe der Bürgerbeteiligung«, und die Denkmalstiftung Baden-Württemberg hat den Bahnhof zum »Denkmal des Monats April 2012« gekürt.

Bundesweite Nachahmung

Kretschmann hatte in seinem Grußwort auch den Wunsch geäußert, dass das Leutkircher Beispiel Nachahmer finden möge, im Land und sogar deutschlandweit. Und so geschieht es offenkundig: In Sulzfeld im Kreis Karlsruhe restaurieren Bürger ebenfalls nach dem Genossenschaftsmodell zurzeit ihren Bahnhof, in Wedel (Kreis Pinneberg) will eine Genossenschaft die historische Bibliothek retten, und in Murnau am Staffelsee (Kreis Garmisch-Partenkirchen) soll der Bahnhof nach Leutkircher Muster saniert werden.

Vor und während der Bauphase hat es freilich auch höchst kritische Stimmen gegeben, die dem Unternehmen die baldige Pleite prophezeiten. Die Frage nämlich, was sich aus dem »alten Kasten« an sinnvoller oder mindestens wirtschaftlicher Nutzung machen ließe, wurde heiß diskutiert. Immerhin ging es nicht nur um die denkmalgerechte Sanierung, sondern auch um die Vermarktung von 1.600 Quadratmeter Nutzfläche. Tatsächlich taten sich die Genossen anfänglich schwer mit der Vermietung. Inzwischen sind sie guten Mutes, dass der Bahnhof auf Dauer schwarze Zahlen schreiben und die Stadtkasse nicht belasten werde. Im Gegenteil, rechnet der Aufsichtsratsvorsitzende der Genossenschaft, Jörg Kuon, vor: 10.000 Euro im Jahr fließen der Stadt als Erbpacht zu. Außerdem seien mittelfristig 100.000 Euro an Mieten pro Jahr gesichert. Im Erdgeschoss, wo es früher eine Bahnhofsrestauration zweiter und dritter Klasse gegeben hat, ist eine Wirtshausbrauerei eingezogen. Das Obergeschoss teilen sich sieben Medien- und Designfirmen.

Treffpunkt für Kommunikation

Unterm Dach gibt es künftig ein »Informationszentrum nachhaltige Stadt«: 14 Unternehmen werden dort ihre Ideen und Angebote zum Thema Energiewende präsentieren. Die Potenziale der Zivilgesellschaft sind an dem Projekt sichtbar geworden. Und die Leutkircher haben erfahren, dass Verantwortung fürs Gemeinwesen zu übernehmen auch Befriedigung verschafft. An der Stelle, wo man abfährt in die große, weite Welt und wo man zurückkehrt in die heimatlichen Gefilde, haben engagierte Bürger sich einen neuen Treffpunkt geschenkt.●

BUCHBESPRECHUNG

Genossenschaften als Chancen für Kommunen

Von Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Sowohl die Errichtung als auch der Betrieb und die Erhaltung von Infrastruktur-Einrichtungen stellen Gemeinden in vielen Fällen vor unlösbare finanzielle Schwierigkeiten. Seit etwa Anfang der 1990er-Jahre wurde deshalb ein deutlicher Schub hin zu stärker kostenoptimierter Leistungserbringung spürbar. Die Veröffentlichung von Roland Thomas Nöbauer – Grundlage ist eine Examensarbeit – widmet sich den Rahmenbedingungen für das Wirtschaften von Genossenschaften. Im Mittelpunkt stehen Wassergenossenschaften nach dem Wasserrechtsgesetz und dem Genossenschaftsgesetz in Österreich. Erstere sind haftende Wirtschaftsvereine mit einer unkomplizierten Rechtsgrundlage. Nöbauer benennt seitens der Genossenschaften Optimierungsmöglichkeiten. Grundlage dafür sind Analysen einzelner Genossenschaften und Wassergenossenschaften sowie Daten aus einer österreichweiten Eigenbild- und Fremdbilderhebungen. Die Untersuchung und die Ausführungen gehen nicht allzu sehr in die Tiefe. Der Examensarbeitscharakter kommt immer wieder zum Vorschein.

Den Schlussfolgerungen kann dennoch uneingeschränkt zugestimmt werden: Gerade in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten für Kommunen können Genossenschaften und Wassergenossenschaften diese bei der Bewältigung teils hoheitlicher Aufgaben unterstützen und stärken. Bürger werden damit Eigentümer und Betreiber gemeinsamer Infrastruktur – in vielen Fällen wohl effektiver als staatliche Einrichtungen.●

Roland Thomas Nöbauer: Genossenschaften als Chancen für Kommunen: Potentialanalyse genossenschaftlicher Infrastrukturbetriebe, Verlag: Diplomica Verlag, Hamburg 2012, 82 S., Abb.: 65, Preis: 38 EUR

Eine kleine Wirtschaftsgeschichte der DDR

Der 1940 geborene Jörg Roesler legt mit diesem, in der Reihe »Basiswissen« von *papyrossa* erschienenen Buch einen Überblick über die Wirtschaftsgeschichte der DDR vor. Jene, so Roesler, existierte immerhin von 1945 bis 1990, also länger als Weimarer Republik und Nationalsozialismus zusammen. Der vielen Literatur zur DDR noch ein weiteres Werk hinzuzufügen, hält Roesler für angebracht, denn was die DDR einzigartig mache, sei, dass erstmals versucht wurde, den ausgetretenen Pfad kapitalistischen Wirtschaftens zu verlassen, um zu einer neuen, gerechteren Gesellschaft zu gelangen, die als Sozialismus bezeichnet wurde.

Der Autor, der unter anderem der Historischen Kommission der LINKEN angehört, geht chronologisch vor, versucht »unvoreingenommen« zu schreiben und zu argumentieren. Er erzählt in 17 Kapiteln vor allem wirtschaftliche Sachverhalte, andere aus Kultur, Politik oder Ökologie werden als aus der Ökonomie abgeleitet definiert. Insofern ist der Titel des Buches etwas irreführend. In den letzten drei Kapiteln macht er dann seine persönlichen Auffassungen zur DDR deutlicher.

Roesler erzählt die Geschichte anhand des Narrativ des Konflikts von Reformern und Konservativen. Diese bilden in den Apparaten der DDR jeweils eigene Strömungen aus, die sich bekämpfen. Die Reformer versuchen mehr lokale Autonomie und Wettbewerb einzuführen, um dadurch zu mehr Planungswahrheit und Effektivität zu kommen. Waren in bestimmten Phasen, immer auch mit determiniert durch globale Prozesse im befreundeten Ausland oder im Westen, die einen im Vorteil, waren es in anderen Phasen die anderen. Das Problem der SED war, dass sie sich für die Ökonomie zuständig erklärte. Als Folge wurden ihr von den Einwohnern die ökonomischen Probleme, die nicht in den Griff zu bekommen waren (der berühmte 1 MB-Chip!) zur Last gelegt: Die DDR hinkte im Vergleich zum Weltmarkt immer weiter hinterher, die Arbeitsproduktivität war meist nur halb so hoch wie in der BRD. Zweitens verstießen viele Maßnahmen, etwa zur Behebung des Devisenmangels, gegen das grade von der SED erhobene fundamentale Credo der innergesellschaftlichen Gleichheit. Die von Honecker, auf dem Höhepunkt der DDR anfangs der 1970er Jahre, propagierte Erhöhung der Subventionen für den privaten Konsum – bei gleichzeitiger Integration der DDR in den Weltmarkt – führte zu einer steigenden Verschuldung, die später wiederum nur einer der Gründe für das Ende der DDR werden sollte.

Es macht wenig Sinn, die Geschichte der DDR von ihrem Ausgang her zu erzählen, denn dieser war den Handelnden ja seinerzeit nicht bekannt, schreibt Roesler. Das ist richtig. Erklärt werden muss aber schon, wie ein unter sozialistischen Vorzeichen angetretenes Regime kulturell so konservativ, wenn nicht altersstarrsinnig und zweitens ökonomisch so wenig erfolgreich werden konnte. Diese Frage, beziehungsweise die Antwort darauf, hat Auswirkungen auf eine sozialistische Utopiediskussion heute. Schon allein deswegen ist die Beschäftigung mit der Geschichte und Geschichtsschreibung der DDR wichtig. Roesler hat dazu einen Beitrag geleistet, wenn auch nicht ganz klar wird, wer eigentlich die Zielgruppe für einen solchen Band sein soll.●

Bernd Hüttner

Jörg Roesler: Geschichte der DDR. papyrossa Verlag, Köln 2012, 130 Seiten, 9,90 EUR

Engagierter Lokaljournalist

Wolfgang Bittner erzählt in diesem Roman die Rückkehr eines Journalisten nach 25 Jahren in seine norddeutsche Heimatstadt nahe der Küste. Der Protagonist Martin Heller, geschieden, zwei erwachsene Kinder, hat die Stelle als Chefredakteur bei der Tageszeitung der Stadt bekommen. Er trifft auf seiner Anreise zufällig einen ehemaligen ihm unsympathischen Studienkameraden wieder, beide hatten an derselben Uni den Doktor gemacht. Dieser Kommilitone erhielt danach eine Berufung zum Professor, als Heller sich damals für den Lehrkörper bewarb, wurde er wegen seines linkspolitischen Engagements abgelehnt.

Zwar hat sich in der Heimatstadt einiges verändert, aber seine alten Freunde mit ihren Familien sind noch da, was Heller seine Rückkehr erleichtert. Bald holt ihn aber ein gewisser Kleinstadtmief mit rechtsnationalem Gedankengut etlicher Bürger ein. Er ist froh, eine neue Wohnung und eine neue Beziehung zu der Psychologin Agnes gefunden zu haben. Sie hilft ihm, die Verhaltensweisen und Beziehungen der Neonazis im Ort zu »sortieren«. Zum Beispiel, dass es eine Wehrsportgruppe gibt, die sich sehr »rührig« um junge Leute in sportlichen und Jugendgruppenbereichen bemüht.

Heller erkennt schnell, dass beim Herausgeber und Eigner der Zeitung Vorsicht geboten ist. Wie zu erwarten war, kennen sich alle Honoratioren der Stadt gut, sie haben ihre eigenen Vorstellungen von Recht und Ordnung und setzen diese auch durch. Ganz zu schweigen von finanziellen Vorteilssicherungen, die sich durch den ausgeprägten Filz aus Beziehungen, Abhängigkeiten und Korruption innerhalb dieser Clique ergeben.

Nicht nur der Protagonist erlebt böse Überraschungen in Form von verschiedenen Übergriffen seitens der rechten Szene, was von der örtlichen Polizei natürlich ganz anders gesehen und eingeordnet wird. Darüber berichtet dank Heller auch die Tageszeitung, was natürlich weiteren Ärger produziert! Unterstützung erhält der Chefredakteur von seinen alten Freunden, von Leuten, die der Friedensbewegung angehören und von der Gewerkschaft. Weiteren Zuspruch bekommt er von anderen wachen Bürgern der Stadt, die ein Stadtmagazin herausgeben.

Nachdem Heller verschiedene Sicherheitsorgane um Hilfe gebeten hat, eskaliert die Situation in der Stadt. Schlecht für den Job als Chefredakteur – aber es gibt ja noch das Stadtmagazin und endlich auch eine Honorarprofessur in der nahegelegen Universitätsstadt.

Von wegen »in der Provinz ist nichts los«! Wie blind überall die verschiedenen Institutionen der Kommunal-, Landes- und Bundespolitik und ihre Sicherheitsorgane sind, das beschreibt der Autor in diesem spannenden Roman. Er bestätigt den »ganz normalen Wahnsinn«, den wir seit einiger Zeit allein durch die täglichen Nachrichten der verschiedenen Massenmedien erleben. Es wundert einen schon gar nichts mehr, es bleibt nur die Hoffnung, dass die verschiedenen rechtsradikalen Umtriebe endlich konsequent gestoppt werden.

Man wünscht sich, dass dies Buch in die Hände von Jugendlichen gerät, beispielsweise im Schulunterricht. Einige kleine »Analysen«, die in Gesprächen von Hellers Mitstreitern besprochen werden, belegen und beleuchten viele wichtige Hintergründe. Es bleibt der Appell: wachsam sein und mitmachen, bei Initiativen wie »Bunt statt Braun«.●

Jochen Wiegand

Wolfgang Bittner: Hellers allmähliche Heimkehr. Roman, VAT Verlag André Thiele, Mainz 2012, 241 Seiten, 19,90 EUR

Berliner anarchistisches Jahrbuch 2011

Als ich das Editorial des diesjährigen Berliner anarchistischen Jahrbuchs gelesen hatte, wunderte ich mich etwas über die doch recht euphorische Sichtweise der Redaktion. Selbstüberschätzung? Nicht unbedingt. Seit Monaten sind auch die bürgerlichen Zeitungen von Süddeutscher Zeitung oder FAZ bis zum Neuen Deutschland auf einmal mit den unterschiedlichsten libertären Themen bestückt: »Der unsichtbare Aufstand«, Stirner, Graeber, Occupy usw. Was ist da bloß los? Das Interesse an »horizontalen Hierarchien«, mehr Transparenz in Politik und Ökonomie ist spürbar auch im bürgerlichen Lager vermehrt angekommen (siehe auch »Stuttgart 21«). Alles Themen, die in den Diskussionen unter AnarchistInnen längst zur Tagesordnung gehören, bzw. ihnen inhärent sind.

Und so, wie die libertären Gedanken von einer hierarchielosen Gesellschaft bereits in den 1970er Jahren in die Bewegung der Bürgerinitiativen und Stadtteilgruppen getragen worden sind, begleiten heute wieder anarchistische Prinzipien die unterschiedlichsten Protestbewegungen, ohne explizit von der anarchistischen Bewegung initiiert worden zu sein. Die anarchistische Idee als Selbstläufer, als Grundbedürfnis.

Das Jahrbuch hat wieder die übliche Mischung unterschiedlichster Beiträge von Einzelpersonen und Gruppen. Die Themen und die Präsentation der Beiträge geht von Gedichten über historische Betrachtungen bis zu den aktuellen Themen: Wahlen, Autorität, der Papst, Mieterhöhungen, Demonstrationen in Athen, Kommunismus bis zum Verhältnis von Marx und Bakunin. Eine Übersicht der letztjährigen Veranstaltungen, anarchistische Publikationen der Berliner Verlage, Gruppenporträts usw.

Auf den ersten Blick hat das Ganze was von einem Rechenschaftsbericht, und, selbst wenn man dies negativ sehen mag, es ist nicht das Schlechteste. Eine Dokumentation von strömungsübergreifenden Aktivitäten, die Anregungen geben können, die eine Arbeits- und Diskussionsgrundlage bieten, die weit über die Berliner Stadtgrenze hinausgehen können. Für InteressentInnen an der Bewegung eine nützliche Broschüre und für die anarchistische Idee eine gute Empfehlung.●

Jochen Knoblauch

Anarchistische Föderation Berlin (Hg.): Dokument A – Berliner anarchistisches Jahrbuch 2011, Ausgabe Nr. 5, Verlag Edition AV Lich/Hessen 2012, Format: Din-A-4, 71 Seiten, 5 EUR

Moderne Piraterie

»Die Piraterie vor Somalia ist eine vorübergehende und prekäre Form von Arbeit.« Diese These vertritt Ralph Klein in seinem neuen Buch, das im Juni bei »Assoziation A« erschienen ist. Klein ist Historiker, die Ankündigung des Verlages weist ihn als »Piratologen« aus. Wer jetzt eine wissenschaftliche Abhandlung zum Thema erwartet, wird jedoch enttäuscht. Der Autor selbst bezeichnet sein Werk als »Essay«, einen Versuch, sich dem Thema anzunähern. »Die unbotmäßigen piratischen Subjekte greifen zum Mittel der Piraterie, weil sie durch eine zerstörerische postkoloniale Politik ihrer Subsistenzmittel beraubt wurden.« Dieser Satz mag, zumindest in engagierten »linken« Kreisen, wie ein Gemeinplatz klingen. Klein nimmt sich dennoch die Zeit, auf die Geschichte der Region, auf die traditionellen Strukturen und deren Veränderung im Verlauf des 19. und vor allem des 20. Jahrhunderts einzugehen.

Im Mittelpunkt des Buches steht dann die Beschreibung des piratischen Alltags. Klein nimmt dabei die Perspektive der Piraten ein. Zuweilen verfällt er in einen laxen, leicht ironischen Erzählton, spricht immer wieder in seemännischen (»piratischen«) Metaphern und gerät dabei gelegentlich an die Grenze zur Verniedlichung. Andererseits tritt er entschlossen der Mainstream-Berichterstattung entgegen, die eine Gleichsetzung zwischen Piraterie und Organisierter Kriminalität, Terrorismus oder gar Islamismus suggerieren will. Die Bemühungen der kapitalistischen Staaten, das Phänomen mit einer »globalen Kriegsmarine« zu bekämpfen, sieht er als Versuch an, sich Vorteile im »neoimperialistischen Kampf« um knapper werdende Ressourcen zu verschaffen. Die Piraten seien dabei nur ein Anlass und nicht der wahre Grund.

Am Ende geht Klein der Frage nach, ob die Piraten von Somalia als »Sozialbanditen« im Sinne der Thesen Hobsbawms anzusehen sind. Zu einer klaren Antwort kommt er nicht. Er siedelt sie an zwischen sozialem Banditentum, »Arbeitskampf« um ein angemessenes Einkommen (auch und gerade für den Sozialverband), und dem individuellen Wunsch nach dem Wohlstand der westlichen Mittelschicht.

Der Umfang des Buches reicht nicht annähernd aus, um das Thema erschöpfend zu behandeln. Um im Bild zu bleiben: manchmal kreuzen wir nur vor der Küste, ohne so recht irgendwo anzulegen.●

Hans Weber

Ralph Klein: Moderne Piraterie – Die Piraten vor Somalia und ihre frühen afrikanischen Brüder. Assoziation A, Berlin/Hamburg 2012, 132 S., 12 EUR

Kalender 2013 Wegbereiterinnen XI

Der Kalender Wegbereiterinnen erscheint nun schon im 11. Jahr und kann ab sofort bestellt werden. Das beliebte Sammelobjekt ist nicht mehr wegzudenken aus Büros, Werkstätten, Küchen und Wohnzimmern. Der Wandkalender im Format DIN A3 (297x420 mm) präsentiert auch in diesem Jahr zwölf aktive Frauen aus der Geschichte. Viele historisch arbeitende Frauen und Männer verfassen die fesselnden Portraits der zu Unrecht vergessenen Wegbereiterinnen. Auch im Kalender 2013 sind Frauen versammelt, die sich in Politik, Gewerkschaften, Kultur, Kunst, Musik, im Widerstand für die Rechte der Frauen, für eine friedliche Welt und für das »gute Leben« eingesetzt haben. Ein schönes Geschenk – für sich selbst und viele andere.

Die im Kalender Wegbereiterinnen XI vorgestellten Frauen sind:
Nina Bang (1866-1928) – Erste dänische Ministerin; Johanna Elberskirchen (1864-1943) – Vorkämpferin für Homosexuellenrechte; Olympe de Gouges (1748-1793) – Kämpferin für die Rechte der Frauen; Constanze Hallgarten (1881-1969) – Pazifistin, Feministin, Hitlergegnerin; Ingeborg Hunzinger (1915-2009) – Politische Bildhauerin; Constance Lytton (1869-1923) – Militant aus Überzeugung; Lu Märten (1879-1970) – Kulturtheoretikerin, Feministin, Schriftstellerin; Louise Nordmann (1829-1911) – Die Berliner Harfenjule; Marie-Luise Plener-Huber (1909-1996) – Rebellin in der Résistance; Jeannette Schwerin (1852-1899) – Pionierin der Sozialarbeit; Marianne Weber (1870-1954) – Vordenkerin der Gleichstellung im Familienrecht; Urszula Wińska (1902-2003) – Illegale Lehrerin im KZ Ravensbrück.●

dp

Gisela Notz (Hrg.): Kalender 2013 »Wegbereiterinnen XI«. AG SPAK Bücher, DIN A3, 13.50 EUR plus Versand 4.90 EUR (wegen Sonderformat)
www.agspakbuecher.de

Leitfaden zum Arbeitslosengeld II

Für Hartz IV-BezieherInnen hat sich durch Rechtssprechung und neue gesetzliche Regelungen viel verändert. Die in der Fachhochschule Frankfurt am Main erschienene Neuauflage des »Leitfadens zum Arbeitslosengeld II« ermöglicht einen schnellen Einstieg und gibt praxisnahe Antworten auf Fragen bei der Antragstellung und während des Leistungsbezuges von Arbeitslosengeld II. Der Leitfaden bringt die Veränderungen auf den Stand vom 1.7.2012.

Stark überarbeitet wurden die Kapitel:

• »Anrechnung von Einkommen«. Ergänzt wurde dieses Kapitel um die Frage, wie der Zufluss durch Erbschaft, Testament oder Vermächtnis und wie Mutterschaftsleistungen und Elterngeld anzurechnen sind;

• »Leistungen zur Eingliederung, insbesondere die aus dem SGB III übernehmbaren Leistungen« und »Arbeitsgelegenheiten/Förderung von Arbeitsverhältnissen/»Bürgerarbeit«. Hier erforderte das ab 1.4.2012 in Kraft getretene »Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt« grundlegende Überarbeitungen;

• »Krankenversicherung«. In diesem Kapitel wurden noch differenzierter der Krankenversicherungsschutz, das Krankengeld und die Arbeitsunfähigkeit behandelt.●

dp

Arbeitslosenprojekt TuWas (Hg.): Leitfaden zum Arbeitslosengeld II. Der Rechtsratgeber zum SGB II. Band 4, 9. Auflage, 832 Seiten, 2012. 17 EUR
Der Leitfaden ist zu beziehen über: Fachhochschulverlag, Kleiststr. 10, Gebäude 1, 60318 Frankfurt
E-Mail: bestellung@fhverlag.de
www.fhverlag.de

Gender, Green Economy und Finanzmärkte

Warum nachhaltiges, geschlechter_gerechtes Wirtschaften eine andere Gestaltung der Finanzmärkte braucht beleuchtet das dritte Hintergrundpapier zu Green Economy gender_gerecht. Gülay Çaglar, Daniela Gottschlich, Friederike Habermann kritisieren darin, dass in den Konzepten zur Green Economy die Krisen des neo-liberalen Finanzmarktkapitalismus und ihre Auswirkungen auf die unmittelbaren Lebenszusammenhänge kaum in den Blick genommen werden. Diese Blindheit ist jedoch kein Zufall, sondern Teil eines problematischen Verständnisses von Ökonomie, die alle nicht-marktvermittelten Tätigkeiten systematisch ausblendet.

Ansätze, die zu einer geschlechter_gerechten nachhaltigen Wirtschaftsweise beitragen wollen, müssen daher nicht nur das Ganze der Arbeit und die Zusammenhänge zwischen Markt- und Sorgeökonomie neu denken und gestalten, sondern auch Finanzmärkte in den Dienst von sozial-ökologischer Transformation stellen. Ziel des Hintergrundpapieres ist es, sich mit der kritischen Rolle von Finanzmärkten in einer Green Economy auseinandersetzen und alternative Perspektiven für den sozialökologischen und geschlechter_gerechten Umbau des Finanzmarktkapitalismus zu entwickeln.●

Aus: buko-news 2.10.2012

Der Text ist hier als PDF verfügbar:
www.genanet.de/fileadmin/downloads/Green_Economy/Hintergrundpapier_Finanzmaerkte.pdf

Weitere Infos zum Projekt genanet:
www.genanet.de/home.html

Wer anderen einen Brunnen gräbt

Jährlich nehmen Tausende junge Menschen aus Deutschland an einem internationalen Freiwilligendienst teil. Zahlreiche engagieren sich auch in Vereinen und Projekten für eine Zusammenarbeit zwischen Globalem Süden und Norden. Viele sind aber verunsichert über ihre eigene Position in dem von Machtverhältnissen durchzogenen Feld der Nord-Süd-Beziehungen.

Die Broschüre »Wer andern einen Brunnen gräbt ...« ist von jungen Leute für junge Leute gemacht, die von Themen wie Empowerment, Rassismus, Entwicklungszusammenarbeit und Internationale Freiwilligendienste bewegt werden und ein Interesse haben, sich damit kritisch auseinanderzusetzen. Ein zehnköpfiges Redaktionsteam – People of Color und Weiße – hat sich dem Thema Rassismuskritik im Globalen Kontext angenommen und versucht, eine Orientierungshilfe anzubieten. Wie werden Vorstellungen von Weißer Überlegenheit hergestellt? Wie können People of Color und Weiße Menschen Rassismus entgegentreten? Was sollte bei Freiwilligendiensten aus rassismuskritischer Perspektive bedacht und verändert werden? Zu diesen und vielen weiteren Fragen finden sich Beiträge aus dem Team selbst und von Gastautor/innen aus verschiedenen Arbeitsfeldern.●

Aus: buko-news 2.10.2012

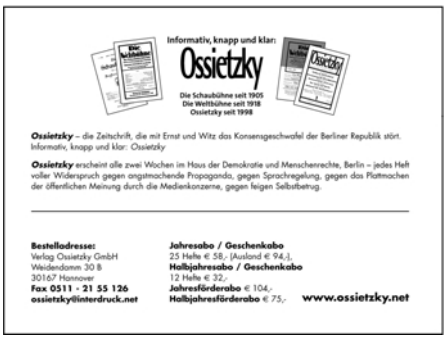
Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag: Wer andern einen Brunnen gräbt ... Rassismuskritik//Empowerment//Globaler Kontext, Berlin 2012, 88 Seiten, zahlreiche Farbabbildungen. Preis: 8 EUR zzgl. Versandkosten.

Bezug: http://ber-ev.de/bestellungen
Blog mit Texten und Diskussionen:
http://weranderneinenbrunnengraebt.wordpress.com

PROJEKTE

Lust auf ♀-Lesben-Land-WG? Wir (38 u. 48) suchen Mitbewohnerin auf Einsiedlerhof nähe Bitburg/Eifel und leben mit: Tieren, Gemüsegarten, Holzöfen, Kompostklo, Regenwassernutzung, Schwitzhütte, Kollektivbesitz...
Kontakt: ehlenhof@gmx.de

GESCHICHTE (N) BEWAHREN – ein Generationen verbindendes Projekt:
Lebenserinnerungen als gebundenes Buch sind ein wunderbares Geschenk für Eltern oder Großeltern, Kinder oder Enkel. CONTRASTE-Redakteurin Ariane Dettloff zeichnet sie auf, Grafikerin Anne Kaute gestaltet und illustriert; für CONTRASTE-LeserInnen gibt es 10% Preisnachlass.
www.werkstatt-fuer-memoiren.de
E-Mail: arianedettloff@ina-koeln.org
☎(02 21) 31 57 83



IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
E-Mail: contraste@online.de
Internet: www.contraste.org
Spendenkonto: Volksbank Darmstadt eG,
BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 51512405

CONTRASTE wird von ca. 40 RedakteurInnen erstellt, die aus Überzeugung schreiben, ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb, und Anzeigenverwaltung erfolgt über den CONTRASTE e.V., Heidelberg. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende.
Unser CONTRASTE-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/selbstverstaendnis.htm
Das Redaktions-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/redaktionsselbstverstaendnis.htm
CONTRASTE ist offen für Beiträge, Artikel, Berichte usw. Redaktionsschluss ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

Redaktionen :
06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, ☎ (01 76) 51 45 62 53, E-Mail: richard@attac.de, Internet: www.attac.de/koennern/villa/ **10961 Berlin, Redaktion Berlin**, Elisabeth Voß, ☎ (0 30) 216 91 05, E-Mail: post@elisabeth-voss.de / **22769 Hamburg, Redaktion Hamburg**, Hilmar Kunath, Karl-Theodor-Str. 16 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hilmarkunath@web.de / **28201 Bremen, Redaktion Bremen**, Bernd Hüttner, Yorckstr. 37, E-Mail: bhuettner@niatu.net / **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen**, Kai Böhne, E-Mail: kai.boehne@rrf-online.de / **51063 Köln, Redaktion Köln/ Bonn**, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (01 70) 583 89 00, (02 21) 640 52 45, E-Mail: h.weinhausen@ina-koeln.org und 50678 Köln, Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, ☎ (02 21) 31 57 83, E-Mail: arianedettloff@ina-koeln.org / **60389 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main**, E-Mail: uwe.weppler@paritaet.org / **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg**, Postfach 10 45 20, E-Mail: contraste@online.de / **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart**, Peter Streiff, Schulstr. 15/1, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: peter.streiff@netz-bund.de / **Österreich: AT-8010 Graz**, Brigitte Kratzwald, ☎ (0043-699) 11 28 65 57, E-Mail: brigitte.kratzwald@commons.at / **AT-9020 Klagenfurt**, Hans Wieser, Ehrenhausenerstr. 4, ☎ (0043-46) 341 85 90, mobil: (0043-664) 643 84 37, E-Mail: vereinleben@aon.at / **Portugal**: Dieter Poschen, ☎ (00351-289) 793 560, E-Mail: contraste@online.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (07 61) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de / **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 13359 Berlin**, Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, E-Mail: leh@zorrow.de und 27321 Thedinhausen, Uwe Ciesla, Finkenburg, E-Mail: finkenburg@verden-info.de / **Verkehr**: Lothar Galow-Bergemann, ☎(07 11) 560294, E-Mail: Galow-Bergemann@t-online.de / **Subversive Klangwelten**: Maurice Schuhmann, E-Mail: soziale_revolution@yahoo.de.

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag: alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., E-Mail: contraste@online.de; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 8/11
www.contraste.org/Anzeigenpreisliste.pdf
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20,
69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o Zündsatz GbR
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
contraste@online.de
Internet:
www.contraste.org
Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
http://de.groups.yahoo.com/ group/ contraste-list

Vertrieb:
☎ (0 62 21) 16 24 67
Endredaktion:
contraste@online.de

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 EUR** (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **21 EUR** (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
Wichtig: alle Preise zzgl. 19% Mehrwertsteuer
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR. Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Wir können auch anders!
Leben in der Kommune

Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit über 20 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit etwa 75 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne Chefin und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 14.-16.12.2012
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus Niederkaufungen, Kirchweg 1, 34260 Kaufungen
☎ (0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
tagungshaus@kommune-niederkaufungen.de
www.kommune-niederkaufungen.de

SOLIDARISCHE ÖKONOMIE

ÖSTERREICH

Neuer Kongress 2013
Im Februar 2009 fand in Wien der Kongress »Solidarische Ökonomie« statt – etwa 1.000 aktive TeilnehmerInnen kamen zu den über 130 Workshops, Vorträgen, Foren, Lesungen, Theaterstücken u.v.m. (s. CONTRASTE Nr. 296, Mai 2009).
Weitere Hinweise auf Seite 2 in dieser Ausgabe.
Termin: 22.-24.2.2013
Ort: BOKU Wien
Newsletter oder Mailingliste über:
info@solidarische-oekonomie.at
Mehr: www.solidarische-oekonomie.at

BRD

Eine andere Welt mit welchem Geld?
Kapital- und Finanzierungsformen solidarischer Postwachstumsökonomie.
Termin: 23.-25.11.2012
Ort: Haus des Kirchenkreises Lichtenberg-Oberspree, Schottstr. 6, 10365 Berlin
Info: www.akademie-solidarische-oekonomie.de

GENOSSENSCHAFTEN

Genossenschaften international
7. Tagung zur Genossenschaftsgeschichte
Im Internationalen Jahr der Genossenschaften soll die jährliche Tagung zur Genossenschaftsgeschichte den internationalen Beziehungen der Genossenschaften und bemerkenswerten Entwicklungen im Genossenschaftsleben anderer Länder gewidmet sein.
Termin: 9.-10.11.2012
Ort: Warburg-Haus, Heilwiegstr. 116, 20249 Hamburg
Information & Anmeldung:
boesche@kaufmann-stiftung.de

JUNGE LINKE

Wie Forschung & Lehre neu eingerichtet wurden
Deutsche Hochschulen sind im Umbruch. In den letzten Jahren erleben sie die größte Reform seit den 60ern/70ern. Wer heute studiert und mit älteren Semestern spricht, hört andere Erfahrungen als die heute gängigen. Früher soll das Studium selbstgeleitete Experimentierzeit gewesen sein, heute ist klar: das Studium ist vom Arbeitsaufwand her fast Vollzeitjob und so ernsthaft zu nehmen. Die meisten haben etwa schon von Exzellenzinitiative, fast überall umgesetzten Bachelor und Master-Abschlüssen, Drittmitteln, Studiengebühren und dem Schlagwort schlechthin gehört: Innovation.
Was soll das Ganze? Wer reformiert da was und warum? Ein Teil der Veranstaltung soll bestimmen, warum sich der Staat Universitäten einrichtet, dann gilt es, die aktuelle Reform zu verstehen.
Termin: 13.11.2012, 19-21 Uhr

agitare bene:
Behinderung als SuperGAU des bürgerlichen Individuums
»Menschen mit Behinderungen sind nicht länger Fürsorgeobjekte, sondern sie haben ein Recht auf ein selbstbestimmtes Leben und gesellschaftliche Teilhabe« so die Bundesregierung. Was hat es mit der Sortierung »behindert« auf sich und warum ist diese der Ausgangspunkt von gesellschaftlicher Ausgrenzung? Was bedeutet es im Kapitalismus, ein Recht auf »selbstbestimmtes Leben« zu haben? Was wird unter »gesellschaftlicher Teilhabe« verstanden? Und mit welchen Problemen ist die Forderung nach ihr (auch von der Behindertenbewegung selbst) verbunden? Über diese und andere Fragen möchten wir mit euch diskutieren.
Eine Veranstaltung der Gruppe »Kritik im Handgemenge«, Bremen
Termin: 5.12.2012, 19.30 Uhr
Ort: Grüner Zweig, Erlenstraße 31, Bremen/Neustadt

Das neue Elterngeld – Gleichberechtigung junger Eltern?
Immer mehr Menschen mit Kinderwunsch fragen sich, ob sie sich ein (weiteres) Kind überhaupt noch leisten können. Nicht nur werdende Eltern, auch der Staat kam ins Grübeln. Mit der Reform von 2006 soll das neue Elterngeld folgendes leisten: Geburtenrückgang stoppen, qualifizierte Arbeitskräfte produzieren, Armutsrisiko von Müttern mindern und die Erziehungszeit geschlechtsneutral gestalten.
Ob und wie werden diese Ziele erfüllt? Dazu vorweg: Warum gibt es überhaupt Geld für die Erziehung und wie kollidiert sie mit Lohnarbeit? Unsere These zur Reform ist, dass die Regierung die Kollision zwischen privater Kindererziehung und Lohnarbeit vor allem im Sinne des Kapitals ändern möchte und sich dadurch nichts am Grund ändert, der viele Menschen in dieser Gesellschaft nicht nur in eine Doppelbelastung bringt, sondern Kinder auch zu einem »Armutsfaktor« werden lässt.
Termin: 12.12.2012, 19 Uhr
Ort: Warenannahme Faust, Zur Bettfedernfabrik 3, Hannover
Info: www.junge-linke.org

FRAUEN

1. Frankfurter ProstitutionsTage
Zehn Jahre nach Inkrafttreten des Prostitutionsgesetzes scheint die rechtliche Gleichstellung von Frauen in der Prostitution wieder in weite Ferne gerückt. Statt eines Abbaus rechtlicher Diskriminierung kündigt sich unter Stichworten wie »Reglementierung« und »Erlaubnispflicht von Prostitutionsstätten« eine neue repressive Wende an. Soll Prostitutionspolitik künftig wieder von Polizei und Innenministerien bestimmt werden? Eine von Quoten und Auflagezahlen diktierte einseitige mediale Berichterstattung setzt nach wie vor auf die Verbreitung von Vorurteilen und Klischees. Öffentlich wird über ein Verbot der Prostitution debattiert. Wollen wir hinnehmen, dass nicht nur das Prostitutionsgesetz, sondern darüber hinaus die Legalisierung von Prostitution wieder in Frage gestellt wird?
Statt einer Anerkennung von Prostitution als Beruf erleben wir tagtäglich einen diskriminierenden Umgang mit unserer Profession. Kontrollen und Razzien sind nur die Spitze des Eisbergs. Wollen wir uns wieder als Menschen zweiter Klasse behandeln lassen?
Eine grundlegende Positionsbestimmung und das Nachdenken über Perspektiven sind heute notwendiger denn je. Die Frankfurter ProstitutionsTage wollen dazu einen Beitrag leisten. Interessierte sind eingeladen und aufgefordert darüber zu beraten, wie das Recht auf freie, ungehinderte Berufsausübung für Frauen in der Prostitution gestärkt werden kann.
Termin: 16.-18.11.2012
Infos:
Doña Carmen e.V. – Verein für soziale und politische Rechte von Prostituierten – Elbestraße 41, 60329 Frankfurt/Main
☎ (0 69) 76 75 28 80, Fax: 76 75 02 28
E-Mail: DonaCarmen@t-online.de
www.donacarmen.de

ISOE-TAGUNG

Das ISOE-Institut für sozial-ökologische Forschung lädt am **Freitag, den 16. November 2012**, zur Tagung »wahrhaft nützlich. Was kritische Nachhaltigkeitsforschung ausmacht« ein. Sie ist Teil der Reihe »Transformatives Wissen schaffen« im Wissenschaftsjahr 2012. Die Tagung des ISOE steht unter der Leitfrage »Was für eine Nachhaltigkeitsforschung brauchen wir, und in welchem Verhältnis muss sie zu Gesellschaft und Politik stehen, um die globalen sozialökologischen Herausforderungen der Zukunft besser bewältigen zu können?«.
Ort: Haus am Dom, Frankfurt am Main
Info:
www.isoe.de/presse-aktuelles/veranstaltungen/va-single/wahrhaftnuetzlich-was-kritische-nachhaltigkeitsforschung-ausmacht/

VERANSTALTUNGSREIHE

Kapitalismus in der Krise
Die weltweite Wirtschaftskrise geht ins fünfte Jahr. Sie begann als Immobilienkrise, spitzte sich als Bankenkrise zu und weitete sich zu einem dramatischen Rückgang von Produktion und Handel aus. Die leichte Erholung wurde von der Euro-Krise und Fast-Staatspleiten abgelöst. Jetzt tobt sie als verheerender Einbruch mit Massenarbeitslosigkeit in Südeuropa, der längst auch Frankreich erfasst hat und an Deutschland nicht vorbeigehen wird. Die Erscheinungsformen der Krise ändern sich, doch die Mehrheit der Menschen und die Natur leiden nach wie vor – ein Ende ist nicht in Sicht.
Wenn nicht alles täuscht, sind Dauer, Schwere und Ausweglosigkeit mit der großen Weltwirtschaftskrise von 1929 vergleichbar. Ein Crash dieser Dimension muss weltweit dramatische politische Veränderungen hervorrufen. Das können katastrophale sein, wie sie das Jahrzehnt nach 1929 geprägt haben. Es können aber auch emanzipatorische, fortschrittliche Veränderungen sein, die das Ende des Kapitalismus einläuten. Diese herbeizuführen, betrachten wir als unsere Herausforderung. Wer in einer solchen Situation im Interesse der Lohnabhängigen handeln will, muss den Charakter der Krise, die Zusammenhänge zwischen ihren verschiedenen Erscheinungsformen und die möglichen Folgen verstehen.
Dazu soll unsere Veranstaltungsreihe einen Beitrag leisten. Für dieses Projekt haben sich Organisationen aus dem linken Spektrum zusammengefunden und kompetente Fachleute (u.a. Winfried Wolf, Werner Seppmann, Lucas Zeise, Arnold Schölzel) gewonnen. Unser Ziel ist es, möglichst viele Fragen zu diskutieren und zu klären. Kontroversen sollen schonungslos offengelegt werden, damit wir gemeinsam einer Lösung näherkommen.
Ort: Hamburg
Termine bis Ende November 2012 unter: www.kapitalismus-in-der-krise.de

AKTIONSRADIUS

Kurs für nachhaltigen Aktivismus 2013
- Engagierst Du Dich für eine gerechte solidarische Welt, für Ökologie, gegen Rassismus, für Frieden, gegen Faschismus, für alternative Ökonomien, (Queer-)Feminismus, freie Bildung, Tierrechte?
- Bist Du aktiv in Sozialen Bewegungen, einer politischen (Jugend-)Organisation, einem (Jugend-)Umweltverband, einer antirassistischen Initiative, einer selbstorganisierten Gruppe in Baden-Württemberg?
- Ist Dein gesellschaftliches, politisches, soziales, ökologisches Engagement für Dich ein wichtiger Lebensinhalt, dem Du auch in Zukunft viel Zeit und Energie widmen möchtest?
- Kommst Du damit manchmal auch an Deine zeitlichen, organisatorischen und psychischen Grenzen und fragst Dich, wie das auch weniger stressig, besser organisiert, mit mehr Lust und Spaß (und Zeit auch für anderes) gemacht werden kann?
- Fragst Du Dich manchmal, wie Aktionen, Kampagnen, Projekte, Gruppen, Organisationen, Bewegungen, an denen Du beteiligt bist, wirksamer sein könnten?
- Vielleicht möchtest Du Dein Engagement für ein besseres Leben auch nach der Schule, Studium, Ausbildung damit verbinden, Dir einen Lebensunterhalt zu sichern?

Der Kurs bietet Dir:
- Austausch und Vernetzung in einer festen Gruppe von 14 jungen (im Alter von ca. 20 bis 30 Jahren), politisch aktiven Menschen von Januar bis November 2013.
- Reflexionsmöglichkeiten über Dein Engagement, Deine Motivationen, Deine Ziele, Deine Fähigkeiten.
- Weiterentwicklung und Erwerb von theoretischen Ansätzen, individuellen und sozialen Kompetenzen sowie Handwerkszeug, die das erfolgreiche und nachhaltige Arbeiten in Sozialen Bewegungen unterstützen.
- Kennenlernen unterschiedlicher Ansätze, Perspektiven und Erfahrungen verschiedener Akteure Sozialer Bewegungen sowohl in Baden-Württemberg wie im »globalen Süden«.
- Ein Abschlusszertifikat, das die Teilnahme an der Fortbildung und ihre besondere Kompetenzvermittlung im Rahmen des Kurses bescheinigt.

Ausführliche Infos und Anmeldung (bis 18.11.):
https://aktionsradius.mtmedia.org
KooperationspartnerInnen von AKTIONSRADIUS sind: Colibri e.V., BUNDjugend Baden-Württemberg e.V., Rosa-Luxemburg-Stiftung Baden-Württemberg, Programm Bildung trifft Entwicklung – Entwicklungspädagogisches Informationszentrum EPiZ Reutlingen, Forum 3 Stuttgart, Die AnStifter e.V., Werkstatt für Gewaltfreie Aktion Baden.

STIFTUNG MITARBEIT

Netzwerkarbeit erfolgreich gestalten
Kooperation und Vernetzung in Projekten der Bürgerbeteiligung
Das Arbeiten in Netzwerken und Kooperationen zwischen Organisationen hat Konjunktur. Hintergrund dieser Entwicklung ist der rasche Wandel und die zunehmende Komplexität von Herausforderungen und Aufgaben, die von einzelnen Akteuren nicht (mehr) alleine bewältigt werden können. Netzwerke sind vor allem dann hilfreich, wenn bei der Bearbeitung anstehender Aufgaben akteurs- und sektorübergreifend zusammengearbeitet und verschiedene Perspektiven und Kompetenzen integriert werden sollen, um bessere Ergebnisse zu erzielen. Darüber hinaus helfen Netzwerke dabei, Ressourcen zu bündeln und eine Grundlage für tragfähige und breit akzeptierte Veränderungen zu schaffen. Dies zeigt: Netzwerke sind mit hohen Erwartungen verbunden, die im Alltag teilweise enttäuscht werden. Zudem sind die Zusammenarbeit im Netzwerk und das Netzwerkmanagement anspruchsvolle und komplexe Aufgaben, die Wissen und Kompetenzen bei allen Beteiligten erfordert.
Das Seminar vermittelt Grundlagen der Netzwerkarbeit: Was sind Netzwerke und was kennzeichnet sie? Welche Aufgaben stehen im Verlauf von Netzwerkprojekten an? Welche Herausforderungen stellen sich in Netzwerken? Welche Faktoren fördern Netzwerkprozesse? Gemeinsam mit Praktiker/innen diskutieren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über Grundlagen der Netzwerkbildung und wie sich Netzwerkarbeit erfolgreich gestalten lässt.
Termin: 23.-25. November 2012
Info: www.mitarbeit.de

FORTBILDUNG

Moderation politischer Veranstaltungen
Die Kunst, ein Gespräch, eine Versammlung oder Arbeitsgruppe zu moderieren, ist eine Schlüsselqualifikation für alle Menschen, die sich aus demokratischen Motiven heraus in das gesellschaftliche und politische Leben einmischen wollen. Bei der Moderation unterscheiden wir zwischen »klassischer« und »visueller« Moderation. Beides sind wertvolle Techniken. Gerade wer herkömmliche und starre Versammlungsformen überwinden will, sollte auch »mit Anträgen zur Geschäftsordnung« souverän umgehen können.
Datum: 7.-9.12.2012
Info: www.baysem.de

Handwerkszeug für die Arbeit in Vereinen und politischen Gremien
Das 2-teilige Seminar richtet sich an Menschen mit leitenden Funktionen im Ehrenamt. An beiden Wochenenden werden anhand praktischer Beispiele die Grundlagen vermittelt und in Übungen vertieft. Das Einbringen von Interessenschwerpunkten der Teilnehmenden ist dabei wichtiger Bestandteil.
Termin: 16.-18.11.2012
Info: www.vollmar-akademie.de

Moderne Öffentlichkeitsarbeit
Wie oft bauen wir Infotische auf, verteilen Flugblätter und laden zu Veranstaltungen ein? Dabei kennen wir von uns selber, dass wir ganz persönlich um Infotische einen Bogen machen, Flugblätter nicht oder nur ungern annehmen und zu Veranstaltungen anderer kaum gehen. Mit modernen Methoden in Dialog treten heißt die Zauberformel, die alles ändert. Neue Ideen und Vorschläge dazu werden im Seminar gemeinsam erarbeitet.
Termin: 23.-25.11.2012
Info: www.vollmar-akademie.de

FILMFESTIVAL

61. Internationales Filmfestival Mannheim-Heidelberg
Das Internationale Filmfestival Mannheim-Heidelberg bietet talentierten Filmemachern ein inspirierendes Umfeld unter Gleichgesinnten und stellt jedes Jahr noch unbekannte Regisseure vor, die alle von einem hohen Bewusstsein für ihre Arbeit angetrieben werden und eine starke persönliche Vision verfolgen. Das Filmfestival stellt ein Thema in den Mittelpunkt, das jeden betrifft: der Frage nach dem richtigen Wie des Lebens.
Rund 30 sorgfältig ausgewählte junge Meisterwerke des internationalen Autorenfilms werden sich diesem Thema widmen – im Internationalen Wettbewerb um den neuen Hauptpreis »Newcomer of the Year« und als weitere Entdeckungen in der Reihe International Discoveries.
Termin: 8.-18.11.2012
Info: www.iffmh.de

WEITERE TERMINE

Auf unserer Webseite:
contraste.org/terminka.htm

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 EUR/europ. Ausl. 51 EUR (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein (BRD) oder 10 EUR im europäischen Ausland bekommt ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, das Geld mit eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45/51 Euro abonniert. Ich weiß, dass ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftl. widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg